

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
Rußlands**

NWO-Sonderheft Nr. 35



Die Neue Weltordnung Rußlands

NWO-Sonderheft Nr. 35

NWO-Moloch Rußland

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung Rußlands	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung Rußlands

Was wäre die Folge, wenn es dem Kapital gelänge, die Republik der Sowjets zu zerschlagen? - Eine Epoche der schwärzesten Reaktion würde über alle kapitalistischen und kolonialen Länder hereinbrechen, man würde die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker vollends knebeln, die Positionen des internationalen Kommunismus würden liquidiert!

Josef Stalin, eigentlich Dschugaschwili (1879-1953) Rede vom 7. Dezember 1926 auf dem VII. erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale)

Nach Ablauf der sibirischen Verbannungszeit traf Lenin am 6. September 1900 illegal in München ein. Lenin beschäftigte sich dort vor allem mit der Herausgabe der Zeitschrift "Iskra" ("Funke"), die nach Rußland geschmuggelt wurde (x092/686).

Lenin (1870-1924, eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow, Sohn eines Oberschulrats, Jurist, 1897-1900 Verbannung nach Sibirien, emigrierte 1900 in die Schweiz, ab 1903 Führer der Bolschewiki, ein kleiner Mann mit Spitzbart und kahlem Schädel) war ein außergewöhnlich dynamischer Mann und besaß eine herausragende Intelligenz.

Lenin strebte in Rußland, daß vor dem Ersten Weltkrieg zu den rückständigsten Ländern Europas zählte, z.B. folgende Ziele an: Gewaltsame Machtübernahme und Abschaffung des Zarentums, Einführung der sogenannten "proletarischen Diktatur" und Auflösung des russischen Großgrundbesitzes sowie Verstaatlichung aller Betriebe und Banken. Das Land der russischen Großgrundbesitzer sollte nach der Revolution vorübergehend an die besitzlosen Kleinbauern und Landarbeiter verteilt werden.

In Stuttgart erschien im März 1902 Lenins politische Abhandlung "Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung".

In der Schrift "Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung" berichtete Lenin z.B. über die Agitation, Organisation und Aufgaben von "Berufsrevolutionären" (x058/296-298): >>Wir haben gesagt, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein gar nicht haben konnten. dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. ...

Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an. Ebenso entstand auch in Rußland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches

und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz. ...

Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, d.h. aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen. ...

... Der politische Kampf der Sozialdemokratie ist viel umfassender und komplizierter als der ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung. Genau so (und infolgedessen) muß die Organisation der revolutionären sozialdemokratischen Partei unvermeidlich anderer Art sein als die Organisation der Arbeiter für diesen Kampf. Die Organisation der Arbeiter muß erstens eine gewerkschaftliche sein; zweitens muß sie möglichst umfassend sein; drittens muß sie möglichst wenig konspirativ sein (ich spreche natürlich hier und weiter unten nur vom autokratischen Rußland).

Die Organisation der Revolutionäre dagegen muß vor allem und hauptsächlich Leute umfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist (darum spreche ich auch vor der Organisation der Revolutionäre, wobei ich die revolutionären Sozialdemokraten im Auge habe).

Hinter dieses allgemeine Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen völlig zurücktreten, von den beruflichen Unterschieden der einen wie der anderen ganz zu schweigen. Diese Organisation muß notwendigerweise nicht sehr umfassend und möglichst konspirativ sein. ...

Nun behaupte ich:

1. Keine einzige revolutionäre Bewegung kann ohne eine stabile und die Kontinuität wahrende Führerorganisation Bestand haben;
2. je breiter die Masse ist, die spontan in den Kampf hineingezogen wird, die die Grundlage der Bewegung bildet und an ihr teilnimmt, um so dringender ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation und um so fester muß diese Organisation sein (denn um so leichter wird es für allerhand Demagogen sein, die unterentwickelten Schichten der Masse mitzureißen);
3. eine solche Organisation muß hauptsächlich aus Leuten bestehen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen;
4. je mehr wir die Mitgliedschaft einer solchen Organisation einengen, und zwar so weit, daß sich an der Organisation nur diejenigen Mitglieder beteiligen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen und in der Kunst des Kampfes gegen die politische Polizei berufsmäßig geschult sind, um so schwieriger wird es in einem autokratischen Lande sein, eine solche Organisation "zu schnappen", und
5. um so breiter wird der Kreis der Personen aus der Arbeiterklasse wie aus den übrigen Gesellschaftsklassen sein, die die Möglichkeit haben werden, an der Bewegung teilzunehmen und sich in ihr aktiv zu betätigen.<<

Am 12. April 1902 siedelten Lenin und seine Gattin Nadeschda Krupskaja (1866-1937) von München nach London um (x092/690).

Lenin erläuterte im Jahre 1910 die Lehren aus den bisherigen gescheiterten russischen Revolutionen (x128/28-29): >>Die erste und grundlegende Lehre ist die, daß nur der revolutionäre Massenkampf imstande ist, einigermaßen ernste Verbesserungen im Leben der Arbeiter und in der Verwaltung des Staates durchzusetzen.

Keine "Sympathie" der gebildeten Leute für die Arbeiter, kein heroischer Kampf terroristischer Einzelkämpfer konnte die zaristische Selbstherrschaft und die Allmacht der Kapitalisten untergraben. Nur der Kampf der Arbeiter selbst, nur der gemeinsame Kampf ... konnte das tun, und als dieser Kampf schwächer wurde, begann man sofort den Arbeitern das, was sie sich erobert hatten, wieder zu entreißen. ...

Die zweite Lehre ist die, daß es nicht genügt, die Macht des Zaren zu untergraben, einzuschränken. Sie muß vernichtet werden. Solange die Zarenmacht nicht vernichtet ist, werden die Zugeständnisse des Zaren stets von kurzer Dauer sein. Der Zar machte Zugeständnisse, als der Ansturm der Revolution stärker wurde, und nahm alle Zugeständnisse wieder zurück, als der Ansturm schwächer wurde. Nur die Eroberung der demokratischen Republik, der Sturz der zaristischen Macht, der Übergang der Macht in die Hände des Volkes kann Rußland befreien von der Gewalt und der Willkür der Beamten, von der Duma, ... von der Allmacht der Gutsbesitzer und ihrer Helfershelfer im Dorf. ...

Die Arbeiter der Fabriken und Werke, das Industrieproletariat hat am entschlossensten und hartnäckigsten gegen die Selbstherrschaft gekämpft. Das Proletariat hat die Revolution mit dem 9. Januar und mit Massenstreiks begonnen. Das Proletariat hat den Kampf bis zur letzten Konsequenz geführt, indem es sich im Dezember 1905 zum bewaffneten Aufstand erhob, zur Verteidigung der Bauern, die niedergeschossen, mißhandelt und gefoltert wurden. ...

Das Kapital ballt die Arbeiter in gewaltigen Massen in großen Städten zusammen, schließt sie zusammen, lehrt sie, gemeinsam zu handeln. Auf Schritt und Tritt stoßen die Arbeiter unmittelbar auf ihren Hauptfeind - die Klasse der Kapitalisten. ...

Auch die Bauern sind während der Revolution in den Kampf gegen die Gutsbesitzer und gegen die Regierung getreten, aber ihr Kampf war weitaus schwächer. Es ist berechnet worden, daß von den Industriearbeitern die Mehrheit (bis 3/5) am revolutionären Kampf, an den Streiks teilgenommen hat, von den Bauern dagegen zweifellos nur eine Minderheit: bestimmt nicht mehr als ein Fünftel oder ein Viertel. Die Bauern kämpften weniger hartnäckig, zersplitterter, weniger bewußt, nicht selten immer noch in der Hoffnung auf die Güte des Väterchens Zar. ...

An der Revolution hat auch die liberale Bourgeoisie teilgenommen, d.h. die liberalen Gutsbesitzer, Fabrikanten, Demokraten, Professoren usw. Sie bilden die Partei der "Volksfreiheit" (Konstitutionelle, Demokraten, Kadetten). Sie haben dem Volke viel versprochen und in ihren Zeitungen viel Aufhebens von der Freiheit gemacht. Sie hatten die Mehrheit der Deputierten in der I. wie in der II. Duma. Sie versprachen, auf "friedlichem Wege" die Freiheit zu erlangen, sie verurteilten den revolutionären Kampf der Arbeiter und Bauern. ...

Als die Revolution bis zum entscheidenden Kampf gegen den Zaren, bis zum Dezember Aufstand des Jahres 1905 gediehen war, da haben die Liberalen durch die Bank die Freiheit des Volkes gemein verraten, da haben keine Dumas, keine honigsüßen Reden der Kadetten, keine ihrer Versprechungen den Zaren davon zurückgehalten, alle Reste der Freiheit zu vernichten, die Selbstherrschaft und die Allmacht der feudalen Gutsbesitzer wieder aufzurichten.<<

Lenin und sein späterer Mitarbeiter Stalin unterstützten die erstmals im Jahre 1912 in Sankt Petersburg erscheinende bolschewistische Tageszeitung "Prawda" ("Wahrheit").

Leo Trotzki (1879-1940, eigentlicher Name Leib Bronstein, neben Lenin ein wesentlicher Anführer der russischen Revolution von 1917) schrieb nach dem Ausbruch des 1. Weltkrieges über die Rolle der britischen Außenpolitik vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (x337/292-293):

>>... Im Laufe von drei Jahrhunderten führte England ununterbrochen Krieg, um mit Piratenmethoden andere Nationen zu vergewaltigen, so die Ausplünderung zu verbreiten, sich fremde Reichtümer anzueignen, fremde Handelskonkurrenz zu beseitigen, fremde Seekräfte zu vernichten und die führenden britischen Kreise zu bereichern.

Zur Belehrung seines eigenen Volkes wird die ganze frühere Geschichte Englands, der Doktrin der Nichteinmischung zum Trotz, als die Geschichte des glorreichen Kampfes der britischen Regierung für die Freiheit der ganzen Welt dargestellt.

Jede neue Akt der Kabbala (Geheimlehre) und Vergewaltigung, der Krieg mit China um das Opium, die Versklavung Ägyptens, der Burenkrieg, die Intervention zugunsten der zaristischen Generäle, alle kriegerischen Expeditionen wurden für zufällige Ausnahmen der allge-

meinen Regel erklärt. ...

Die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb.

Hätte die englische "Demokratie" erklärt, daß sie auf Seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten. Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen.

Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische "Demokratie" den Krieg provoziert. ...<<

Am 9. April 1917 wurden Lenin und andere Führer der Bolschewisten in einem plombierten Eisenbahnwaggon nach Schweden (12.04.1917) und von dort nach Sankt Petersburg (16.04.1917) transportiert (x080/99, x041/70).

Vor allem General Ludendorff (Generalstabschef der 8. deutschen Armee) unterstützte den vermeintlich "glänzenden Plan", Lenin aus dem Schweizer Exil nach Rußland zu bringen, um den innenpolitischen und militärischen Zusammenbruch Rußlands zu beschleunigen. Die deutsche Reichsregierung finanzierte bereits vorher zeitweise Lenins Parteiblatt "Prawda" (x063/544).

Dieser "geniale Schachzug", Lenins Umsturzpläne zu unterstützen, hatte letzten Endes verhängnisvolle Folgen, denn er beendete nicht nur die russische Zarenherrschaft, sondern leitete außerdem langfristig den Untergang der Deutschen Ostsiedlung und die vollständige Zerstümmerung des Deutschen Reiches ein.

Als Lenin am 16. April 1917 in Sankt Petersburg eintraf, rief er die versammelten Russen zum Kampf gegen den Kapitalismus auf (x128/32): >>Liebe Genossen! Soldaten, Matrosen und Arbeiter! Ich bin glücklich, in Euch die siegreiche russische Revolution, Euch als die Avantgarde der proletarischen Armee zu begrüßen. ...

Der imperialistische Krieg ist der Beginn eines Bürgerkrieges in ganz Europa. ... Die Stunde ist nicht mehr fern, da auf den Ruf unseres Genossen Karl Liebknecht die Völker ihre Waffen gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter wenden werden. ... Die Morgenröte der sozialistischen Weltrevolution hat schon begonnen. ... In Deutschland brodeln alles. Der ganze europäische Kapitalismus kann jeden Tag zusammenbrechen, wenn nicht heute, so morgen.

Die von Euch vollzogene russische Revolution hat diesen Zusammenbruch eingeleitet und eine neue Epoche eröffnet.

Es lebe die sozialistische Weltrevolution!<<

Die Zeitung "Iswestija" berichtete am 20. Juni 1917, daß Ministerpräsident Alexander Kerenski die radikalen Pläne der Bolschewiken entschieden ablehnen würde (x191/17): >>Eure Rezepte, Bolschewiken, sind kindisch. – "Verhaftet, tötet, vernichtet!"

Was seid ihr eigentlich, Sozialisten oder die Polizei des alten Regimes? ...

Ihr empfehlt, daß wir denselben Weg wie die französische Revolution von 1792 gehen sollen. Ihr empfehlt eine weitere Auflösung im Lande. ...

Wenn ihr gemeinsam mit der Reaktion unsere Macht zerstört habt, dann werdet ihr eine wirkliche Diktatur haben.

Es ist unsere Pflicht, die Pflicht der russischen Demokratie, euch zu sagen: Wiederholt nicht die geschichtlichen Fehler! ...<<

Der russische Politiker Felix Dserschinski (1877-1926, stammte aus polnischem Adel, seit 1906 Bolschewik, leitete nach der Oktober-Revolution 1917 die Tscheke und von 1922-26 die GPU) schlug im August 1917 vor, alle Feinde radikal zu bekämpfen (x087/125): >>Könnte

man nicht das soziale und politische Kräfteverhältnis in einem Staate radikal ändern? Zum Beispiel durch - die Ausrottung bestimmter Klassen der Gesellschaft? ...<<

Lenin, der vom Sieg der Bolschewisten überzeugt war, erklärte im September 1917 (x073/45):
>>... Hinter uns ist die Mehrheit der Klasse, der Avantgarde der Revolution, der Avantgarde des Volkes. ... Hinter uns ist die Mehrheit des Volkes. Der Sieg ist uns sicher, denn das Volk ist am Rande der Verzweiflung, wir aber weisen dem Volk einen sicheren Ausweg. ...

Es wäre naiv, eine "formelle" Mehrheit für die Bolschewiki abzuwarten. Keine Revolution wartet darauf.<<

Lenin rief am 6. November 1917 zum gewaltsamen Sturz der russischen Kerenski-Regierung auf (x073/46): >>Genossen!

Ich schreibe diese Zeilen am Abend des 24. (6. November). Die Lage ist äußerst kritisch. Es ist jetzt sonnenklar, daß jetzt jede Verzögerung des Aufstandes den Tod bedeuten würde. Mit der Aufbietung meiner ganzen Kraft mühe ich mich, die Genossen zu überzeugen, daß jetzt alles an einem Faden hängt, daß auf der Tagesordnung Fragen stehen, die nicht durch Konferenzen, durch Kongresse ... entschieden werden, sondern durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewegten Massen. ...

Man muß unter allen Umständen heute abend, heute nacht die Regierung verhaften, indem man die Junker entwaffnet ... Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!!

Die Geschichte wird eine Verzögerung den Revolutionären nicht verzeihen, die heute siegen können (und bestimmt siegen werden), während sie morgen Gefahr laufen, vieles zu verlieren, ja Gefahr laufen, alles zu verlieren. ...

Die Regierung schwankt, man muß ihr den Rest geben, koste es, was es wolle!<<

Am 6. November 1917 wurde die russische Kerenski-Regierung durch die Bolschewisten (Kommunisten) gewaltsam gestürzt. An der russischen "Oktober-Revolution" von 1917 (der westliche gregorianische Kalender wurde erst im Februar 1918 in Rußland eingeführt) waren zahlreiche jüdische Revolutionäre maßgeblich beteiligt und besetzten entscheidende Positionen. Zu ihnen gehörten z.B. (x043/346): Leo Trotzki (1879-1940, ermordet), Grigorij Sinowjew (1883-1936, hingerichtet) und Lew Kamenew (1883-1936, hingerichtet, enger Mitarbeiter Lenins).

Lenin berichtete später über die russischen Revolutionäre (x043/346): >>... Die Russen sind zu leichtlebig. Sie werden des revolutionären Kampfes zu schnell müde. Die Juden aber geben mit ihrer Hartnäckigkeit und ihrem Fanatismus ausgezeichnete Revolutionäre ab.<<

Leo Trotzki (ein herausragender Redner und Schriftsteller, der u.a. auch die US-Darlehen weiterleitet) gründete und führte später die Rote Armee.

Der deutsche Historiker Günther Stökl berichtete später über Trotzki's Hauptrolle während der "Oktoberrevolution" im Jahre 1917 (x243/125): >>... Die Seele der Vorbereitungen war ein Mann, den die sowjetische Geschichtsschreibung zur Unperson gemacht hat – Trotzki.

Als Termin war der 25. Oktober (7. November) vorgesehen, an dem der Zweite Allrussische Kongreß zusammentreten sollte. Kein wesentliches Hindernis stellte sich dem Plan in den Weg.

Schon am 22. Oktober (4. November) konnte das militärrevolutionäre Komitee ... es wagen, offen die militärische Militärgewalt zu übernehmen. ... Als Kerenski mit ganz unzulänglichen Kräften – es standen ihm nur die Junker einiger Offiziersschulen und ein Frauenbataillon zur Verfügung – einen letzten Versuch machte, um das Gesetz des Handelns an sich zu reißen und die Druckerei der bolschewistischen Zeitung sowie die Nevabrücken besetzen ließ, schlug Trotzki los.

Während des Tages und der darauffolgenden Nacht besetzten bolschewistische Truppen und Rote Garden (bewaffnete Arbeitermilizen) alle wichtigen Punkte der Stadt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Nur das Winterpalais, in dem sich die Regierung aufhielt, ... fiel erst in der

nächsten Nacht – dabei verloren die Angreifer 6 Tote, die einzigen Opfer der Oktoberrevolution in Petrograd – und die anwesenden Minister wurden verhaftet. ...

Zur gleichen Zeit verkündete ein Aufruf Trotzki's den Bürgern Rußlands: "Die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Als Organ des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat das militärrevolutionäre Komitee, das an der Spitze des Proletariats und der Garnison von Petrograd steht, die Staatsgewalt übernommen."

Die Unauffälligkeit des welthistorischen Ereignisses hat Akteure und Zuschauer gleichermaßen beeindruckt. während der Sturm auf das Winterpalais stattfand, spielten die Theater und fuhren die Straßenbahnen.

Trotzki schreibt später von einer "Stille, schrecklicher als alle Donner der Welt. Lautlos verschob sich der soziale Boden, einer Drehbühne gleich, die die Volksmassen in den Vordergrund hob und die gestrigen Herren in die Unterwelt hinabtrug."

Was emporgehoben wurde, waren in Wahrheit nicht die "Volksmassen", sondern die Partei der russischen Kommunisten unter der Führung Lenins, und hinabgetragen "auf den Kehrichthaufen der Geschichte", wie derselbe Trotzki ihnen nachschrie, wurden fürs erste die russischen Sozialisten – rechte Sozialrevolutionäre, Menschewisten und Bundisten, - die am Abend des 25. Oktober (7. November) den Sowjetkongreß aus Protest gegen das Geschehen verließen.

Damit waren die Bolschewisten unter sich – den linken Sozialrevolutionären, die sich ihnen angeschlossen hatten, kam keine selbständige Bedeutung zu – und Lenin begann zu regieren.

...<<

Die Bolschewisten wurden damals durch US-Banken (wie z.B. durch die New Yorker Bankhäuser Kuhn, Loeb & Co., Warburg und andere Geldgeber) finanziell unterstützt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die finanzielle Unterstützung der Bolschewisten durch US-Banken (x068/187-188): >>...

Das zaristische Reich kollabierte, die revolutionäre Regierung, ... die rote Armee war zu finanzieren. Jakob H. Schiff, dem Zaren gram wegen der Judenverfolgungen, hatte schon im Russisch-Japanischen Krieg 1905 russische Revolutionäre finanziert und derart zum Sieg der Japaner beigetragen. 1917 aber bezahlte er den bolschewistischen Umsturz, und zwar über Leo Trotzki, der mit der Tochter eines ihm befreundeten Bankiers, Giwotowski, verheiratet war.

Einerseits gelangte derart ein ununterbrochener Geldstrom an die roten Revolutionäre mittels der den Partnern von Kuhn, Loeb & Co. offen stehenden Kredite bei den Rothschildbanken in Paris, London und Petersburg, Lazare Frères, Speyer & Co. und Ginzburg & Co. Andererseits war ja auch die deutsche Heeresleitung zur Unterstützung der russischen Revolution bereit.

Die amerikanischen Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., Felix M. Warburg und Paul M. Warburg, schalteten also ihren in Deutschland lebenden Bruder Max M. Warburg ein. (Er war eng befreundet mit dem deutschen Großindustriellen, dem 1922 ermordeten Reichsminister Walther Rathenau, der ab 1914 die Rohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium leitete und als Verwaltungsratsmitglied in weit über hundert Firmen saß.) Max M. Warburg widmete sich fast nur europäischen Unternehmen und gab über seine Bank das deutsche Geld ins neutrale Schweden, an die Nye-Banken in Stockholm, deren Leiter Oscar Ahlström es den Bolschewisten transferierte.

Man wird in Erinnerung behalten müssen, daß die Finanzierung des Umsturzes in Rußland und der roten Armee durch die US-Hochfinanz geschah, ja, daß sie auch dort - über Max M. Warburg - ihre Finger im Spiel hatte, wo der deutsche Goldstrom zum Fließen kam, nämlich das Geld des Rheinisch-Westfälischen Syndikats, einer nahezu singulären Industriekonzentration, auf die Max M. Warburg größeren Einfluß hatte als seine Rivalen Thyssen, Stinnes oder Hugenberg.

Trotzkis Position an der Seite Lenins wurde durch seine kapitalistischen Verbindungen beträchtlich verstärkt, von Stalin später aber unter vielem anderen zu seiner Diffamierung und Verfemung benutzt. Doch ist nicht sicher erwiesen, daß Trotzki in Mexiko einem Anschlag der russischen Seite erlag.

Er hatte zuletzt seinen Stalin-Attacken auch Hinweise auf die Wallstreet beigefügt; zum Beispiel erklärt, "daß die kommunistische Internationale geradezu als konservatives Unternehmen bezeichnet werden müsse, wenn ihr vergleichsweise die Börse von New York gegenübergestellt werde".

Als Jakob H. Schiff jedenfalls seine Verdienste am bolschewistischen Umsturz herausstrich, verfiel er zeitweise so etwas wie dem Boykott der US-Gesellschaft, und sein Schwager Paul M. Warburg mußte sich von ihm distanzieren.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die finanzielle Förderung der russischen Aufstände (x364/65-68): >>... **Die Finanzierung der russischen Revolution**

In dieselbe Zeit fiel ein weiteres historisch bedeutendes Ereignis. Nach seiner Ausweisung aus Frankreich und Spanien traf Trotzki mit seiner Familie an Bord des Dampfers "Monserrat" am 13. Januar 1917 in New York ein. Obwohl nichts davon bekannt ist, daß er eine feste Anstellung hatte, lebten die Trotzki in einer Luxuswohnung und fuhren in einer chauffierten Limousine herum. Die Quelle seines Wohlstandes blieb eine zeitlang unbekannt.

Trotzki verließ New York an Bord der SS. "Kristianafjord", um in Rußland die bolschewistische Phase der Revolution zu organisieren. Als das Schiff am 3. April 1917 in Halifax, Neuschottland, festmachte, wurde Trotzki Gruppe von kanadischen Beamten auf Anordnung der britischen Admiralität in London festgehalten.

Innerhalb weniger Stunden sahen sich die Kanadier beträchtlichem Druck von hohen Regierungsbeamten in Washington und in London ausgesetzt, die Trotzki Freilassung erwirken wollten. Offizielle Unterlagen über das Geschehnis, die unlängst von der kanadischen Regierung freigegeben wurden, bestätigen, daß die Beamten wußten, daß Trotzki Gruppe "Sozialisten waren, die Amerika verließen, um eine Revolution gegen die derzeitige russische Regierung zu entfesseln". Trotzki und seine Reisegefährten wurden rasch entlassen.

Antony A. Sutton vom Hoover Institut der Stanford Universität wirft in seinem Buch "Wall Street and the Bolshevik Revolution" ein helles Licht auf diese Geschichtsperiode. Über das Hoover Institut hatte er Zugang zu Regierungsunterlagen: "Präsident Wilson war die märchenhafte Patentante, die Trotzki mit einem Paß versorgte, damit er die Revolution in Rußland "vorantreiben" konnte.

Dieser amerikanische Paß war mit einem russischen Einreisevisum versehen. Jennings C. Wise kommentiert in "Woodrow Wilson: Schüler der Revolution entsprechend: "Die Geschichte darf nie vergessen werden, daß Woodrow Wilson es Leo Trotzki trotz der Bemühungen der britischen Polizei ermöglichte, Rußland mit einem amerikanischen Paß zu betreten.

Im April 1917 reisten Lenin und eine Gruppe von 32 russischen Revolutionären per Bahn von der Schweiz über Deutschland und Schweden nach Petrograd in Rußland. Sie wollten sich mit Trotzki treffen, um "die Revolution zu Ende zu führen". Ihre Reise durch Deutschland war vom deutschen Generalstab gebilligt, ermöglicht und finanziert worden."

Der Kaiser wußte davon nichts. Zu dieser Zeit bekleidete Max Warburg, der Bruder von Paul und Felix Warburg, die bei der Gründung des amerikanischen Federal Reserve System eine führende Rolle gespielt hatten, einen hohen Posten im deutschen Geheimdienst. Außerdem war er der Vorstand der Rothschild-Warburg-Bank in Frankfurt. Kann man bei diesen Tatsachen bezweifeln, daß die internationalen Bankiers das Ganze heimlich steuerten?

20 Millionen Dollar für den Sieg der Revolution

Lenin und Trotzki vereinigten ihre Kräfte und waren innerhalb von sieben Monaten durch

List, Korruption und Betrug soweit, daß sie zusätzliche Kriminelle in ausreichender Menge anheuerten und dem Staat das Prinzip aufzwingen konnten, das Lenin "alle Macht den Räten" nannte. Die Bolschewiken übernahmen die Kontrolle in einigen Städten, deren wichtigste Petrograd war. Das war Jahre vor der endgültigen Machtübernahme in Rußland durch Lenin und seine Horde.

In seinem Buch "Czarism and the Revolution" schreibt der russische General Arsene De Gulewitsch:

"Die Hauptgeldgeber der Revolution waren aber weder verrückte russische Millionäre noch Lenins bewaffnete Banditen. Das "wirkliche" Geld kam hauptsächlich aus gewissen britischen und amerikanischen Kreisen, die schon seit langem die revolutionäre Sache in Rußland unterstützt hatten. Die wichtige Rolle, die der begüterte amerikanische Bankier Jacob Schiff bei den russischen Emigranten spielte, ist kein Geheimnis mehr."

Das wurde vom "New York Journal American" vom 3. Februar 1949 bestätigt: "Jacobs Enkel John Schiff schätzt heute, daß sein Großvater ungefähr 20 Millionen Dollar für den endgültigen Triumph des Bolschewismus in Rußland aufwandte."

De Gulewitsch erwähnt einen anderen russischen General, der behauptet, die Revolution sei "von den Engländern, genauer gesagt von Sir George Buchanan und Lord Alfred Milner in die Wege geleitet worden. In Privatgesprächen wurde mir mitgeteilt, daß Lord Milner mehr als 21 Millionen Rubel für die Finanzierung der russischen Revolution auf gewandt hat."

Milner, ein Strohmann der Rothschilds, war ein führendes Mitglied der geheimen "Round Table-Organisation", deren "Einfluß kaum überschätzt werden kann", schreibt Quigley. Es ist keine Frage, daß die wirklichen Mächte hinter den Kulissen die russische Revolution ins Leben riefen und finanzierten.

Bei Quigley heißt es weiter: "1919 war es dieselbe Gruppe, die für die Gründung des Königlichen Instituts für Internationale Angelegenheiten in England und den Rat für Auswärtige Beziehungen in den Vereinigten Staaten verantwortlich zeichnete". Beide Organisationen sind seit ihrer Gründung nie müde geworden, das Konzept einer "neuen Weltordnung" zu verkünden. Sofort nach Beginn der bolschewistischen Revolution wurden in der amerikanischen Presse zahlreiche kritische Stimmen zu Ursache und Auswirkungen der Revolution laut.

Am 28. November 1917 - zwei Wochen nach Beginn der russischen Revolution - kablete "Colonel" House, "der kein offizielles Regierungsamt bekleidete und nie in irgendeine Position gewählt worden war, an Präsident Wilson: "Es ist von allerhöchster Wichtigkeit, daß solche Kritik unterdrückt wird"."

Profite der Revolution

Winston Churchill erkannte die wahre Kraft hinter der bolschewistischen Revolution - die Illuminaten! In einem Artikel des "Illustrated Sunday Herald" vom 8. Februar 1920 schrieb er: "Seit den Tagen Spartacus Weishaupts über Karl Marx, Trotzki, Bela-Kuhn, Rosa Luxemburg und Emma Goldmann ist diese weltweite Verschwörung stetig angewachsen. Sie spielte in der Tragödie der französischen Revolution eine klare erkennbare Rolle.

Sie war die Triebfeder jeder subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts; und jetzt hat diese Gruppe außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas das russische Volk beim Schopf gepackt und ist praktisch der unbeschränkte Herrscher dieses Riesenreichs geworden."

Die Auswirkungen des Krieges und der Revolution auf die russische Nation waren verheerend. Als die Feindseligkeiten aufhörten, war Rußland in jeder Beziehung ein Schlachtfeld. Die toten Theorien von Marx und seinen Jüngern erwiesen sich als völlig unbrauchbar bei dem Versuch, den Wiederaufbau zu leisten. Der Zusammenbruch des gesamten Systems schien unabwendbar.

In den auf die Revolution folgenden Jahren pumpten amerikanische Industrielle, Bankiers und

ihre Geschäftspartner aus anderen Ländern Kapital nach Rußland. Nach Dokumenten, die in einem Senat-Hearing über den Export strategischer Güter in die UdSSR am 23. Oktober 1961 vorgelegt wurden, sandten die großen amerikanischen Gesellschaften Techniker und Maschinen in die UdSSR, um die dortigen Ölfelder zu erschließen. Außerdem wurden zahlreiche amerikanische Experten hinüberschickt, um den Bolschewiken zu helfen, durch den Bau von Eisenbahnen, Stahl- und anderer Industrie ihre Position zu festigen. ...<<

Die "Iswestija" (Zeitung des russischen Sowjetkongresses) berichtete am 7. November 1917 (x191/18-19): >>Die Bolschewisten machen sich die weitverbreitete Unzufriedenheit und die große Unwissenheit der Massen von Soldaten und Arbeitern zunutze. ... Ist es möglich, daß die Leute nicht begreifen, daß Diktatur und Terror nicht die Mittel sind, mit denen man ein Land organisieren sollte? ...<<

Die nordamerikanische Historikerin Merle Fainsod (1907-1972) schrieb später über die russische "Oktoberrevolution von 1917" (x245/126-127): >>... Die stärkste Hilfstruppe der Bolschewiki (Mehrheitler) waren die Fabrikarbeiter. Lenin gewann ihre Unterstützung, indem er ihnen eine Regierung versprach, die "den Schmarotzern die überflüssigen Lebensmittel wegnimmt und sie den Hungernden gibt, ... die Obdachlosen in Wohnungen der Reichen einquartiert, ... die Reichen zwingt, die Milch zu bezahlen, ihnen jedoch keinen Tropfen Milch gibt, solange nicht die Kinder aller armen Familien in genügendem Maße damit versorgt sind".

Mit zwei Parolen – "Brot" und "Arbeiterkontrolle" – zog Lenin beträchtliche Teile der Industriearbeiterschaft von den Menschewiki (Minderheitler) weg auf die Seite der Bolschewiki.

Die bolschewistische Revolution war nicht von einer Mehrheit getragen. Die letzten freien Wahlen, die in Rußland stattfanden, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung Ende 1917, zeigten klar, daß die Bolschewiki im gesamten Land über nicht mehr als 25 % der Stimmen verfügten.

Aber die Bolschewiki besaßen, wie Lenin später bemerkte, "zum entscheidenden Zeitpunkt an der entscheidenden Stelle das ausschlaggebende Übergewicht an Kräften". In den Gebieten und Truppenteilen, die für den Erfolg des Aufstands strategisch wichtig waren – Petrograd, Moskau, die Baltische Flotte und die Garnisonen rund um Petrograd -, neigte sich die Waagschale tief zugunsten der Bolschewiki.

Die Feinde des Bolschewismus waren zahlreich; aber sie waren schwach, schlecht organisiert, gespalten und apathisch. Lenins Strategie war darauf gerichtet, die Spaltungen unter seinen Gegnern zu vertiefen, ihren Widerstand zu neutralisieren und aus ihrer Apathie Kapital zu schlagen.

1902 hatte Lenin in "Was tun?" geschrieben: "Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben!"

Am 7. November 1917 war der Wunsch erfüllt und die Tat vollbracht. ...<<

Der deutsche Historiker Oskar Anweiler schrieb später über die Folgen der russischen "Oktoberrevolution von 1917" (x245/125): >>... Die Oktoberrevolution wurde von den Bolschewiki unter der Losung "Alle Macht den Räten" vorbereitet und durchgeführt. Eine Überprüfung des geschichtlichen Tatbestandes ergibt aber, daß die Machtübernahme nur von einem Teil der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte selbst gewünscht und praktisch durchgeführt wurde.

Die große Mehrheit der Sowjets und der in ihnen vertretenen Massen begrüßte zwar den Sturz der Provisorischen Regierung, lehnte aber eine bolschewistische Alleinherrschaft ab. Trotzdem gelang es Lenin und Trotzki durch gewaltsame Aktionen und eine geschickte Demagogie, diese Widerstände auszuschalten und hinter der Sowjetfassade den Grund für ihre Parteidiktatur zu legen.

Schon sechs Wochen nach dem bolschewistischen Oktoberaufstand schrieb Maxim Gorkis Blatt "Novaja Zizn" in einer herben Kritik der neuen Machthaber: "Die Macht ist auf die Räte nur auf dem Papier, in der Fiktion, und nicht in Wirklichkeit übergegangen. Der 2. Altrussi-

sche Sowjetkongreß wurde von den Bolschewiki vor die vollendete Tatsache der Machteroberung durch die Bolschewiki und nicht durch die Sowjets gestellt. Die Sitzungen des Kongresses gingen in einer Atmosphäre des Aufstandes vor sich, die Bolschewiki stützten sich auf die Gewalt der Bajonette und Gewehre. ...

In den Provinzen, wo die Sowjets schwankten, wo keine bolschewistische Mehrheit gesichert war, suchten die Bolschewiki den Sowjets Angst einzujagen und sie vor die Alternative zu stellen, entweder sich zu unterwerfen oder den Bürgerkrieg in den Reihen der Demokratie hervorzurufen. So wurde die Losung 'Alle Macht den Räten' verwirklicht, die sich in Wirklichkeit in die Losung 'Macht einigen Bolschewiki' verwandelt hatte. ...

Die Räte verlieren schon ihre Bedeutung, die Rolle der Räte sinkt zu einem Nichts herab. ...

Eine Sowjetrepublik? Leere Worte! In Wahrheit ist es eine oligarchische Republik, eine Republik einiger Volkskommissare.

Worin haben sich die lokalen Sowjets verwandelt? In unfreie, untätige Anhängsel der bolschewistischen 'Kriegsrevolutionskomitees' oder von oben ernannter Kommissare. Und diejenigen Räte, die ihre Unabhängigkeit noch bewahren, die hartnäckig den 'Rat der Volkskommissare' nicht anerkennen, kommen auf eine schwarze Liste der verdächtigen, opportunistischen, beinahe konterrevolutionären Einrichtungen. ...

Die Sowjets zerfallen, werden kraftlos und verlieren von Tag zu Tag mehr ihr Ansehen in den Reihen der Demokratie. ...<<

Der Sowjetkongreß erließ am 8. November 1917 ein Dekret über die Verstaatlichung von Grund und Boden (x058/304):

>>1. Das Besitzrecht der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich aufgehoben. Eine Entschädigung wird nicht geleistet.

2. Die den Gutsbesitzern, Domänenverwaltungen, Klöstern, Kirchen gehörenden Ländereien gehen mit allem lebenden und toten Inventar, allen Baulichkeiten und allem Zubehör bis zur Entscheidung in der Bodenfrage durch die Konstituante (verfassunggebende Versammlung) in die Verwaltung der Dorfgarkomitees und der Kreisbauernräte über.

3. Jeder dem konfiszierten Eigentum, das nun dem ganzen Volke gehört, zugefügter Schaden wird als schweres Verbrechen betrachtet und von den Revolutionsgerichten bestraft. Die Kreisbauernräte ergreifen alle notwendigen Maßnahmen zur Wahrung einer strengen Ordnung bei der Konfiskation des Gutsbesitzes, zur Bestimmung der der Konfiskation unterliegenden Ländereien und ihrer Grenzen, zur Aufstellung genauer Verzeichnisse des konfiszierten Eigentums und zum strengsten revolutionären Schutz des ganzen in den Besitz des Volkes übergehenden Grundbesitzes mit allen Baulichkeiten, Geräten und Viehbeständen, Vorräten usw. ...<<

Lenin hielt nach der siegreichen "Oktober-Revolution" eine Rede vor dem Sowjetkongreß (x191/18): >>Genossen, die Arbeiter- und Bauernrevolution, deren Notwendigkeit die Bolschewiki mit Nachdruck vertreten haben, ist Tatsache geworden.

Was bedeutet diese Revolution? Zunächst bedeutet sie, daß wir eine Sowjet-Regierung haben werden ohne die geringste Beteiligung der Bourgeoisie. Die unterdrückten Massen werden selbst eine Regierung bilden.

Der alte Staatsapparat wird zerschlagen werden, und an seiner Stelle wird ein neuer, von Sowjetorganisationen geschaffener Regierungsapparat entstehen.

Heute beginnt ein neues Blatt in der Geschichte Rußlands und die gegenwärtige Dritte Russische Revolution wird schließlich zum Sieg des Sozialismus führen.

Eine unserer unmittelbarsten Aufgaben ist es, sofort den Krieg zu beenden. Aber um den Krieg, der mit dem jetzigen kapitalistischen System eng verknüpft ist, zu beenden, wird es notwendig sein, den Kapitalismus selbst zu stürzen. In diesem Beginnen werden wir den Beistand der revolutionären Bewegung der Welt haben, deren Entwicklung in Italien, England

und Deutschland schon eingesetzt hat ...

Wir müssen nur daran gehen, in Rußland einen proletarischen sozialistischen Staat aufzubauen.

Hoch lebe die weltumspannende sozialistische Revolution!<<

Lenin schrieb damals über die Diktatur des Proletariats (x128/33): >>Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft ... zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine "politische Übergangsperiode", und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein. ...

Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisation der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrücker, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben.

Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der zum erstenmal ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten.

Diese müssen wir niederhalten, um die Menschen von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden – es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt. ...

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d.h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt – erst dann "hört der Staat auf zu bestehen" und "kann von Freiheit die Rede sein". ...<<

Der russische Schriftsteller Maxim Gorki warnte damals bereits frühzeitig vor einem verlustreichen russischen Bürgerkrieg (x122/431): >>... Die Menschen werden einander töten, weil sie es nicht verstehen, ihre tierische Dummheit zu überwinden. ... Kurz, es wird sich das blutige, sinnlose Gemetzel wiederholen, das wir schon gesehen haben und das im ganzen Land die moralische Bedeutung der Revolution bereits angegriffen aber auch ihren kulturellen Sinn erschüttert hat.

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Ereignisse diesmal einen noch blutigeren und pogromistischeren Charakter annehmen werden. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die russischen Revolutionen im Jahre 1917 (x364/114-119): >>...

Bühne frei für die Revolution

Im Jahr 1915 konnten aufgrund der Verstärkung an der Ostfront die Deutschen eine massive Offensive einleiten. Bis zum September hatten sie ganz Polen und Litauen eingenommen und rückten weiter nach Osten vor. Die russische Armee hatte in den Schlachten um Polen und Litauen weitere Millionenverluste erlitten.

In der Gegenoffensive von 1916 unter General Brussilow in Galizien und Wolhynien, die bis zu den Karpaten gelangt war, ehe sie durch das Eintreffen von Nachschubtruppen der Deutschen gestoppt wurde, verlor Rußland eine weitere Million Männer. Nach dieser neuen nationalen Katastrophe befand sich Rußland vor dem physischen und finanziellen Ruin. Die Nation war von Verzweiflung gepackt.

Die durch dieses nationale Trauma geschaffenen Zustände wurden von speziell ausgebildeten Illuminaten-Agenten in übersteigerten Tönen ausgemalt, die eifrig die Flammen der Unzufriedenheit schürten, vor allem in den dichter besiedelten Gebieten.

Da die Philosophie der Illuminaten von Elend und Unsicherheit lebt, hatten ihre Bemühungen Erfolg, die Bühne für eine Revolution freizumachen, die sich an die durch die Deutschen erlit-

tene Niederlage anschließen sollte.

Die Revolution brach im Februar 1917 aus. Der Zar dankte ab und eine provisorische Regierung übernahm die Regierungsgeschäfte, zunächst unter Leitung von Prinz Georgi Luwow, dann Alexander Kerenski. Es gelang dieser jedoch nicht, das Blatt des nationalen Zerfalls zu wenden.

Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten

Da sich die Situation weiter verschlimmerte, wurden von der Kabale der Illuminaten und den internationalen Banken sorgfältige Vorbereitungen zum endgültigen Überfall auf die russische Nation unternommen, die, wie die Vergangenheit gezeigt hatte, das Haar in der Suppe war, jedenfalls bezüglich der Pläne für die Welteroberung.

In New York bemühte sich Leo Trotzki, der am 13. Januar auf verschlungenen Wegen in die USA gekommen war, um der Inhaftierung durch europäische Behörden zu entgehen, mit diabolischem Eifer, das zu sammeln, was Winston Churchill später einmal als eine "Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten" bezeichnet hat. Diese bildete den Kern, um den sich die politische Führungsmannschaft der geplanten Revolution aufbaute.

Obwohl er nach außen hin keine Mittel besaß, lebte Trotzki in einem modischen Apartment und ließ sich in einem Straßenkreuzer herumchauffieren. Häufig sah man ihn den palastähnlichen Wohnort von Jacob Schiff betreten, dem Rothschildagenten, der vor rund 40 Jahren die Kontrolle der Firma Kühn, Loeb and Co. übernommen hatte, einem internationalen Bankhaus, und zwar auf Geheiß seiner europäischen Meister.

Schiff hatte sich in den amerikanischen Finanzkreisen einige Jahre zuvor selbständig gemacht, als er in seiner Eigenschaft als der amerikanische Rothschildagent Nr. 1 die Finanzierung für die John D. Rockefeller gehörende Standard Oil, das Eisenbahnimperium von Edward Harri-man und das Stahlreich von Andrew Carnegie besorgt hatte.

Als Trotzki's private Armee aus skrupellosen Taugenichtsen, die ihr "Hammellager" auf dem Standard Oil-Gelände in New Jersey hatten, ausreichend für seinen Feldzug der Subversion und des Terrors ausgebildet war, verließen sie New York auf der SS "Kristianiafjord" in Richtung Rußland. Mit ihnen befanden sich an Bord 20 Millionen Dollar in Gold, die der internationale Banker Jacob Schiff geliefert hatte. Diese Riesensumme sollte die unzähligen, verschiedenen Auslagen decken, die für ein solches Herkulesunternehmen benötigt würden.

Diese Tatsache ist später von Jacob Schiffs Enkelsohn, John, bestätigt worden (Knickerbocker Column, "New York Journal American", 3. Februar 1949).

Als ihr Schiff, das von Jacob Schiff gechartert war, am 3. April von kanadischen Behörden in Halifax, Neuschottland, festgehalten wurde, sah es für einen flüchtigen Moment so aus, als ob die Illuminaten-Verschwörung scheitern würde.

An dieser Stelle wurde die furchtbare, unsichtbare Macht des Jacob Schiff und seiner Big-Money-Freunde der kanadischen Regierung deutlich gemacht. Sie befahlen ihren Marionetten in Washington und London, sofort zu intervenieren.

Daraufhin befand sich die Trotzki-Bande innerhalb weniger Stunden wieder auf hoher See. In Europa angekommen, machte sich Trotzki auf den Weg in die Schweiz, wo er mit Lenin, Stalin, Kaganowitsch und Litwinow zusammenstieß, um die letzten Einzelheiten der Strategie zu klären, bevor man sich nach Rußland begab.

Die ehrenwerten Warburgs

Aber noch sahen sich die bolschewistischen Verschwörer vor ein scheinbar unüberwindliches Hindernis gestellt: wie sollten sie ihre "Armee" und Ausrüstung quer durch halb Europa und nach Rußland bringen? Die Antwort auf dieses Dilemma kam, als Max Warburg, der Rothschildagent, der Leiter der deutschen Geheimpolizei war, sie alle in einen versiegelten Eisenbahnwaggon packte und für ihre sichere Durchfahrt bis an die russische Grenze sorgte. Max Warburg war der Bruder von Paul Warburg, dem Erbauer, Gründer und ersten Vorsitzenden

der amerikanischen Federal Reserve Corporation.

Nachdem sie einmal in Rußland waren, wendeten Lenin, Trotzki und ihre erbarmungslose Bande von Raubmördern die teuflischen Lehren mit unermüdlichem Eifer an, die Sergei Nechayev in seinem "Revolutionären Katechismus" niedergelegt hatte. In Lenins eigenen Worten mußten die ergebenen Anhänger "zu jedem und allen Opfern bereit sein und zu allen nur denkbaren Mitteln, Manövern und illegalen Methoden, zu Lügen und Verleumdungen", um die Zielsetzung zu verwirklichen.

Die Rote Armee der Banker

Im Juli 1917 erlitt das von den internationalen Banken unterstützte Komplott einen anfänglichen Rückschlag, und Lenin und einige seiner Mitarbeiter mußten nach Finnland fliehen. Einige Monate danach kehrten sie wieder nach Rußland zurück, wo sie eine stattliche Zahl von Einzelpersonen in den Griff bekamen, die, bestürzt von den entsetzlichen Zuständen in Rußland infolge des drei Jahre währenden Krieges, leichtgläubig ihren Versprechungen Glauben schenkten, man werde die großen Landgüter untereinander aufteilen und sie mit vielen Annehmlichkeiten des Lebens versehen.

Die Bolschewiken taten sich auch mit Tausenden von böswilligen, anarchistischen Atheisten zusammen, denen von der provisorischen Regierung unter Alexander Kerenski nach Abdankung des Zaren eine Amnestie gewährt worden war.

Im November 1917 ließen die Bolschewisten ihre Revolution steigen und diesmal mit Erfolg. Zunächst ergriffen sie die Kontrolle über Petrograd und dann im Verlauf der nächsten zweieinhalb Jahre über ganz Rußland, wobei sie sich einer Terrorkampagne bedienten, die in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel war.

Während des blutigen Bürgerkrieges, der auf die bolschewistische Revolution folgte, war Lenin der unangefochtene Führer der politischen Aktivitäten und Trotzki organisierte den militärischen Zweig der Organisation die Rote Armee. Der Name "Rote Armee" war keine falsche Benennung oder ein zufällig gesuchter Name.

Die bolschewistische Rote Armee unter der Führung von Trotzki war das tödliche Werkzeug der von Rothschilds (Rotes Schild) beherrschten internationalen Banken. Es war nur allzu passend, daß sie das "Rote" Etikett oder Schild trug.

Zwischen 1917 und 1921 durchlebte Rußland eine Zeit des unvorstellbaren politischen und wirtschaftlichen Chaos. Wirtschaftlich und sozial war der äußerste Ruin erreicht. Die industrielle Produktion brach durch die Unterbrechung der Transportlinien zusammen, die Versorgung mit Rohstoffen und Krediten war unzulänglich, so daß es fast überhaupt keine Waren wie Kleidung, Schuhe oder landwirtschaftliche Gerätschaften gab.

Im Jahr 1920 belief sich die Industrieproduktion auf 13 Prozent des Wertes von 1913. Gleichzeitig wurde Papiergeld so großzügig gedruckt, daß der Rubel so gut wie wertlos war.

Der Plan der Illuminaten erfüllte sich

Die Kommunisten haben die immer tiefer greifende nationale Tragödie ausgebeutet sowie die Uneinigkeit und Unentschlossenheit ihrer Gegner. Sie führten ihren diabolischen Plan mit fanatischer Grausamkeit aus. Terror a la "Revolutionärer Katechismus" hieß die Losung des Tages - jeden Tag, jede Woche und jeden Monat. Die Werkzeuge, die diese gnadenlosen Terroristen einsetzten, war die Rote Armee unter Leitung von Leo Trotzki sowie die Geheimpolizei, die systematisch alle tatsächlichen, potentiellen oder eingebildeten Gegner ermordete.

Diese Terroristen wurden für ihre blutbesudelten Dienste reich belohnt. Sie erhielten guten Lohn und eine umfangreiche Lebensmittelration. Sie waren "das Gesetz", wo immer sie hingingen.

Wahrlich, die Situation in Rußland "schrie laut" nach Maßnahmen seitens der westlichen "Nationen, die sich selbstgefällig soviel auf ihre "Menschlichkeit" zugute hielten. Aber keine einzige Nation rührte sich, um die Vernichtung der unschuldigen Massen in Rußland zu verhin-

dern.

Ihre Regierungen wurden allesamt von derselben Kraft kontrolliert, die geschäftig dabei war, Rußland gemäß dem Plan zu erdrosseln, den der Illuminaten "Alleiniger Oberbefehlshaber" Albert Pike in seinem berühmten Brief an Mazzini im Jahre 1871 beschrieben hatte.

Trotzki, der der Hauptanstifter dieses Gemetzels war, rechtfertigte seine Taten damit, daß sie "eine Demonstration des Willens und der Stärke des Proletariats" seien.

Winston Churchill bemerkte in seinem Artikel in der "Illustrated Sunday Herald" am 8. Februar

1920, daß die "weltweite und stetig wachsende "Illuminaten-Verschwörung" eine klar erkennbare Rolle in der Tragödie der Französischen Revolution gespielt hat. Sie ist die Antriebsfeder einer jeden subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts gewesen; und nun, zuletzt, hat diese Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der Großstädte Europas und Amerikas das russische Volk bei den Haaren gepackt und sind praktisch die unangefochtenen Herren dieses riesigen Reiches."

Die Französische Revolution, von Winston Churchill als die "klar erkennbare" Arbeit der Illuminatenverschwörung gekennzeichnet, war eine Zeit voller Blutvergießen und Gewalttaten, eine Terrorherrschaft, die den Tod von Hunderttausenden von Menschen gefordert hatte.

Mit der von den Illuminaten geplanten und finanzierten Russischen Revolution von 1917 wird das frühere Ereignis an Intensität und Dauer völlig in den Schatten gestellt. In Frankreich hatte sich das rot-hitze Fieber des mordenden Pöbel in wenigen Monaten von selbst ausgebrannt.

In Rußland wurde das kalt berechnete Abschlachten des Volkes und die systematische Vernichtung der alten Ordnung mit einem religiösen Eifer weitergeführt, der all die sadistischen, vom Teufel inspirierten Anweisungen in sich vereinigte, die in dem "Revolutionären Katechismus" niedergelegt sind, einem verwunderlichen Dokument.

Bevor das Blutvergießen ein Ende nahm, waren mehr als 30 Millionen Menschen unter dem gnadenlosen Schwert des von den internationalen Banken erschaffenen roten Ungeheuers umgekommen.

Mehreren Millionen gelang es, den Krallen der kommunistischen Schlächter zu entgehen und in Nachbarländer zu fliehen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 1. November 2017): >>**Die**

Ausbreitung der Barbarei

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland war der "bis dahin gewaltigste Vorstoß der 'Ewigen Linken', ... das heißt einer Empfindungs- und Denktendenz, die an den vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnissen Anstoß nimmt, weil sie sie für 'ungerecht' hält".

Für ungerecht gehalten wurde die ungleichmäßige Verteilung von Gütern und Lebensmöglichkeiten, die gegen den Gedanken der Brüderlichkeit aller Menschen verstieß. Diese Empfindung ist beispielhaft festgehalten in dem Vers des Priesters John Ball, der im 14. Jahrhundert in England predigte und als Rebell hingerichtet wurde: "Als Adam grub und Eva spann, wer war da der Edelmann?"

In Rußland gab es 1917 riesige soziale Unterschiede und eine furchtbare Massenarmut, die sämtliche Mißstände in Westeuropa übertraf. Das erklärt die Wut der Massen, die sich in Grausamkeiten gegen den Adel und das Bürgertum entlud. Neben dem spontanen gab es den planvollen Terror.

Die Revolutionsführer ließen keinen Zweifel daran, daß sie es wörtlich meinten, wenn sie von der Vernichtung der parasitären Ausbeuterklassen und anderer sogenannter Volksfeinde sprachen. Das historische Recht dazu entnahmen sie dem Marxismus-Leninismus, der die uralte Utopie von einer gerechten Welt in eine angeblich wissenschaftliche Weltanschauung übersetzte.

Doch bald zeigte sich, daß die soziale, ökonomische, kulturelle Wirklichkeit einer Gesell-

schaft nicht in der Theorie vom Klassenkampf aufging. Also mußte die Realität zurechtgestutzt werden, um der Weltanschauung zu entsprechen. Das Mittel dazu war der stalinistische Massenterror, von dem viele Linke im Westen lange Zeit nichts wissen wollten oder den sie sogar rechtfertigten.

Der Zerfall des sowjetischen Imperiums seit 1989 markierte das Ende des linken Traums, die Utopie von der gerechten Welt in einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Die orientierungslose Linke ist seither zum Claqueur der globalisierten Wirtschaft und Finanzindustrie herabgesunken.

Deren Wunsch nach freier Verfügbarkeit über die Ressourcen, nach ungehindertem Warenfluß und grenzenlos kompatiblen Arbeitsnomaden und Konsumenten liefert sie ideologischen Flankenschutz, indem sie namens der globalen Gerechtigkeit offene Grenzen für alle fordert und diese, wo sie kann, auch durchsetzt.

Die Folgen sind die Zerstörung von Heimat und die sukzessive Ausbreitung der Barbarei. Diese strukturelle Gewalt von links wirkt schlimmer und nachhaltiger als der punktuelle Terror, der von linksideologisch aufmunitionierten Schlägertrupps gegen jene Minderheit verübt wird, die Widerstand leistet. Hundert Jahre nach der Oktoberrevolution ist die "Ewige Linke" nur noch ein bösesartiges und destruktives Phänomen.<<

Die Zeitung "Prawda" berichtete am 20. November 1917 (x191/20): >>Die Armee der russischen Revolution stützt sich auf unerschöpfliche Reserven. Die unterdrückten Nationen Asiens (China, Indien, Persien) warten ebenso leidenschaftlich auf den Sturz des kapitalistischen Regimes der Gewalt wie die unterdrückten proletarischen Massen ganz Europas.

Diese Kräfte zu einer Weltrevolution zu verschmelzen, ist die historische Aufgabe der Arbeiter und Bauern in Rußland.<<

Maxim Gorki veröffentlichte am 21. November 1917 in der Zeitung "Neues Leben" einen kritischen Artikel über die "Oktober-Revolution" (x191/18): >>Das Proletariat hat nicht gesiegt; im ganzen Land tobt der Bürgerkrieg; Hunderte und Tausende von Menschen morden einander hin. ...

Das Menschenleben wird ebenso niedrig eingeschätzt wie vorher. Die Gewohnheiten des alten Regimes verschwinden nicht. Die "neue Obrigkeit" ist ebenso grob wie die alte und hat sogar noch schlechtere Manieren als diese. In den neuen Polizeirevieren schreit man und stampft man mit den Füßen genauso wie früher. Die neuen Beamten lassen sich auch ebenso gerne bestechen und schicken die Leute herdenweise ins Gefängnis. Alles Alte und Häßliche ist noch lange nicht überwunden. ...<<

Während und nach der "Oktoberrevolution" begann die größte Christenverfolgung der russischen Geschichte. Von 1917 bis 1940 wurden ungezählte Priester, Mönche, Nonnen und andere Geistliche verhaftet, verschleppt oder ermordet.

Der Volkskommissar für das Kriegswesen, Leo Trotzki, verkündete am 1. Dezember 1917 vor den Delegierten des zentralen Exekutivkomitees der Sowjets (x046/189): >>In weniger als einem Monat wird der Terror extrem gewaltsame Formen annehmen, so wie es auch bei der Großen Französischen Revolution gekommen ist. ...<<

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schlug dem Kaiser am 3. Dezember 1917 vor, Friedensverhandlungen mit Rußland einzuleiten (x191/19-20): >>Die Bolschewiki sind nun zur Herrschaft gelangt; wie lange sie sich an der Macht werden halten können, ist noch nicht zu übersehen. Sie brauchen zur Befestigung ihrer eigenen Stellung den Frieden; auf der anderen Seite haben wir alles Interesse daran, ihre vielleicht nur kurze Regierungszeit auszunutzen, um zunächst zu einem Waffenstillstand, und dann, wenn möglich, auch zum Frieden zu gelangen.

Der Abschluß eines Separatfriedens würde die Verwirklichung des erstrebten Kriegszieles, den Bruch Rußlands mit seinen Verbündeten, bedeuten. ...<<

Nach der bolschewistischen Machtübernahme in Rußland erklärte sich Finnland am 4. Dezember 1917 von Rußland unabhängig.

Am 11. Dezember 1917 gelang es den Litauern, die Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Republik Litauen (Hauptstadt = Kowno) zu gründen.

Nach der erfolgreichen "Oktober-Revolution" schlossen die Bolschewisten und das Deutsche Reich am 15. Dezember 1917 einen Waffenstillstand.

Lenin rechtfertigte am 20. Januar 1918 die deutsch-russischen Friedensverhandlungen (x191/20): >>Indem wir einen Separatfrieden schließen, befreien wir uns ... für den gegebenen Augenblick ... von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nutzen ihre Feindschaft und ihren Krieg ... aus, bekommen für eine gewisse Periode die Hände frei, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen.<<

Der Rat der Volkskommissare erließ am 28. Juni 1918 ein Dekret über die Verstaatlichung der industriellen Unternehmen (x058/305): >>Um den Zusammenbruch im Wirtschaftsleben und in der Lebensmittelversorgung energisch zu bekämpfen und um die Diktatur der Arbeiterklasse und der Dorfarmut energisch zu unterstützen, beschloß der Rat der Volkskommissare:

1. Die unten aufgeführten (Unternehmen der Bergbau-, Metall-, Textil-, elektronischen und Holzindustrie, die Aktiengesellschaften sind oder ein bestimmtes Kapital besitzen), in der Sowjetrepublik liegenden industriellen und kommerziell-industriellen Unternehmen mit allem ihrem Kapital und Eigentum, woraus es auch bestehe, zum Besitz der RSFSR (Russische Sozialistische Sowjetrepublik) zu erklären. ...

IV. Vom Augenblick der Veröffentlichung dieses Dekrets an sind die Verwaltungsmitglieder, die Direktoren und anderen verantwortlichen Leiter der verstaatlichten Unternehmungen der Sowjetrepublik sowohl für die Unversehrtheit als auch die Instandhaltung und den richtigen Betrieb des Unternehmens verantwortlich.

Im Falle, daß jemand seinen Posten ohne die Zustimmung der zuständigen Organisationen des Obersten Wirtschaftsrates verläßt, oder in dem Falle unentschuldbarer Vernachlässigung in der Leitung des Unternehmens werden die Schuldigen nicht nur der Republik mit allem ihrem Vermögen zu haften haben, sondern es erwartet sie auch ernste Strafverfolgung seitens der Gerichte. ...<<

Im Juni 1918 landeten die ersten US-Marinetruppen in Murmansk, um die Gegner der Bolschewisten zu unterstützen.

Der Chef der Tscheka (Lenins geheime Staatspolizei, die nach der "Oktoberrevolution" von 1917-22 unter diesem Namen operiert) berichtete im Juni 1918 (x243/126): >>... Wir treten für den organisierten Terror ein. ... Terror ist in Zeiten der Revolution eine absolute Notwendigkeit. ... Die Tscheka ist verpflichtet, die Revolution zu verteidigen und den Gegner zu vernichten, auch wenn das Schwert manchmal die Köpfe von Unschuldigen trifft. ...<<

Lenin ließ am 17. Juli 1918 den letzten russischen Zaren Nikolaus II. Alexandrowitsch Romanow (1868-1918) mit seiner gesamten Familie in Jekaterinburg erschießen (x080/178).

Lenin erklärte später, daß der Terror für das kommunistische System in manchen Situationen dringend erforderlich ist (x099/58, x245/176): >>... Es ist unsere Pflicht als Kommunisten alle Kampfformen zu beherrschen ... und unsere Taktik jeweils der Lage anzupassen. ...

Die eigenen Hände im voraus zu binden, dem gegenwärtig besser bewaffneten Feind offen zu verkünden, ob und wann wir beginnen, ist Dummheit, aber keine Revolution. ...

Der Terror ist eine nützliche, ja in manchen Augenblicken eine lebenswichtige militärische Operation. ...<<

>>... Die Sowjetrepublik ist eine vom Weltkapital belagerte Festung. ... Daraus ergibt sich unser Recht und unsere Pflicht, die Bevölkerung restlos für den Krieg zu mobilisieren. ...

Wir kennen den "Nährboden", der konterrevolutionäre Unternehmungen, Putsche, Verschwörungen usw. hervorbringt. Wir kennen dieses Milieu sehr gut. Das ist das Milieu der Bour-

geoisie, der bürgerlichen Intelligenz, der Kulaken auf dem Lande, des "parteilosen" Publikums überall, dann der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

Die Überwachung dieses Milieus muß verdreifacht und verzehnfacht werden. Die Wachsamkeit muß verzehnfacht werden, denn konterrevolutionäre Anschläge von dieser Seite her sind im gegenwärtigen Augenblick und in der nächsten Zukunft absolut unvermeidlich. ...<<

Die Sozialistin Rosa Luxemburg (gründete 1917 mit Karl Liebknecht den Spartakusbund) kritisierte später Lenins Tormethoden (x243/127): >>Lenin vergreift sich völlig im Mittel.

...

Der einzige Weg zur Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkste breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert. ...

Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.

Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. eine Diktatur im bürgerlichen Sinne. ...

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie auch noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden. ...<<

Im August 1918 landeten weitere US-Marinetruppen in Wladiwostok.

Lenin forderte am 5. September 1918 die Einrichtung von "Konzentrationslagern" und "summarische Erschießungen".

Die Tscheka (von 1917-1922 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten) richtete danach innerhalb von 2 Monaten etwa 10.000-15.000 Menschewiken, Adelige, Offiziere, Polizisten, Verwaltungsbeamte und sonstige "Staatsfeinde" hin (x087/125).

Der bolschewistische Parteiführer Grigorij Sinowjew (1883-1936, eigentlicher Name: Hirsch Apfelbaum, hingerichtet) forderte am 19. September 1918 in der Zeitung "Servernaja Komuna", daß von den 100 Millionen Einwohnern Rußlands etwa 10 Millionen durch den eigenen sozialistischen Terror vernichtet werden müßten (x046/189, x087/125).

Im September 1918 kämpften etwa 900.000 Europäer, Japaner und Nordamerikaner sowie weißrussische und mongolische Truppen gegen die Bolschewisten (x068/190).

Die Komintern (Kommunistische Internationale) faßte während des Gründungskongresses der III. Internationale vom 2. bis zum 6. März 1919 in Moskau alle kommunistischen Parteien Europas straff zusammen und erteilte ihnen verbindliche Anweisungen (x069/141).

In diesen Anweisungen hieß es (x256/59): >>Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik ... zu kämpfen. Die Kommunistische Internationale stellt sich die Befreiung der Werktätigen der ganzen Welt zur Aufgabe. In den Reihen der Kommunistischen Internationale vereinigen sich brüderliche Menschen weißer, gelber, schwarzer Hautfarbe – die Werktätigen der ganzen Erde.<<

Lenin bezeichnete die Gründung der III. Internationale (Komintern) als die "Vorstufe der internationalen Republik der Sowjets, des Weltsieges des Kommunismus" (x041/80).

Ein bolschewistischer Parteifunktionär schrieb am 22. März 1919 an Lenin, um über die verbrecherischen Aktivitäten der Tscheka (von 1917-1922 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten, danach umgewandelt zur GPU) zu berichten (x265/118): >>... In dieser von Kriminalität, Gewalt und Willkür verseuchten Organisation, wo Schurken und Verbrecher den Ton angeben, richten bis an die Zähne bewaffnete Männer jeden hin, der ihnen nicht paßt. Sie dringen in die Häuser ein, plündern, vergewaltigen, nehmen Leute fest, bringen Falschgeld in Umlauf und verlangen von den Leuten Krüge voll Wein, um anschließend die, von denen sie den Wein bekommen haben, zu erpressen und sie schließlich gegen eine 10- oder 20mal so hohe Summe wieder laufen zu lassen.<<

Im April 1920 begann der polnisch-russische Krieg, da Marschall Pilsudski die polnischen Ostgrenzen von 1772 durchsetzen wollte.

Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland

Nach den Plänen der Briten und Franzosen sollte die polnische Ostgrenze ("Curzon-Linie) nicht über das polnische Siedlungsgebiet hinausgehen (x069/138). Polen wollte sich damit aber nicht begnügen. Während in Rußland ein blutiger Bürgerkrieg tobte, griffen polnische Truppen den geschwächten russischen Nachbarn im April 1920 an. Am 7. Mai 1920 eroberte die überlegene polnische Armee (148.500 Polen gegen 65.000 Sowjets) Kiew, die Hauptstadt der Ukraine (x047/134).

Nach einer großangelegten sowjetischen Gegenoffensive wurden die polnischen Truppen (Marschall Pilsudski) jedoch schnell zurückgedrängt. Im Juli 1920 stand die Rote Armee bereits vor Warschau. Hier konnte man die Russen jedoch mit französischer Waffenhilfe bzw. wegen Streitigkeiten der sowjetrussischen Armeeführer Tuchatschewski (1893-1937) und Budjonny (1883-1973) stoppen und zurückschlagen ("Wunder an der Weichsel"). Nach dem völlig überraschenden polnischen Sieg über die abgekämpften Truppen der Roten Armee erfolgte die östliche Verlagerung der polnisch-russischen Grenze.

Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland (April bis Oktober 1920) war äußerst erfolgreich, denn Polen konnte die bisherigen Volkstumsgrenzen um ca. 250 km nach Osten erweitern (x061/433). Die Länge der neuen polnisch-russischen Grenze betrug danach 1.412 km).

Die "neuen ostpolnischen Gebiete" wurden überwiegend von Ukrainern und Weißrussen bewohnt, die ausschließlich von primitiver Land- und Forstwirtschaft lebten. Zentrale Mittelpunkte waren Wilna, Brest und Rowno. Nach polnischen Angaben siedelten in diesen "ostpolnischen Gebieten" später rd. 8,9 Millionen Einwohner, davon waren etwa 6,0 Millionen Ukrainer und Weißrussen, ca. 1,5 Millionen Polen und 1,4 Millionen andere Minderheiten, vor allem Juden (x064/127).

Lenin erklärte nach der rigorosen bzw. maßlosen polnischen Grenzfestlegung (polnisch-sowjetischer Frieden von Riga vom 18. März 1921), daß man aus taktischen Gründen diese Grenze vorübergehend anerkennen mußte, aber diese Gebiete zu gegebener Zeit wiederholen würde.

Diese willkürliche polnische Grenzziehung löste in den folgenden Jahren ständig schwere polnisch-sowjetische Konflikte aus und führte schließlich im Jahre 1939 zum sowjetischen Einmarsch. Für die Ostdeutschen wirkte sich die polnische Expansionspolitik besonders verhängnisvoll aus, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges einigten sich die Sowjetunion, die westlichen Siegermächte und Polen schließlich zu Lasten der deutschen Ostprovinzen (Tausch der im Jahre 1920 besetzten ukrainischen und weißrussischen Gebiete gegen die deutschen Ostgebiete).

Lenin kündigte am 21. November 1920 an, nach der "proletarischen Revolution in Rußland" die Weltrevolution durchzusetzen (x125/58): >>Als wir vor drei Jahren die Frage nach den Aufgaben und Bedingungen des Sieges der proletarischen Revolution in Rußland stellten, ha-

ben wir stets ausdrücklich erklärt, daß dieser Sieg nicht als gesichert gelten kann, wenn Rußland nicht von der proletarischen Revolution im Westen unterstützt wird. ...

Damit unser Sieg sicher sei, muß die proletarische Revolution in allen oder zumindest in einigen kapitalistischen Ländern siegen. ...

Wir sind in einer Situation, wo wir zwar noch nicht international gesiegt haben, was der einzige sichere Sieg für uns wäre, wo wir uns aber Bedingungen erkämpft haben, unter denen wir neben den kapitalistischen Staaten bestehen können, die jetzt gezwungen sind, wirtschaftliche Beziehungen mit uns aufzunehmen. ...<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über Lenins Außen- und Rüstungspolitik (x853/...): >>...

Die Kommunistische Partei Rußlands, die "Bolschewiki", verstand sich als eine Partei der Berufsrevolutionäre, deren erklärtes Endziel die Errichtung einer sozialistischen Weltrepublik war. Zunächst gelang es den Bolschewiki aber nur, begünstigt durch die Wirren des Weltkrieges, im November 1917 einen Umsturz im industriell rückständigen Rußland herbeizuführen. Weitere sozialistische Revolutionen in Europa blieben aus oder scheiterten, und im eigenen Land mußten die Bolschewiki die soeben errungene Macht in einem mit größter Grausamkeit geführten Bürgerkrieg behaupten.

Im Dezember 1920, kurz nach Beendigung des Bürgerkrieges, formulierte Lenin eine Doktrin für die zukünftige sowjetische Außenpolitik. Die Sowjetunion war zu jener Zeit noch industriell rückständig und militärisch schwach, so daß sie sich auf keine bewaffnete Auseinandersetzung mit den westlichen Großmächten einlassen konnte.

Aber in der kapitalistischen Welt, zwischen Japan und den USA, zwischen den USA sowie England und Frankreich, und schließlich zwischen Deutschland und den Siegermächten des Ersten Weltkrieges existierten unüberbrückbare Interessengegensätze, die sich, so Lenin, über kurz oder lang in einem neuen bewaffneten Konflikt, einem "zweiten imperialistischen Krieg" entladen würden (der "erste imperialistische Krieg" war der Weltkrieg 1914/18 gewesen). Diese Gegensätze mußte die Sowjetunion ausnutzen:

"Das Wesentliche ... ist ... die Regel ... daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen zwei imperialistischen Mächtegruppen, zwischen zwei kapitalistischen Staatengruppen ausnutzen und sie aufeinanderhetzen muß. Solange wir nicht die ganze Welt gewonnen haben, solange wir, wirtschaftlich und militärisch gesehen, noch schwächer sind als die übrige, die kapitalistische Welt, solange haben wir uns an diese Regel zu halten ... Sobald wir aber stark genug sind, den gesamten Kapitalismus niederzuwerfen, werden wir ihn sofort an der Gurgel packen."

Lenin schloß mit den Worten:

"Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben. Der eine oder der andere wird zuletzt siegen. Entweder wird man die Sowjetrepublik oder den Weltkapitalismus zu Grabe tragen."

Der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab, die sozialistische Weltrevolution, war nicht nur das Ziel Lenins, sondern das aller bolschewistischen Führer. So erklärte Stalin Ende 1918:

"Der Westen mit seinen imperialistischen Kannibalen hat sich in einen Herd der Finsternis und Sklaverei verwandelt. Die Aufgabe besteht darin, diesen Herd zum Glück und zur Freude der Werktätigen aller Länder zu zerschlagen."

Nach dem Tode Lenins im Januar 1924 konnte sich nach längeren innerparteilichen Auseinandersetzungen Stalin als sein Nachfolger, als neuer Führer der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung, durchsetzen. ...<<

Der Oberste Volkswirtschaftsrat erließ am 29. November 1920 ein Dekret über die Verstaatlichung der kleineren industriellen Unternehmen (x058/305-306): >>1. Alle industriellen Unternehmen, die privaten Personen oder Gesellschaften gehören und mehr als 5 Arbeiter mit

maschineller Kraft oder mehr als 10 Arbeiter ohne maschinelle Kraft beschäftigen, werden zum Nationaleigentum erklärt.

2. Das gesamte Eigentum, die Geschäftsaktiva und das Kapital der in § 1 spezifizierten Unternehmen werden, wo immer sich dieses Eigentum befindet und woraus es auch besteht, zum Eigentum der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik erklärt.<<

Lenin schrieb im Jahre 1920 über "Das Grundgesetz der Revolution" (x272/23-24): >>... Das Grundgesetz der Revolution, das durch alle Revolutionen, insbesondere durch die drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, bestätigt worden ist, besteht in folgendem:

Zur Revolution genügt es nicht, daß die ausgebeuteten und geknechteten Massen die Unmöglichkeit, in alter Weise weiterzuleben, einsehen und eine Änderung fordern; zur Revolution ist nötig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können.

Nur wenn die "unteren Schichten" die alte Ordnung nicht mehr wollen und die "Oberschichten" in der alten Weise nicht mehr leben können – nur dann kann die Revolution siegen.

Mit anderen Worten kann man diese Wahrheit so ausdrücken:

Die Revolution ist ohne eine Krise der gesamten Nation (die Ausbeutete wie Ausbeuter erfaßt) unmöglich.

Folglich gehört zur Revolution erstens, daß die Mehrheit der Arbeiter (jedenfalls die Mehrheit der klassenbewußten, denkenden, politisch aktiven Arbeiter) die Notwendigkeit der Umwälzung vollkommen begriffen hat und bereit ist, ihretwegen in den Tod zu gehen; zweitens, daß die herrschenden Klassen eine Regierungskrise durchmachen, die sogar die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht (das Merkmal einer wirklichen Revolution ist: die schnelle Verzehnfachung, ja sogar die Verhundertfachung der zum politischen Kampf fähigen Vertreter der werktätigen und ausgebeuteten Massen, die bis dahin apathisch waren), die Regierung schwächt und den Revolutionären den schnellen Sturz dieser Regierung ermöglicht. ...<<

In der russischen Stadt Kronstadt (auf der Insel Kotlin im Finnischen Meerbusen, Inselfestung sowie Kriegs- und Handelshafen vor Sankt Petersburg) rebellierten etwa 15.000 Kronstädter Matrosen gegen die bolschewistische Diktatur.

Die Aufständischen forderten am 1. März 1921 in Kronstadt (x243/126):

>>1. Angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtigen Sowjets nicht den Willen der Arbeiter und Bauern repräsentieren, sind sie bei vorangehender freier Wahlagitation und in geheimer Abstimmung sofort neu zu wählen.

2. Freiheit der Rede und Presse für Arbeiter, Bauern und Anarchisten und linkssozialistische Parteien.

3. Freiheit der Versammlungen der Gewerkschaften und Bauernvereinigungen. ...

5. Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Reihen der sozialistischen Parteien. ...

8. Beseitigung aller politischen Abteilungen in der Armee. ...

9. Gleichstellung aller Rationen der Arbeiter. ...

11. Freies Verfügungsrecht der Bauern über ihren Boden und das Recht, Vieh halten zu dürfen, sofern sie keine Lohnarbeiter beschäftigen. ...<<

General Tuchatschewski und Trotzki ließen den Kronstädter Aufstand gegen die bolschewistische Einparteiherrschaft am 18. März 1921 durch die Rote Armee niedergeschlagen. Von den 15.000 Kronstädter Matrosen kamen nur etwa 150 mit dem Leben davon (x243/126).

General Tuchatschewski berichtete später über die Niederschlagung des Aufstandes (x243/126): >>Ich bin 5 Jahre im Krieg gewesen, aber ich kann mich an ein derartiges Gemetzel nicht erinnern. Es war keine Schlacht mehr, es war die Hölle. ...<<

Außenminister Walther Rathenau (1867-1922, herausragender deutscher Unternehmer und Politiker der Weimarer Republik) schloß am 16. April 1922 in Rapallo einen deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag (Rapallo-Vertrag) ab. Beide Regierungen

nahmen wieder diplomatische Beziehungen auf und vereinbarten, die Wirtschaftsbeziehungen auszubauen.

Aufgrund der deutschen Rüstungsbeschränkungen fanden ferner deutsch-sowjetische Geheimverhandlungen über militärische Beziehungen statt (Gestellung von Truppenübungsplätzen in Sowjet-Rußland für deutsche Hilfe bei der sowjetischen Rüstungsproduktion und Ausbildung von sowjetischen Offizieren).

Der "Vertrag von Rapallo" enthielt außerdem den sowjetischen Verzicht auf jegliche Kriegsentschädigungen, so daß Frankreich die russischen Vorkriegsschulden nicht wie geplant auf das Deutsche Reich abwälzen konnte (x041/86). Das Deutsche Reich verzichtete im Gegenzug auf das in Sowjet-Rußland verstaatlichte deutsche Vermögen (x092/797).

Am 30. Dezember 1922 gründete Lenin die Sowjetunion und errichtete eine Militärdiktatur. Stalin wird Generalsekretär des ZK.

Der "kommunistische Klassenkampf" in der Sowjetunion

Um den angestrebten Kommunismus in der Sowjetunion zu verwirklichen, erfolgte zuerst eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und seelische Gleichschaltung aller Menschen. Lenin ließ unverzüglich die "gefährlichsten Gegner" (Adel, Kirche und Bürgertum) inhaftieren oder "in aller Stille" erschießen. Sämtliche Fabriken, Bergwerke, Banken, Handels- und Verkehrsbetriebe sowie Gutshöfe wurden umgehend verstaatlicht.

Die Kommunisten bekämpften besonders das Christentum ("die Kommunisten benötigen keinen Gott").

Sie machten sich zunächst über die Christen lustig und löschten anschließend nach und nach alle christlichen Gruppierungen aus. Ungezählte Bischöfe und Priester der christlichen Kirchen wurden umgebracht oder verbannt und das Christentum systematisch vernichtet.

In der Sowjetunion gab es keine allgemeinen Menschenrechte, denn das kommunistische System duldete nur sogenannte "Klassenrechte". Der kommunistische "Klassenkampf" sollte angeblich eine glückliche, klassenlose Gesellschaft realisieren, aber die gewaltsamen Massenteignungen und die willkürlichen Gewalttaten führten schnell zu einem heillosen Chaos.

Nach Gründung der Sowjetunion brachen schon bald Handel und Verkehr zusammen. Viele Fabriken wurden geschlossen und riesige landwirtschaftliche Anbauflächen versteppten. Überall breiteten sich chaotische Zustände aus. Infolge der konfusen politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsverhältnisse sowie einer großen Dürre brach ab 1921 in Sowjet-Rußland eine gewaltige Hungersnot aus, die mehr als 5,0 Millionen Menschenleben forderte (x076/287).

In der "neuen" UdSSR, die durch den verlustreichen russisch-deutschen Krieg (1914-1918) und den russischen Bürgerkrieg (1918-1920) enorm geschwächt war, schwärmten damals Millionen von Heimatlosen, Bettlern und Waisenkindern ruhe- und ziellos durch das verwüstete Land, um den Hungertod zu entgehen. Gemäß der altbewährten Devise: HELFT! HELFT! Errichtete man z.B. in Berlin das "Auslandskomitee zur Organisation der Internationalen Arbeiter-Hilfe". Die russische Hungerkatastrophe wurde damals vor allem durch die nordamerikanisch-westeuropäische Lebensmittelhilfsaktion (Leitung: US-Handelsminister Herbert Hoover, 1874-1964) entscheidend gemildert.

Nach den schweren, entbehrungsreichen Kriegs- und Hungerjahren knüpfte die sowjetische Bevölkerung große Hoffnungen und Wünsche an die siegreichen Kommunisten. Die geschundene Zivilbevölkerung wurde jedoch bitter enttäuscht, denn Lenin, der das fast völlig ruinierte Riesenreich mit eiserner Energie durch alle bedrohlichen Krisen jener äußerst schwierigen, unruhigen Zeit geführt hatte, erlitt bereits 1922 einen schweren Schlaganfall. Lenin (der nach dem Schlaganfall teilweise gelähmt war und vorübergehend seine Sprache verlor) kämpfte danach bis zum Januar 1924 verzweifelt gegen den Tod ("Es liegt noch so viel Arbeit vor mir! ...").

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die "Sowjetunion" in den Jahren 1922-1933 (x051/545): >>Sowjetunion (amtlich seit 1922 Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, UdSSR), europäisch-asiatischer Staat mit fast 22 Millionen qkm und 164 Millionen Einwohnern (1932), Hauptstadt Moskau.

Nach dem Ende des Kriegskommunismus 1917/21, des Bürgerkrieges und der äußeren Interventionen (18.3.21 Friede von Riga, Verlust Galiziens und eines weißrussischen Streifens an Polen) und der Einleitung einer inneren Konsolidierung 1921 durch Lenins "Neue Ökonomische Politik" (NEP) begann die Sowjetunion mit dem Abbau der außenpolitischen Isolierung: Durch den Rapallo-Vertrag 1922 (1926 bekräftigt durch den Berliner Vertrag) Beginn einer engen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit der Weimarer Republik; 1924 Anerkennung durch Frankreich, Großbritannien (1927-29 unterbrochen) und die meisten europäischen Staaten.

Der grundsätzlichen Doppelbödigkeit sowjetischer Außenpolitik – politisch-ideologisches Offensivstreben und nationales Sicherheitsbedürfnis – entsprach immer eine Ambivalenz (Doppelwertigkeit) ihrer Außenbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten: korrekte zwischenstaatliche Beziehungen bei strikter ideologischer Abgrenzung.

Stalins mit dem 1. Fünfjahresplan (1928-33) eingeleitete Politik der forcierten Industrialisierung, Aufrüstung (Zusammenarbeit mit der Reichswehr) und Zwangskollektivierung sowie seine zeitweilige Absage an die Weltrevolution durch das Bekenntnis zum "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" hatten weitreichende außenpolitische Konsequenzen: Die Sowjetunion wurde zum attraktiven Anlagefeld für westliche, insbesondere deutsche industrielle Investitionen gegen sowjetische Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen und wurde zu defensiver Sicherheitspolitik nach außen gezwungen. ...<<

Am 21. Januar 1924 starb Lenin an den Folgen eines schweren Schlaganfalls.

Stalin konnte sich nach Lenins Tod erfolgreich behaupten und übernahm völlig überraschend die Führung der KPdSU. In den folgenden erbarmungslosen Machtkämpfen beseitigte der verschlagene Georgier allmählich sämtliche Gegner.

Josef Stalin

Josef Stalin (eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili) wurde 1879 in Gori (Georgien) geboren. Stalin stammte aus ärmlichen Verhältnissen, sein Vater war Schuhmacher.

Von 1894-98 besuchte Stalin das orthodoxe Priesterseminar in Tiflis. Stalin, der als bolschewistischer Revolutionär den Decknamen "Koba" führte, war seit 1898 Mitglied der bolschewistischen Arbeiterpartei und wurde deshalb aus dem Priesterseminar verwiesen. Im Jahre 1902 verhaftete man den ehemaligen Priesterschüler in Batum während eines Aufstandes und verbannte ihn 1903 nach Sibirien. Stalin konnte 1904 aus der Verbannung fliehen und schloß sich im Kaukasus den Bolschewiken an.

Die eigentliche Parteikarriere des Georgiers begann 1912, als er als Mitbegründer der Parteizeitung "Prawda" in Erscheinung trat. 1913 wurde Stalin in Wien verhaftet und erneut nach Sibirien verbannt (1914-16).

Stalin war ein listiger, unbarmherziger Machtpolitiker, der wie Hitler, als Außen- und Innenpolitiker oftmals unerhörtes Glück hatte. Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, der seit 1912 den Deck- bzw. Künstlernamen "Stalin" ("der Stählerne") führte, war relativ klein. "Der Stählerne" litt unter seiner geringen Körpergröße, denn er war nur etwa 1,65 m groß (x080/31). Stalin war außerdem körperbehindert (verkrüppelter bzw. verkürzter und steifer linker Arm, wurde als Kind von einer Kutsche angefahren - x080/31).

Entscheidend für Stalins spätere Machtübernahme wurde sein Amt als Generalsekretär des ZK der KPdSU, das er 1922 übernahm. Lenin schätzte Stalin zwar als guten Organisator, aber er lehnte den zwielichtigen Generalsekretär und schwachen Partei-Ideologen wegen seiner Skrupellosigkeit und zahlreichen Intrigen als Führungspersönlichkeit entschieden ab.

Lenin schrieb in seinem Testament vom 25. Dezember 1922 über Stalin und Trotzki (x073/55): >>... Nachdem Genosse Stalin Generalsekretär wurde, vereinigte er eine enorme Macht in seinen Händen, und ich bin nicht sicher, daß er es immer versteht, diese Macht mit der notwendigen Vorsicht zu gebrauchen.

Andererseits zeichnet sich Genosse Trotzki nicht nur durch seine außergewöhnlichen Fähigkeiten aus, wie er in seinem Kampf mit dem Zentralkomitee in der Frage des Volkskommissariats für Straßen und Verkehr bewiesen hat, sondern er ist auch sicherlich der fähigste Mann im augenblicklichen Zentralkomitee. Aber er neigt auch dazu, durch sein zu weit gehendes Selbstvertrauen sich zu sehr für die rein administrative Seite der Dinge zu interessieren.<<

Lenin sprach sich in einem Nachtrag des Testaments vom 4. Januar 1923 eindeutig gegen Stalin aus (x073/55): >>... Stalin ist zu grob, und dieser Fehler, der unter uns Kommunisten durchaus erträglich ist, wird vollkommen untragbar in dem Büro des Generalsekretärs.

Ich schlage daher den Genossen vor, ein Mittel zu finden, um Stalin aus dieser Stellung zu entfernen und einen anderen zu ernennen, der sich von Stalin in jeder Weise nur durch Überlegenheit unterscheidet – nämlich geduldiger, loyaler, höflicher, aufmerksamer gegen die Genossen und weniger launisch ist und so weiter.

4. Januar 1923. Lenin.<<

Leo Trotzki (ein herausragender Ideologe und Redner der Kommunistischen Partei), der bereits 1927 durch Stalin ausgeschaltet wurde, schrieb damals über den schwachen Parteiideologen Stalin (x073/57): >>... Er besitzt praktischen Sinn, Ausdauer und Beharrlichkeit in der Verfolgung seiner Ziele.

Sein politischer Horizont ist äußerst beschränkt, sein theoretisches Niveau vollkommen primitiv. Sein zusammengestoppeltes Buch "Die Grundlagen des Leninismus", in dem er versucht, den theoretischen Traditionen der Partei einen Tribut zu zollen, wimmelt von schülerhaften Fehlern. ... Nach der Art seines Verstandes ist er ein hartnäckiger Empiriker (Erfahrungsmensch), dem jede schöpferische Einbildungskraft fehlt. ...<<

Obwohl Lenin in seinem Testament vom 4. Januar 1923 ausdrücklich empfahl, Stalin abzulösen und zu entmachten, konnte sich der verschlagene Georgier erfolgreich behaupten (x128/42). Stalin gelang es, die Veröffentlichung des Testaments zu verhindern. Er blieb nach Lenins Tod im Amt und übernahm sogar die Führung der KPdSU.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Josef Stalin in den Jahren 1879-1933 (x051/558): >>Stalin, Josef, ursprünglich J. Dschugaschwili, geboren in Gori (Georgien) 21.12.1879, gestorben in Kunzewo (heute Moskau) 5. März 1953, sowjetischer Politiker; Sohn eines Schuhmachers, Ausbildung im Priesterseminar in Tiflis (1894-98) und Entlassung wegen marxistischer Agitation, 1898 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (ab 1904 der Mehrheitsfraktion der Bolschewiki), mehrfach verhaftet und nach Sibirien verbannt, 1912 Mitglied des Zentralkomitees, Annahme des Beinamens Stalin (= der Stählerne) und Mitbegründer der Parteizeitung "Prawda", 1913-17 erneut Verbannung.

Stalin kehrte erst nach der Februarrevolution im März 17 nach Petrograd zurück, setzte sich zunächst für einen gemäßigten Kurs ein, übernahm dann aber Lenins Forderung nach gewaltsamer Machteroberung, wie sie in der Oktoberrevolution 1917 gelang. Stalin stieg 1922 vom Volkskommissar für Nationalitätenfragen (1917-23) zum Generalsekretär des Zentralkomitees auf und hielt diese Machtposition trotz der Warnungen des sterbenden Lenin. Bis 1929 hatte Stalin alle Rivalen, insbesondere Trotzki überspielt und errichtete in den 30er Jahren eine persönliche Diktatur auf der Basis polizeistaatlichen Terrors.

Mit Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und einem aufwendigen Industrialisierungsprogramm versuchte er zugleich, die außenpolitische Unabhängigkeit durch wirtschaftliche Gesundung und Aufrüstung zu sichern. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Stalin (x068/244): >>Nach Lenins Tod 1924 sichert sich Jossif Wissarionowitsch Stalin die unumschränkte Autorität. Der Nachkomme leibeigener Kleinbauern, der Sohn des georgischen Schumachers und Fabrikarbeiters Dschugaschwili, befehligt nun das größte Machtpotential der Diktatoren aller Zeiten.

Nur selten wird erwähnt oder gar hervorgehoben, daß Stalins infernalischer Haß, seine Tücke, Rachsucht, die fürchterliche Frucht einer negativen Vaterbeziehung, bei seiner Ausbildung zum Priester noch gefördert worden sind, daß er schließlich anstelle des einen Dogmatismus nur den anderen setzte.

Im Priesterseminar von Tiflis, wo Mönche und Inspektoren die Seminaristen argwöhnisch, ja, feindselig bewachten, beobachteten, ihre Zimmer und sie selbst untersuchten, schon die geringsten "Verbrechen", wie Lesen eines unerwünschten Buches, bestrafte, wurde Stalins Haß auf Obrigkeiten, sein künftiger Terror, wurden seine Racheträume in den Jahren von 1894 bis 1899 regelrecht herangezüchtet.

"Hier", schreibt Gustav Bychowski, einst Ordinarius für Psychiatrie in Warschau, in seinen psychoanalytischen Persönlichkeits- und Geschichtsdeutungen diverser "Diktatoren", "hier absolvierte der spätere Revolutionär eine Lehre in der Ausübung von Kälte, Grausamkeit und Arglist. ... Als Josef Stalin mit der revolutionären Bewegung in Berührung kam, brach er mit der Theologie und setzte den Marxismus an die Stelle der griechischen Orthodoxie. Für ihn war es nur natürlich, daß er ihm mit dem dogmatischen Fanatismus anhing, den er bei seinen theologischen Studien entwickelt hatte." ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über Stalins Persönlichkeit (x080/397): >>Stalin war ein Außenseiter. Er hatte keine natürliche Bindung an seine Familie, seine Heimat, seine Nation, seine Schulkameraden. Er war weder Georgier noch Russe, weder Arbeiter noch Intellektueller. ...

Sein Eheleben war reine Fassade. Dasselbe gilt für sein geselliges Leben ... Wie so häufig bei Stalin stellen wir fest, daß normale menschliche Eigenschaften bei ihm entweder ganz gefehlt oder nur in Rudimenten existiert haben müssen.

Eines seiner hervorstechendsten Merkmale war eine ausgeprägte Mittelmäßigkeit im Verein mit einer ausgeprägten Willenskraft.

Stalins Persönlichkeit war von einem tiefen Gefühl der Unsicherheit durchzogen, das ihn veranlaßte, seine eigene Rolle bei zahlreichen Ereignissen in verfälschter Weise darzustellen. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Stalin (x192/435): >>Die Mythen, denen sich die Propaganda für Josef Stalin (1879-1953) in Rußland bediente, waren den faschistischen nicht unähnlich.

Stalin trat in vielen verschiedenen Rollen auf, seine Selbstdarstellung stützte sich aber vor allem auf seine "bäuerliche" Herkunft als Sohn eines georgischen Schusters, um das Image eines erdverbundenen Patriarchen und gütigen Landesvaters aufzubauen.

In Wahrheit brachte Stalin mit seiner in brutaler Weise durchgeführten Kollektivierung der Landwirtschaft, die Millionen Todesopfer forderte, mit den Massensäuberungen und dem Aufbau eines lückenlosen Polizeistaates unendlich viel Leid über seine Landsleute.<<

Stalins Gewaltherrschaft in der Sowjetunion

Nach der Machtübernahme zertrümmerte Stalin systematisch die jahrhundertealte russische Gesellschaftsordnung und entfesselte einen Terror, wie ihn Rußland bis dahin noch nicht erlebt hatte. Der Stalinismus verteufelte die Kapitalisten, sprach die kommunistische Partei selig und setzte den sogenannten "Klassenkampf der Proletarier" mit brutaler Gewalt durch.

Stalins Kommunismus bzw. totalitäre Alleinherrschaft brachte in den folgenden Jahrzehnten grenzenloses Elend und beispiellose Not über die Völker der Sowjetunion. Massenverschlep-

pungen und geheime Hinrichtungen von politischen Gegnern gehörten damals zur Tagesordnung.

Das russische Volk war in der Zarenzeit bereits beispiellos verelendet, aber während der Stalin-Diktatur von 1924 bis 1953 wurden die Lebensverhältnisse der sowjetischen Völker noch wesentlich schlechter.

Stalin war zwar kein herausragender Theoretiker, aber er war ein eiskalter Taktiker und ein nervenstarker, rücksichtsloser Machtpolitiker. Er pflegte seine langfristige Liquidationspolitik, mit einer fast unvorstellbar vorausschauenden Skrupellosigkeit und Zielstrebigkeit zu planen. Der Stalinismus ("persönliche Diktatur") zeichnete sich vor allem durch eine verschlagene Art von Heuchelei, raffinierte Demagogie und die konsequente Ausnutzung von zwangsläufig einsetzenden Kettenreaktionen aus.

Die "Diktatur des Proletariats", der "Soziale Kollektivismus" oder die "Soziale Weltrevolution" dienten nur als Tarnung, um Stalins diktatorische Gewaltherrschaft und die Verwirklichung der maßlosen osteuropäischen Expansionsziele gewaltsam zu realisieren.

Karl Marx, der Begründer des sogenannten "wissenschaftlichen Sozialismus", warnte bereits im Jahre 1853 vor dem russischen Vormarsch nach Westen (x043/275): >>... Es wird sich herausstellen, daß die natürliche Grenze Rußlands von Danzig oder etwa Stettin bis nach Triest reichen wird.<<

Stalins Staatssicherheitsabteilung besaß eine weitverzweigte, hervorragend organisierte geheime Staatspolizei, die nach der "Oktoberrevolution" unter verschiedenen Namen operierte (Tscheka = 1917-22, GPU = 1922-34, NKWD = 1934-46, MWD = 1946-53 und danach KGB). Diese gnadenlosen Vollstrecker der Stalinisten verfolgten und beseitigten alle vermeintlichen Systemgegner. In den ersten 10 Jahren der Stalin-Diktatur wurden mindestens 8,0 Millionen "Staatsfeinde" in die Straflager Nordrußlands oder nach Sibirien verschleppt (x061/467).

Stalins Terrormethoden wurden später häufig von Hitler nachgeahmt. Das NS-Regime imitierte z.B. "erfolgreich" die sowjetischen Zwangsarbeitslager ("Vernichtung durch Arbeit"), Massenerschießungen, Zwangsumsiedlungen und die Verschleppung von Arbeitskräften. Weitere Nachahmungen der NSDAP waren: Gestapo = NKWD, Hitlerjugend = Stalinschüler bzw. Komsomolzen.

Hitler hielt Stalin später für einen "tollen Kerl" und hatte große Achtung vor dem sowjetischen Diktator. Der Führer bewunderte Stalin, der mit eiserner Faust die riesige Sowjetunion zusammenhielt und für den Menschenleben völlig bedeutungslos waren.

Der deutsche Politologe Eugen Kogon (1903-1987, 1939-45 KZ-Haft in Buchenwald) berichtete später über die Unterschiede zwischen Lenin und Stalin (x245/127): >>... Bleibt die Frage, die oft genug gestellt worden ist: Wäre die Fortentwicklung des Sowjetkommunismus anders verlaufen, wenn Lenin noch Jahre an der Spitze des Sowjetreichs gestanden hätte?

Hätte er wesentlich anders als Stalin gehandelt, dessen Gefährlichkeit er zuletzt selbst einsah? Die Frage wird hier nicht wiederholt, um unnützen Spekulationen nachzuhängen, sondern um die Antwort zum Charakterbild Lenins, soweit möglich, beizutragen.

Der mächtige Mann, ohnmächtig geworden, hat am Ende mit längeren Zeiträumen der politischen Entwicklung in Sowjetrußland gerechnet, und da das Regime endlich Bestand hatte, sollte eine friedlichere Art der Einwirkung auf die Menschen im Sowjetbereich möglich geworden sein.

"Im Kriege handeln wir nach Kriegsbrauch; wir versprechen keinerlei Freiheit und keinerlei Demokratie", sagte er beim Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale. An anderer Stelle: "Die Freiheiten werden solange nicht gewährt, als wir nicht endgültig gegen die Angriffe der Bourgeoisie gesichert sind".

Im Falle genügender Sicherheit und Sicherheit wären "die Freiheiten" also "gewährt" worden.

Kann man annehmen, daß dies in den zwanziger und dreißiger Jahren hätte geschehen können? Die internationale Wirklichkeit der beiden Jahrzehnte spricht dagegen.

Es kommt hinzu, daß nicht zu erkennen ist, wie es Lenin hätte gelingen sollen, die zwei objektiven Grunderfordernisse der sowjetischen Entwicklung, wenn die Union im politisch-ökonomischen Wettbewerb der globalen Entwicklung aufholen und bestehen sollte, ohne umfassende Gewaltanwendung zu erfüllen: die rasche und zureichende kollektive Akkumulation des notwendigen Investitionskapitals, die ja nur durch systematischen bewirkten Konsumverzicht zu erreichen war, und die industriewirtschaftliche Arbeitsdisziplinierung der Bauernschaft, die folglich radikal "umerzogen" werden mußte.

Man darf annehmen, daß Lenin die beiden Erfordernisse nicht annähernd so barbarisch realisiert hätte, wie Stalin es getan hat; aber um die Härte, die er für alle "historischen Fälle" gewohnt war, wäre er seinen Prämissen gemäß nicht herumgegangen.

Ganz anders steht es ohne Zweifel mit Lenins Verhältnis zur Partei: niemals, unter keinen Umständen hätte er auch nur den Versuch unternommen, sie sich total gefügig zu machen, sie sich schrankenlos zu unterwerfen, sie zum mechanisiert-instrumentalisierten Exekutionsapparat zu degradieren.

Kalt, heuchlerische Liquidierung verdienter Bolschewiki nach Schauprozessen mit erfolgter Selbstbeichtigungen – nein, das wäre Lenin nicht einmal in den Sinn gekommen. Der Personenkult außerdem war ihm verhaßt, wie hätte er ihn erzwingen können. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über Stalins rücksichtslose Machtpolitik in den Jahren 1923 bis 1929 (x080/178,190): >>Heute kennen wir das Ergebnis des politischen Kampfes, der von 1923 bis 1929 anhielt: In diesen 6 Jahren schaltete Stalin eine Reihe von Gegnern aus. Zunächst verbündete er sich mit den übrigen Mitgliedern des Politbüros erfolgreich gegen Trotzki.

Sodann versetzte er im Bündnis mit der "Rechten" unter Bucharin und Rykow zunächst dem "Linksblock" unter Kamenew und Sinowjew und danach einer neuen Koalition der Linken mit den Trotzkiisten einen vernichtenden Schlag. Und zum Schluß eliminierten er und seine Anhänger ihre bisherigen Verbündeten, die "Rechten". ...<<

>>... Stalin hatte es tatsächlich verstanden, während der letzten 5 Jahre seine wahren Eigenschaften vor den "Rechten" zu verbergen. Das ist an sich schon eine erstaunliche politische Leistung und ein Symptom für die abgründigen Züge in seiner Persönlichkeit.

Der unglückliche Bucharin war allerdings nur ein weiteres Glied in einer langen Kette angeblich intelligenter Leute, die Stalins wahre Natur erst erkannten, als es zu spät war. Sie reicht von Lenin bis zu Roosevelt ...<<

Die UdSSR ordnete am 25. Februar 1988 den vorzeitigen Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus der DDR und der Tschechoslowakei an.

Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt.

Gorbatschow, der als Reformler galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).

In Moskau wurde am 12. September 1990 das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Elf von 15 Sowjetrepubliken gründeten am 21. Dezember 1991 in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösten damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Sergejewitsch Gorbatschow (*1931-2022, sowjetischer Politiker, von 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, Oktober 1988 bis

März 1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, März 1990 bis Dezember 1991 1. Präsident der UdSSR; Friedensnobelpreis 1990, Hochgradfreimaurer des 33. Grades. Leitet innen- und außenpolitische Reformen – Glasnost und Perestroika - ein, setzte den Verzicht auf den Führungsanspruch der KPdSU durch) trat am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.

Wladimir Putin (*1952-, von 1975-1990 KGB-Mitarbeiter) wurde im August 1999 Ministerpräsident Rußlands.

Die deutsche Vierteljahreszeitschrift "Lunapark21" berichtete am 20. Juni 2013 im Heft 22 (x1.154): >>Die Bundesregierung diktiert in der EU, ist aber auch Statthalter von US-Interessen

Werner Rügemeier

Der Euro und die EU sind gleichermaßen gescheitert, jedenfalls wenn wir die Kriterien Volkswohlfahrt, Demokratie und Frieden anlegen. Allerdings liegen die Ursachen des Scheiterns keineswegs alleine in der EU selbst. Sowohl die fundamentalistischen Verteidiger des Euro wie auch die Befürworter des Austritts aus dem Euro verdrängen oder verkennen die Rolle der USA.

So nennen Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas in ihrem Vorschlag zum Austritt der besonders betroffenen Krisenstaaten wie Griechenland, daß mehrere mit dem Euro zusammenhängende Praktiken geändert werden müssen wie z.B. das Lohndumping. Das ist sicherlich notwendig. Allerdings meinen sie, daß nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems "das Ende der US-Dominanz" eingeleitet worden sei. So daß also die Europäer ihre Währungsangelegenheiten, also jetzt den Euro, alleine regeln könnten.

Das ist jedoch nicht der Fall. Bretton Woods war nach dem 2. Weltkrieg das internationale Währungssystem mit der Leitwährung US-Dollar. Zum System gehörte aber u.a. auch der Internationale Währungsfonds IWF. Und er war und ist bis heute die Finanzinstitution der UNO. Hier haben die USA das alleinige Vetorecht. Auch nach dem Ende der Leitwährung Dollar besteht der IWF bekanntlich weiter und regiert als Mitglied der "Troika" in der EU ganz selbstverständlich mit.

Und die USA haben nach Bretton Woods ihre globale Finanzherrschaft mit neuen Instrumenten ausgebaut. Der Euro wurde anfangs als Alternativwährung zum Dollar ausgegeben, und die EU präsentierte sich als eigenständiger Konkurrent der USA. Aber die europäischen Akteure haben sich scheinbar unmerklich in das US-beherrschte "westliche" System integriert, um global mitmischen zu können, gegenwärtig z.B. mit und gegen China und Rußland.

Da spielt nicht zuletzt die Militärmacht USA eine Rolle. Nicht zufällig haben die Bundesregierungen, auch nach der Aufhebung des Besatzungsstatuts 1990, dem US-Militär erlaubt, verfassungs- und menschenrechtswidrig Einsätze von deutschem Boden aus zu organisieren, gegenwärtig die Ermordung von "Terrorverdächtigen" in Afrika durch Africom in Stuttgart und Ramstein. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bricht die Verfassung (Todesstrafe ist abgeschafft, Rechtsstaat). Warum sollen dann nicht auch andere US-Akteure in der EU unter der Hand ihren Interessen nachgehen können?

Bekanntlich hätte Griechenland aufgrund seiner hohen Staatsschulden, die die "Maastricht-Kriterien" verletzen, nicht in die Eurozone eintreten können.

Es war niemand anders als die US-Investmentbank Goldman Sachs, die 1999/2000 mit Hilfe von Londoner Briefkastenfirmen und Finanzmanipulationen die griechische Staatsschuld kosmetisch passend gemacht hat. Die US-Ratingagenturen haben Griechenland hochgeratet, Griechenland wurde in den Euro aufgenommen. Danach hat Goldman Sachs mehrere Tranchen griechischer Staatsanleihen an Investoren weiterverkauft und die Verschuldung Griechenlands hochgetrieben.

Bekanntlich waren es dieselben Ratingagenturen, die dann Griechenland herabgestuft haben,

höhere Zinszahlungen bewirkt und das Land innerhalb kurzer Zeit in eine noch höhere Verschuldung getrieben haben. Nach dem "IWF-Rettungs-Muster" - erst große Kredite vergeben, dann das Land enteignen und den internationalen Investoren zum Fraß vorlegen - wird seitdem Griechenland traktiert. Genauso wird mit den europäischen "Südstaaten" verfahren, im Prinzip aber auch mit den anderen EU-Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, wenn auch (noch) mit geringerer Austerität-Intensität.

Griechenland, Irland, Italien usw. hätten mit Beginn ihrer durch die Kreditgeber und die Ratingagenturen festgestellten Bonitätsverschlechterung gerettet werden können: Wenn die EZB sofort Staatsanleihen dieser Länder aufgekauft hätte. Sie hätte also nur das machen müssen, was die Zentralbank der USA, Federal Reserve Bank, für den Staat USA auch macht: "Geld drucken" (ähnlich tun es die britische und japanische Zentralbank).

Weil die EZB das aber aufgrund ihres Statuts nicht tat, wurde und wird die Krise verlängert und verschärft, und zwar unter wesentlicher Mitwirkung des IWF und angelsächsischer Euro- und Staatsanleihespekulanten. Die Folgen: Der Staat wird enteignet (Privatisierungen), ebenso werden die erarbeiteten und vereinbarten Einkommen, Besitzstände und Vermögen von Lohnabhängigen, Rentnern, Arbeitslosen, aber auch von kleineren Unternehmen, Häuslebauern und - Zypem als Beginn - von Kontoinhabern enteignet.

Die EZB ist zugunsten der angloamerikanischen Großspekulanten kastriert. Das gilt unabhängig davon, ob sie wie gegenwärtig direkt von dem Goldman Sachs-Banker Mario Draghi geleitet wird oder von einem anderen. Jeder leitende EZB-Banker arbeitet nach dem Vorbild der US-Investmentbanken und des IWF.

Deshalb wird die Bundesregierung zur "Lösung" der "Eurokrise" seit Beginn routinemäßig vor allem von Goldman Sachs beraten, weit vor Deutscher Bank, Commerzbank, UBS und Barclays. Und es war die Bundesregierung, die den IWF als Manager der "Eurokrise" in die Troika hereinholte.

Die traditionelle europäische und auch die deutsche Linke haben sich in das Klischee verbissen, daß das BRD-Kapital das restliche Europa beherrsche. Okay, auf der politisch-medialen Oberfläche sieht das zunächst so aus: die deutsche Kanzlerin als Zuchtmeisterin der EU. Doch die BRD ist in der EU zugleich der Hauptstatthalter für übergeordnete US-Interessen. Das wird auch deutlich, wenn man bedenkt, daß auch die nachrangigen Regierungsberater Deutsche Bank, UBS und Barclays mehrheitlich im Eigentum angloamerikanischer Investoren sind.

So sind auch nicht nur "deutsche" Unternehmen die Antreiber und Profiteure der Europapolitik. So verlagert etwa Siemens eine Produktionsstätte nach Portugal, weil die abgesenkten Arbeitseinkommen in Portugal jetzt noch niedriger sind als die niedrigen Löhne in Ostdeutschland. Aber auch der niederländische Pharmakonzern Unilever verlagert Produktionen und Vertrieb aus Frankreich, Spanien und Deutschland, und zwar nach Griechenland. Der US-Computerhersteller Hewlett Packard baut ein neues Service-Center für Osteuropa und den Nahen Osten - ebenfalls in Griechenland.

Weil es so "normal" geworden ist, denken auch Linke gar nicht darüber nach, mit wie vielen Instrumenten US-amerikanischer Dominanz die europäische Finanz- und Wirtschaftswelt seit Jahrzehnten reguliert wird, ob gesetzlich abgesichert oder nicht.

Die "Big Three" der US-Ratingagenturen, von der EU ohne Änderung in ihre Regelwerke übernommen, wurden schon genannt. Die "Big Four" der US-Wirtschaftsprüfer Price Waterhouse Coopers, Ernst & Young, KPMG und Deloitte testieren im staatlichen Auftrag auch die Unternehmens- und Bankbilanzen aller europäischen Konzerne. Sie sind deren "Steuergestalter" und zugleich die Lobbyisten bei den europäischen Regierungen und in Brüssel.

Die US-Wirtschaftskanzleien mit den Branchenführern Freshfields, White & Case und Clifford Chance schreiben die Bankenrettungsgesetze europäischer Staaten und die Statuten der

Euro-Rettungsschirme. US-Investmentbanken haben die Finger drin bei Privatisierungen. US-Unternehmensberater wie McKinsey und Boston Consulting Group sind führend bei Unternehmensfusionen und betrieblichen Umstrukturierungen.

Schließlich: Praktische Hebel für Lohndumping, europaweiten Abbau des Sozialstaats und für die Entdemokratisierung haben auch die US-Investoren und shadow bankers wie Blackrock in der Hand. Sie sind heute die wichtigen Miteigentümer aller deutschen und europäischen Konzerne und Banken. Und gleichzeitig beherrschen sie mit ihren spezifischen, intransparenten Praktiken die Hintergrundspekulationen zum Euro, zu den europäischen Staats- und Unternehmensanleihen.

Daraus wird erkennbar, in welches Finanz- und Herrschaftssystem der Euro eingebettet ist und welche Akteure deshalb ausgeschaltet werden müssen, wenn Europa demokratisch neu begründet werden soll.

Werner Rügemer ist Publizist, Lehrbeauftragter an der Universität Köln, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und von Business Crime Control.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/2015) berichtete am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremelchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<<

Die deutsche Vierteljahresschrift "Lunapark21" berichtete am 20. Juni 2015 im Heft 30 (x1.157): >>**Freihandel und Krieg**

Werner Rügemer

Die Auseinandersetzung zwischen US-geführtem Freihandel und dem Peking-Konsens entscheidet gegenwärtig über die Zukunft der Menschheit

Gegenwärtig geht es erneut um die Aufteilung der Welt. Der westliche Kapitalismus, wie er

sich auf dem G7-Gipfel auf Schloß Elmau nochmals zelebrierte, ist ökonomisch in der Defensive, Bevölkerungsmehrheiten verarmen, die politische Zustimmung sinkt. Unter anderem mit "Freihandelsverträgen" sollen die westlichen Reihen dichter geschlossen werden:

TTIP zwischen USA und Europäischer Union, TPP zwischen USA und Pazifik-Staaten, CETA zwischen der EU und Kanada, TISA mit allen Beteiligten sowie mit zahlreichen bilateralen Verträgen. Dies soll die Konzerngewinne steigern und zugleich ein Bollwerk gegen aufstrebende Staaten und deren neue Bündnisse und Institutionen bilden.

Freihandel und Geopolitik

"Wir arbeiten an einem geopolitisch relevanten Abkommen", sagte EU-Handelskommissar Karel de Gucht zum geplanten Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Geopolitik bedeutet: machtgestützter Zugriff auf Ressourcen und Territorien außerhalb des eigenen Bereichs. Dazu gehört auch der für den Verkäufer günstige Warenabsatz in neuen Märkten. Der damit notwendige Konflikt mit raumfremden Mächten wird notfalls von militärischen Mitteln begleitet.

Begriff und Konzept von "Freihandel" entstanden im britischen Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Die Unternehmer verlangten, daß Zölle für Waren, die nach Großbritannien importiert wurden, abgebaut werden, damit die Unternehmer billiger produzieren konnten. Gleichzeitig sollten andere, industriell und kapitalistisch weniger entwickelte Staaten Zölle abbauen, damit die britischen Produkte leichten Zugang zu deren Märkten bekommen. Der militärische Zugriff auf Kolonien schuf ganz neue Märkte auf neuen Territorien.

Die militärische Aufstandsbekämpfung war der immer wieder notwendige zweite Schritt, z.B. in Indien. Der Marktzugang der Produkte aus dem damals führenden kapitalistischen Staat wurde zudem durch die britische Kriegsflotte abgesichert. Dadurch entstand vor allem in den Kolonien zugleich eine monopolartige Vorrangstellung der englischen Produzenten und Verkäufer, etwa bei Textilien. Beim Freihandel hat der ökonomisch, politisch und militärisch mächtigere Staat die Vorteile.

Nach dem Ersten Weltkrieg forderten die USA als eigentlicher Sieger und neue Supermacht "Open Door" und Freihandel. Sie sorgten mit Krediten für den Aufbau der zerstörten westeuropäischen Volkswirtschaften, versahen aber diese Kredite mit Auflagen: Marktöffnung für US-Produkte und für US-Niederlassungen (Steuerfreiheit).

Dieses Konzept und diese Praxis von Freihandel sollten nach dem 2. Weltkrieg überwunden werden, und zwar im Rahmen der Vereinten Nationen, UNO. Das erste Freihandelsabkommen, das nicht nur eine große Zahl an Staaten umfassen, sondern auf dem Prinzip der Gleichberechtigung beruhen sollte, war die International Trade Organisation (ITO). Sie sollte eine Institution der UNO sein (1947). Gelten sollten die UNO-Menschenrechte und das Völkerrecht.

GATT statt ITO

Aber die ITO wurde von der US-Regierung verhindert. Sie organisierte eine alternative Freihandels-Organisation: das Allgemeine Zoll- und Handels-Abkommen, General Agreement on Tariffs and Trade (GATT). Damit schlossen die USA nicht nur den Systemgegner Sowjetunion und andere sozialistische Staaten aus, sondern auch die Staaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Wege waren, sich aus kolonialer Abhängigkeit zu befreien wie Indien, China und andere.

Das GATT begann mit 23 Staaten. Mitglieder waren die westlichen Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich mit Australien, Kanada und Neuseeland sowie kleine Apartheids- und Kolonialstaaten. Sie hingen von den USA und den damaligen westlichen Kolonialstaaten ab, zum Beispiel Südrhodesien, Südafrika, Taiwan, Kuba und Libanon.

1947 hatten die USA das von der US-Mafia und US-Konzernen mit Hilfe eines einheimischen Diktators regierte Kuba als Gründungsmitglied in das GATT aufgenommen. Nach der Nieder-

schlagung der Diktatur 1961 führte die neue Regierung unter Fidel Castro kubanisches Eigentum an den Staat zurück. Die USA verhängten ein jahrzehntelanges Handels-Embargo. Gleichzeitig versuchten sie, die neue demokratische Regierung Kubas militärisch zu stürzen, der Geheimdienst CIA versuchte mehrere Male, den Regierungschef zu ermorden.

Die USA behalten in Kuba auch den Marine-Stützpunkt Guantanamo, obwohl die Nutzung als Gefangenen- und Folterlager dem völkerrechtlich ohnehin ausgelaufenen Pachtvertrag widerspricht.

Der Fall Kuba zeigt, daß Freihandel in der US-Version tendenziell eher nicht mit Demokratie und nationaler Selbstbestimmung vereinbar ist, sondern mit verschiedenen Formen von autoritären Regimes und Rechtskräften sowie mit Einsatz von Militär und Geheimdienst.

Marshall-Plan

Der Marshall-Plan, der nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA für die westeuropäischen Staaten aufgelegt wurde, zielte auf eine geopolitisch ausgerichtete Freihandelszone: gegen die "kommunistische Weltgefahr". Der Plan sollte dem Wiederaufbau der durch den Zweiten Weltkrieg geschädigten Industrie und Infrastruktur dienen.

Im Wesentlichen war er ein durch US-Kredite finanziertes Konjunkturprogramm für die US-Industrie, die im Weltkrieg einen nie gekannten Aufstieg erfahren hatte und die nun auf eine Kompensation für die ausgelaufenen Aufträge pochte.

Die USA behandelten Westeuropa als Freihandelsraum. Sie verlangten eine tariff union, also den Abbau von Zöllen, sie verlangten eine payment union, also eine einheitliche Währung und sie verlangten einen single market, also einen einheitlichen Markt. Damit sollte Westeuropa als Markt gestaltet werden, der mit US-Regeln möglichst kompatibel war.

Die direkten Hilfen für die westeuropäischen Staaten waren deshalb wesentlich geringer als die Verkäufe und Investitionen, die dadurch den US-Unternehmen in Westeuropa ermöglicht wurden. Die Freihandels-Kriterien wurden in der kurzen Laufzeit des Marshall-Plans von den Westeuropäern und der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) nur ansatzweise erfüllt. Sie prägen aber heute die Europäische Union.

Die Marshall-Plan-Hilfen wurden der zerstörten Sowjetunion und den neuen sozialistischen Staaten nicht gewährt. Eine Ausnahme war Jugoslawien: Es wurde einbezogen, sobald es sich von der Sowjetunion distanzierte. Dies galt dem Versuch, den sozialistischen Block aufzusprengen. Die IWF-Kredite trugen dort zwar erst einmal zu einem Aufschwung bei, erwiesen sich aber spätestens in den 1980er Jahren - durch erhöhte Zinsforderungen - als Sargnagel des Staates Jugoslawien.

Die Hilfen wurden ansonsten nur kapitalistischen Staaten gewährt, aber auch nur dann, wenn die Empfängerstaaten eine Demokratie nach US-Muster vorweisen konnten. Dazu gehörte die möglichst weitgehende antikommunistische Säuberung des Parteiensystems, der Gewerkschaften und der Verwaltungen. Dies galt nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern z.B. auch für Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg.

So behielten bzw. bekamen im Nachkriegsfrankreich vor allem diejenigen Bankiers, Industriellen und Politiker Leitungs- und Eigentumsfunktionen, die mit dem NS-Staat und der Vichy-Regierung kollaboriert hatten. Griechenland beispielsweise bekam erst Hilfen, als das britische und das US-Militär die antifaschistische Bewegung niedergeschlagen und die alten monarchistischen Eliten wieder eingesetzt hatten.

TTIP als Wirtschafts-NATO

TTIP verfolgt ebenso einen geopolitischen Ansatz. Es geht um nichts Geringeres als um Welt-herrschaft. Die Bundesregierung erklärte - etwas soft verpackt, aber unmißverständlich - auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke: "Ein transatlantisches Handelsabkommen eröffnet die Chance, daß mit Europa und den USA die zwei größten Handelsräume weltweit Maßstäbe setzen. Die normsetzende Kraft des Abkommens kann zum Hebel einer politischen Gestaltung

der wirtschaftlichen Globalisierung werden."

Während Repräsentanten in der EU den Zusammenhang dieses Anspruchs mit der militärischen Begleitung lange Zeit nur verschämt andeuteten, sind die USA auch hier deutlicher. Als die Verhandlungen anfangen, hat die damalige US-Außenministerin Hilary Clinton das TTIP als "Wirtschafts-NATO" bezeichnet.

Auch der US-Papagei und damalige NATO-Generalsekretär Anders Rasmussen sprach von der "Wirtschafts-NATO". Das ist ohnehin naheliegend, weil die USA und die meisten EU-Mitgliedsstaaten, die das TTIP vorantreiben, zugleich NATO-Mitglieder sind. Der neue NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte: "Was die EU tut, muß komplementär zur NATO sein."

Auch der IWF und die EZB gehören in diesen Zusammenhang. Im Rahmen der Troika traten sie für härteste staatliche Kürzungsmaßnahmen ein, um die überschuldeten Staatshaushalte Griechenlands, Italiens, Portugals und Irlands zu "retten". Nirgends aber traten sie für Kürzungen im Militärbereich ein, nicht einmal in Griechenland, das im EU-Vergleich doppelt so hohe Ausgaben hat.

US-Präsident Obama tritt dafür ein, daß die EU Griechenland nicht weiter wirtschaftlich herunterwirtschaftet und daß Griechenland in der Euro-Zone bleibt. Obama tut das nicht aus Mitleid mit der griechischen Bevölkerung, sondern er will die NATO-Mitgliedschaft Griechenlands sichern.

Die NATO ist ohnehin kein reines Militärbündnis, sondern hat einen zivilen und wirtschaftlichen Arm. Zum zivilen Arm, der weit in das parlamentarische System der Mitgliedsländer hineinreicht, gehören Ministertreffen und diverse Arbeitsgruppen. In Paragraph 2 des NATO-Vertrags heißt es, daß die Mitglieder die "ökonomische Zusammenarbeit" fördern sollen.

Dazu unterhält die NATO ein eigenes Ökonomisches Komitee. NATO und Marshall-Plan wurden gleichzeitig und mit demselben Ziel gegründet: Festigung und Ausweitung des westlichen, US-geführten Kapitalismus. An die Stelle des Marshall-Plans sind in gewisser Weise die Freihandels-Abkommen getreten, deren militärische Begleitmaßnahmen immer mitbedacht werden.

Gleichzeitig mit dem TTIP haben die USA ein ebenso gewichtiges, weiteres Abkommen initiiert: Das Transpazifische Freihandelsabkommen TPP mit 11 südamerikanischen und asiatischen Staaten, darunter Chile, Kolumbien, Mexiko, Kanada, Vietnam und Japan. Beide, TTIP und TPP, sollen einerseits dem inneren Zusammenschluß des westlichen Kapitalismus dienen, andererseits sind sie gegen die ressourcenreichen und ökonomisch aufsteigenden Volkswirtschaften gerichtet, insbesondere gegen China und Rußland. Diese Staaten werden von den Freihandels-Befürwortern nicht nur als Konkurrenten, sondern als Feinde behandelt.

Ziel: Eroberung Rußlands

Die erste nachsozialistische Regierung Rußlands unter dem meist besoffenen und korrupten Boris Jelzin (1991-1999) überließ Staatsunternehmen der untergegangenen Sowjetunion einheimischen Oligarchen und westlichen Investoren zu Schnäppchenpreisen - deshalb galt Rußland dem "Westen" als Freund. Mit ihm trieb man freien Handel und überhäufte ihn mit Krediten. Unter Wladimir Putin, der die Oligarchen begrenzt und den Ressourcenreichtum national sichern will, wird Rußland als Feind behandelt - obwohl es ja keine "kommunistische Gefahr" mehr darstellt.

Deshalb hat die NATO - im Geleitzug mit der "EU-Osterweiterung" - die meisten ehemals sozialistischen Staaten als Mitglieder aufgenommen und damit einen militärischen und geheimdienstlichen Ring um Rußland aufgebaut. Antreiber dabei sind die USA. Sie rüsten gleichzeitig im pazifischen Raum gegen China auf, provozieren China militärisch mit Hilfe des Vasallen Japan und lassen in Hongkong durch Protestbewegungen Demokratie fordern, die sie andernorts - nicht zuletzt mit Hilfe von TTIP und TPP - weiter einschränken wollen.

Freihandel nach dem jetzt verhandelten Konzept bedeutet nicht nur die notfalls militärische Sicherung des politisch gut vernetzten, globalen Privateigentums.

Es zielt auch auf die Schwächung oder Zerstörung der zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte, einschließlich demokratischer, an nationaler Selbstbestimmung orientierter Regierungen und nicht zuletzt auch demokratischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien und von Gewerkschaften. Freihandel seit GATT bedeutet bis heute auch die Zusammenarbeit mit undemokratischen Kräften und den Aufbau einer Investoren-bestimmten Machtstruktur, die jenseits der parlamentarischen Demokratie liegt oder diese sich unterordnet.

Westlicher Freihandel bedeutet heute auch den Führungsanspruch der USA, mit relativen Privilegien für die wichtigen Vasallen wie die EU und die Bundesrepublik Deutschland. Diese Privilegien sind aber nie ganz gesichert.

Ukraine: Zangengriff von EU und NATO

Die Europäische Union, selbst eine Freihandelszone, hat mit der Aufnahme ehemaliger sozialistischer Staaten schnell die Osterweiterung vorangetrieben. Die Ukraine, die wesentliche wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland hat, war als eine der letzten dieser Staaten dran. Zudem ist die Ukraine der größte Staat mit der strategisch wichtigen territorialen Position mit den langen Grenzen zu Rußland.

Dasselbe gilt für die NATO: Auch für sie ist die Ukraine der Schlüsselstaat für die militärische Einkreisung, Bedrohung und Eroberung Rußlands. "Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr", schrieb Zbigniew Brzezinski 1996.

Gleichzeitig hatten die USA seit Jahren den regime change vorbereitet, über die Geheimdienste, über Medienagenturen, über Direktinvestitionen und über die Open Ukraine Foundation. Deren Vorsitzender war und ist Arseni Jazenjuk (von den US-Strategen liebevoll "Jaz" genannt). Die NATO, die Renaissance-Stiftung von George Soros, die Regierung Polens, der Private Equity Fund Horizon Capital und Swedbank waren und sind die Sponsoren der Jazenjuk-Stiftung. Die NATO brachte ihre Medienkontakte ein.

Soros' Stiftung hatte in der Ukraine schon die "orangene Revolution" mit Julja Timoschenko vorbereitet. Horizon Capital kauft nach der "Heuschrecken-Methode" mittelständische Unternehmen in der Ukraine, in Weißrußland und Moldawien auf, macht sie nach westlichen Gesichtspunkten profitabel, verkauft sie weiter und sucht neue Objekte.

Swedbank, eine große schwedische Bank, faßte nachsozialistisch in den baltischen Staaten Fuß und möchte in weiteren osteuropäischen Staaten expandieren. Als weiterer Sponsor der Jazenjuk'schen Stiftung agierte der Oligarch Victor Pinchuk. Auch die US-Regierungsstiftung National Endowment for Democracy (NED) trug zur Erschließung der Ukraine bei, etwa mit Stipendien und Medienaufbau.

Gleichzeitig investieren US-Konzerne in der Ukraine. In diesem Staat liegt etwa ein Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Europas. Die Agrarmultis Monsanto und Dupont dürfen nach der Gesetzgebung der von den USA eingesetzten Regierung Land in großem Stil kaufen. Der IWF vergibt dafür Kredite unter der Bedingung, daß gentechnisch verändertes Saatgut verwendet werden darf. Der US-Tabakkonzern Philipp Morris kaufte 1994 eine ukrainische Zigarettenfabrik, stellte sie um auf die Produktion von Marlboro und Chesterfield und ist damit heute Marktführer in der Ukraine.

US-Tabakfabriken in der Ukraine produzieren für Export und Schmuggel. Die Zigarettensteuer in der Ukraine ist konkurrenzlos niedrig, die staatlichen Kontrollen sind gering. Die Gewinne, die mit dieser Expansion des Tabakgeschäfts in der Ukraine und in anderen Schwellenstaaten für US-Hersteller gemacht werden, wiegen bei weitem die Umsatzrückgänge auf, die in Nordamerika und Westeuropa den Anti-Nikotin-Kampagnen geschuldet sind. Philipp Morris wirkt auch durch Studenten- und Sozialprogramme an der Umgestaltung der Zivilgesellschaft mit.

US-Manager, wie der Sohn des US-Vizepräsidenten Joe Biden, Hunter Biden, übernahmen die Leitung der Burisma-Holding, des größten privaten Gasproduzenten in der Ukraine. Die US-Manager sollen weitere US-Investoren hereinholen. Auch damit soll die Ukraine von russischem Gas unabhängig werden, zugleich sollen US-Investoren das Geschäft übernehmen. Die US-Diplomatin Natalie Juresco ist Finanzministerin der Ukraine. US-Fondsgesellschaften wie Franklin Templeton gehören zu den Kreditgebern des Staates, die durch weitere Kredite des IWF abgesichert werden sollen.

Der von der Adenauer-Stiftung und den deutschen Großmedien als zukünftiger ukrainischer Regierungschef aufgebaute Boxweltmeister Klitschko war zwar gut für die Mobilisierung bestimmter Fußtruppen auf dem Maidan, hatte aber im Machtkartell keine Chance. Das US-Außenministerium übernahm mit Hilfe diverser nationalistischer und rechtsradikaler Kräfte die Inthronisation von Jazenjuk, drastisch und klar kommentiert von der US-Ministerialdirektorin Victoria Nuland, zuständig für Europa: Fuck the EU, schieß auf die EU!

Osterweiterung der EU und US-geführte NATO-Aufrüstung spielen ineinander. Im Dezember 2014 unterzeichnete US-Präsident Obama den "Ukraine Freedom Support Act" (Gesetz zur Unterstützung der Freiheit in der Ukraine). Die USA plazieren Militärberater in der Ukraine, liefern Waffen und organisieren Militärübungen. Die EU wollte bekanntlich mit der Ukraine kein einfaches Freihandelsabkommen, sondern die Ukraine sollte zusätzlich ihre bisherigen Handelsvereinbarungen mit Rußland beenden.

Es ging also zugleich um eine Machtfrage, die zur militärischen Konfrontation mit Rußland führte. 2014 unterzeichnete die ukrainische Putsch-Regierung das Assoziierungsabkommen mit der EU, Kernstück ist ein "deep and comprehensive free trade agreement" (tiefes und umfassendes Freihandelsabkommen). Dabei übernahm die Ukraine alle rechtlichen und wirtschaftlichen Regelungen der EU. Eine militärische Zusammenarbeit zwischen der deutschen Bundeswehr und der ukrainischen Armee besteht seit 1993, die nun weiter ausgebaut wird.

Bundeswehr soll freien Welthandel sichern

2010 hatte der damalige Bundespräsident Horst Köhler gesagt, für "ein Land unserer Größe" mit der entsprechenden Handelsorientierung sei "im Notfall militärischer Einsatz notwendig, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege". Das löste einen Sturm der Entrüstung aus, auch bei der SPD. Diese Auffassung über die Aufgabe der Bundeswehr sei grundgesetzwidrig. Köhler mußte zurücktreten.

Aber die Doktrin der Bundeswehr hat sich schon seit den 1990er Jahren auf solche Aufgaben schrittweise hinbewegt, auch mit Zustimmung der SPD. So verkündet das Verteidigungsministerium heute unverblümt: "Deutschlands Platz in der Welt wird wesentlich bestimmt von unseren Interessen als starker Nation in der Mitte Europas und unserer internationalen Verantwortung für Frieden und Freiheit ... Zu den Sicherheitsinteressen gehören ... einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen."

In der Ukraine bilden europäische und US-Interessen eine enge, wenn auch widersprüchliche Verbindung. Die Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel und auch jemand in der Europäischen Union moserten zwar, ein Ausdruck wie "Fuck the EU" sei "nicht akzeptabel", gaben sich aber mit Methode und Ergebnis des Putsches unterwürfig bis begeistert zufrieden. Sie nehmen den Schaden für deutsche und andere europäische Unternehmen und den Verlust von Arbeitsplätzen in Kauf.

Auch die ansonsten so selbstbewußten deutschen Unternehmen knickten ein. Sie beugen sich der übergeordneten US-Strategie, Rußland militärisch einzukreisen und letztlich, wenn es sein muß, auch mit Krieg dem westlichen Kapitalismus einzugliedern.

Militärische Mittel bis zum Krieg sind die umständehalber zugespitzten Begleitmaßnahmen des westlichen Freihandels. Die Unternehmen in Deutschland knickten aus zwei Gründen ein:

Erstens wollen sie den wichtigeren Markt USA nicht verlieren oder dort Einschränkungen unterworfen werden. Zweitens setzen sie darauf, daß mit Hilfe der Militärmacht USA und der NATO das riesige russische Territorium langfristig erobert und dann wirtschaftlich in viel größerem Stil ausgebeutet werden kann.

Die Alternative

Der westliche Krisen-Kapitalismus stagniert ökonomisch. Die Wachstumsraten sind niedrig. Der Lebensstandard der unteren und mittleren Klassen sinkt bzw. stagniert. Gleichzeitig bereichern sich die ungewählten Eliten schamlos. Die gewählten Eliten (= Politiker) lassen sich von den mystifizierten "Märkten" erpressen und geben sich routinemäßig der politischen Korruption hin. "Demokratie", "Transparenz" und "freier Markt" werden um so intensiver als westliche Werte beschworen je weniger sie praktiziert werden. Die Zustimmung in den Bevölkerungen zu diesem kapitalistischen System schwindet langsam, aber sicher.

Die International Trade Organisation ITO war nach dem Zweiten Weltkrieg der Versuch, Freihandel zwischen gleichberechtigten Partnern und ohne kriegerische Begleitung zu organisieren. Daran orientieren sich heute Staaten, die einen wesentlich anderen Typ von Kapitalismus entwickeln. Das sind zum einen China und Rußland.

Während die USA etwa 1.000 militärische Stützpunkte außerhalb ihres Territoriums betreiben, sind dies bei Rußland ein seit langem bestehender Stützpunkt (in Syrien) und kleine Stützpunkte mit insgesamt etwa 15.000 Soldaten in unmittelbar benachbarten Staaten wie Armenien, Kirgisistan und Tadschikistan. Die Volksrepublik China hat keinen Militärstützpunkt außerhalb seines Territoriums.

Ein anderes Merkmal dieser Art Freihandel besteht in folgendem: China organisiert weltweit den Aufbau gemeinsamer Firmen und forciert materielle Tauschgeschäfte (zum Beispiel Maschinen gegen Erdöl) statt nach westlicher Manier aus Krediten und Investitionen möglichst schnell Profite außer Landes zu bringen oder durch aufgezwungene Normen eine Anpassung durchzudrücken.

Auf Initiative Chinas wurde die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) im März 2015 gegründet. Dem sind nicht nur mehrere asiatische Staaten beigetreten, sondern auch - gegen den Willen der USA - mehrere Mitgliedsstaaten der EU, so Deutschland, Frankreich und Italien.

Nach ähnlichen Prinzipien ist die Eurasische Wirtschaftsunion angelegt, die 2014 zwischen Rußland, Kasachstan und Weißrußland vereinbart wurde. Sie hat seit einem Jahrzehnt Vorläufer in einer Zollunion und einer Wirtschaftsgemeinschaft und soll eine Freihandelszone werden. Verhandlungen laufen mit mehreren Beitrittskandidaten, z.B. Usbekistan.

2001 schlug der Präsident Venezuelas, Hugo Chavez, die Gründung der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika - Handelsvertrag der Völker (ALBA) vor. Neben Bolivien, Ecuador, Kuba, Nicaragua und Venezuela sind vier karibische Kleinstaaten Mitglieder. Sechs lateinamerikanische Staaten haben Beobachterstatus.

Es bestehen Kontakte zu China, Rußland und dem Iran. Auch ALBA kennt keine militärischen Begleitmaßnahmen. Wie China verfährt ALBA nach dem Barter-Prinzip: Leistungstausch statt Finanzialisierung des Handels, z.B. Tausch von Erdöl gegen Waren. Die ALBA-Staaten sind aus dem Schiedsgerichtsverfahren der Weltbank ausgetreten, haben eine eigene Entwicklungsbank und die eigene Währung SUCRE gegründet.

Mit CELAC (2012) setzte sich die Dynamik fort: Aus Anlaß des US-geförderten Putsches in Honduras (2009) haben sich alle Staaten Amerikas zusammengeschlossen - außer den USA und Kanada. Damit ist die 1948 von den USA gegründete Organisation Amerikanischer Staaten (OAS, Sitz Washington) zur Bedeutungslosigkeit verdammt.

Übrigens: Wegen eines solchen vom westlichen Kapitalismus unabhängigen Versuchs wurde die Regierung Gaddafis in Libyen weggeputscht: Er hatte einen afrikanischen Währungsfonds,

eine afrikanische Entwicklungsbank und eine afrikanische Zentralbank initiiert, dazu den ersten afrikanischen Kommunikationssatelliten RASCOM sowie ein ganz Nordafrika umfassendes Wassersystem, das die riesigen Wasserressourcen unterhalb der Sahara für ganz Nordafrika erschließen sollte. Soviel Unabhängigkeit war für den westlichen Kapitalismus nicht hinnehmbar.

Welche der beiden Varianten des Handels und der Staatenbeziehungen obsiegt - das entscheidet mit über die Zukunft der Menschheit.

Werner Rügemer ist Publizist und macht politisch-historische Stadtführungen. Als Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln bietet er Seminare an wie "Meinungsmache als Beruf", "Globale Prekarität" & "Entstehung und Strukturen einer Supermacht - Beispiel USA". www.werner-ruegemer.de<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 3. August 2015: >>**Rückblick in die Konflikte der Zukunft**

Der heute 87-Jährige Zbigniew Brzezinski war vor mehr als drei Jahrzehnten Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, viele seiner Bücher gelten als Klassiker der geostrategischen Analyse. Eines davon, "The Grand Chessboard", erschien vor 18 Jahren. Erstaunlich, wie genau Brzezinski schon damals die heutigen Konflikte in der Welt erkannte.

Von *Christoph von Marschall, "Tagesspiegel"*

Während der Lektüre ist man immer wieder versucht, zum Copyright-Vermerk zu blättern: Ist dieses Buch wirklich 1997 erschienen? Es liest sich wie eine brandaktuelle Analyse, welche geopolitischen Triebkräfte die internationale Politik heute bestimmen. Geschrieben hat Zbigniew Brzezinski "The Grand Chessboard" - wörtlich: "Das große Schachbrett" - aber vor 18 Jahren! Damals regierte Bill Clinton, der Weltwirtschaft ging es gut, die Bundesregierung bereitete den Umzug von Bonn nach Berlin vor.

Islamistischer Terror war noch nicht im allgemeinen Bewußtsein, 9/11 kam ja erst vier Jahre später. Der Ost-West-Konflikt war beendet. Polen, Tschechien und Ungarn bereiteten sich auf den Beitritt zu EU und NATO vor. Man hoffte, daß Rußland mit etwas Verspätung ebenfalls zu Demokratie und Rechtsstaat findet und ein Friedenspartner wird.

Schon damals sagte Brzezinski voraus: Die Ukraine wird der Schlüssel sein, für Rußlands Zukunft und den Frieden. Denn in der Ukraine entscheide sich, ob Rußland sich nach Europa orientiert oder in imperiales Auftrumpfen zurückfällt.

"Allein schon die Existenz einer unabhängigen Ukraine hilft, Rußland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Rußland auf, ein eurasisches Imperium zu sein. Es kann zwar immer noch imperialen Status beanspruchen, würde dann aber in Konflikte mit den zentralasiatischen Staaten verwickelt. Auch China würde sich erneuter russischer Dominanz in Zentralasien entgegenstellen. Wenn Rußland aber die Kontrolle über die Ukraine zurückgewinnt, wäre es wieder eine Imperialmacht."

All die westlichen Hoffnungen, daß Rußland sich öffnet und modernisiert, daß es zu einem demokratischen Partner eines demokratischen Amerika wird, sind aus Brzezinskis Sicht davon abhängig, daß Rußland den Herrschaftsanspruch über die Ukraine aufgibt.

Entscheidende Jahre exakt prognostiziert

"Wenn Rußland sich für Europa entscheidet, liegt es automatisch in seinem Interesse, daß die Ukraine in die europäischen Strukturen aufgenommen wird. Das Verhältnis der Ukraine zu Europa wird zum Wendepunkt für Rußland."

Rußland aber, das spürt Brzezinski bereits 1997, wird wohl die andere Richtung wählen - wobei führende russische Denker die Möglichkeiten ihres Landes auf groteske Weise überschätzen. China werde sich erfolgreich modernisieren. Rußland wohl nicht. Dann aber fehlen ihm die Ressourcen für Weltmachtstatus. Genau so ist es gekommen. China wird die USA demnächst beim Bruttoinlandsprodukt überholen. Technisch liegt es freilich weit hinter Amerika

zurück. Ökonomisch sind die Wirtschaftsräume EU, USA und China jeder für sich rund sieben Mal so stark wie Rußland.

Die Entscheidung über die Ukraine, das prognostizierte Brzezinski vor 18 Jahren so präzise, als wäre er ein Hellseher, werde in der Dekade von 2005 bis 2015 fallen. Er trifft damit die Wendepunkte "Orange Revolution" sowie russischer Angriff auf die Krim und die Ost-Ukraine ziemlich exakt.

Manche nehmen solche Weitsicht zum Anlaß für den Verdacht, Brzezinski habe diese Entwicklung als Strippenzieher mit herbeigeführt. Das wirkt aber weit hergeholt. Er hatte seit Jahrzehnten kein Regierungsamt und steuert auch nicht die US-Geheimdienste.

Vielmehr kommen bei ihm Biographie, präzise Analyse und treffsichere Instinkte zusammen. Er ist gebürtiger Pole, war Sicherheitsberater des demokratischen Präsidenten Jimmy Carter, ist bis heute einer der angesehensten außenpolitischen Denker der westlichen Hemisphäre. Sein Buch beginnt mit der Frage, welche geostrategischen Imperative die USA berücksichtigen müssen, wenn sie die ihnen zugefallene Vorrangstellung behalten wollen. Sie sind die erste Weltmacht der Geschichte, die nicht auf dem eurasischen Kontinent zuhause ist. Dort werde aber auch in Zukunft die Machtfrage entschieden.

"Eurasien ist das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft weiterhin ausgetragen wird. Der Form nach ist dieses Schachbrett ein lang gestrecktes Oval. Auf ihm spielen nicht nur zwei, sondern mehrere Spieler, mit je unterschiedlichen Machtanteilen."

Schlüsselkontinent Eurasien

Sein Buch behandelt fast die gesamte Erde - freilich immer unter der Frage, wie einzelne Staaten und Regionen sich zum Schlüsselkontinent Eurasien verhalten. Vor Chinas Entwicklung hat Brzezinski Respekt, sieht das Land aber noch nicht auf dem Weg zur Weltmacht. Risikofaktoren bremsen den Aufstieg: soziale und ethnische Spannungen sowie politische Konflikte, die sich sowohl aus einer Demokratisierung als auch aus deren Verweigerung ergeben.

"Selbst unter den besten Umständen ist es unwahrscheinlich, daß China 2020 in den Schlüsselfragen einer Weltmacht mithalten kann. Es wird zur regionalen Vormacht in Ostasien. Es dominiert das Festland. Sein Militär und seine Wirtschaft machen die unmittelbaren Nachbarn zu Zwergen, mit Ausnahme Indiens."

In absehbarer Zukunft, so Brzezinskis Resümee, wird es keine einzelne Macht geben, die Amerika herausfordern oder seine Ordnungsrolle übernehmen kann. Die einzige Alternative sei globale Anarchie. Umgekehrt wird Amerika den Gang der Dinge in Eurasien nicht diktieren können. Mehrere Mächte werden sich die Macht dort teilen.

"Kurzfristig ist Amerikas Interesse, diesen geopolitischen Pluralismus in Eurasien zu erhalten und die Bildung feindlicher Koalitionen zu verhindern. Mittelfristig sollten wir uns um den Aufstieg strategisch kompatibler Partner bemühen, die unter amerikanischer Führung ein kooperatives trans-eurasisches Sicherheitssystem aufbauen. Langfristig kann es zum Herzstück einer redlich geteilten politischen Verantwortung in der Welt werden."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. September 2022:

>>Zivilisation und Nation: Dugins multipolare Weltordnung

Von *Valentina Schacht*

Der russische Philosoph und Geopolitik-Experte Alexander Dugin, dessen Tochter Darja unlängst bei einem nach wie vor ungeklärten Anschlag getötet wurde, strebt eine vollkommen neue Weltordnung an. Ist der Krieg in der Ukraine der Auftakt? In seinem aktuellen Buch "Eurasische Mission" schreibt Alexander Dugin, wie eine neue multipolare Weltordnung ohne US-Dominanz ermöglicht werden kann.

Alexander Dugins Werk "Grundlagen der Geopolitik" (1997) gilt an russischen Militärakademien als Standardlektüre. Der Philosoph und Politologe, der einen Lehrstuhl für Soziologie der Internationalen Beziehungen an der Moskauer Lomonossow-Universität innehatte, unter-

teilt darin die Erde geopolitisch in drei große Hauptregionen: die Weltinsel (USA und Großbritannien), Eurasien (Mitteleuropa, Rußland und Asien) und das Randland (die Staaten zwischen den beiden zuvor genannten Großräumen).

Seine Überlegungen gründen auf dem Eurasismus, einer philosophisch-geopolitischen Denkschule, die in den 1920er Jahren von russischen Exilanten um Nikolai Trubetzkoy entwickelt wurde und in deren Zentrum die Vorstellung von einem fundamentalen Gegensatz zwischen der Kontinentalmacht Rußland und den angelsächsischen Seemächten steht.

Nach Dugin, der den Eurasismus aktualisiert hat, bestand und besteht ein fortdauernder Konflikt zwischen beiden Polen in geostrategischer, aber auch ideologischer Hinsicht: Globalisierung und Universalismus versus multipolare Weltordnung und Bewahrung der jeweils kulturellen Eigenarten.

Abschied vom Nationalstaat?

Im Zentrum von Dugins Kritik steht der globale Führungsanspruch des westlichen Liberalismus (und Kapitalismus), den er - hier ist er sich mit seinem zeitweiligen Weggefährten Alain de Benoist einig - als größte Bedrohung für die Völker bzw. "Hauptfeind" ansieht.

Washington sei bestrebt, diesen Führungsanspruch entweder mit Verlockungen, subversiven Methoden wie "Farbenrevolution" oder mit offener militärischer Gewalt weltweit durchzusetzen. Wer sich dem Diktat des Finanzkapitals, der Freihandelsdoktrin oder Vorstellungen wie Gender Mainstreaming nicht freiwillig unterwerfe, werde mit inszenierten Volksaufständen und Krieg überzogen, so Dugin ...

Als Alternative zur Globalisierung skizziert Dugin seine ethnopluralistische, nicht auf den russisch-asiatischen Raum beschränkte "Eurasische Idee", die erklärtermaßen vom Großraumkonzept Carl Schmitts inspiriert ist. Hierzu schreibt er:

"Die Eurasische Idee verbindet in sich alle globalisierungskritischen Ansätze. Der Eurasismus lehnt das westliche Weltbild, wonach der Planet in ein Zentrum (Angelsächsische Welt und Europa) und abgelegene Außengebiete (Südamerika, Afrika, Asien) gegliedert ist, strikt ab. Statt dessen sieht die Eurasische Idee die Welt als eine Sammlung gänzlich verschiedener politisch-kultureller und wirtschaftlicher Lebensräume, die miteinander korrespondieren."

Dugin hält die internationale Ordnung mit den Nationalstaaten als souveränen politischen Akteuren, das "System des Westfälischen Friedens", für obsolet. Faktisch läge die wirkliche Macht schon längst bei ganz anderen - überstaatlichen oder auch ökonomischen - Strukturen. Da er diese Ordnung auch für nicht mehr reinstallierbar hält, plädiert er für ein System der internationalen Beziehungen mit "Zivilisationen" (den Begriff übernimmt er von Samuel Huntington, deutet ihn jedoch gemäß seiner Sicht um) als neuen Akteuren.

Oft als "großrussischer Nationalist" verschrien, hat sich Dugin schon vor Jahren vom Nationalismus abgegrenzt:

"Ich selbst bin kein Nationalist, sondern Traditionalist."

Und weiter: "Es gibt eine geopolitische Notwendigkeit für eine wie auch immer zu gestaltende europäische Föderation oder Allianz, wenn der Kontinent in Zukunft eine Rolle spielen will."

In seinen "Grundlagen der Geopolitik" schreibt er sogar:

"Die multipolare Welt betrachtet die Souveränität der existierenden Nationalstaaten nicht als heilige Kuh, weil diese Souveränität auf rein juristischer Grundlage basiert und durch kein ausreichend starkes militärisches und politisches Potential gestützt wird."

Wirkliche Souveränität könne unter den gegebenen Umständen "einzig und allein ein Block oder eine Koalition von Staaten beanspruchen".

Miteinander statt gegeneinander

Neben der westlichen "Zivilisation" (Nordamerika und Westeuropa) identifiziert Dugin sechs weitere, nämlich die orthodoxe bzw. eurasische (die Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie Teile Ost- und Südeuropas), die islamische (Nordafrika, West- und Zentralasien sowie

Teile der Pazifikregion), die chinesische (China, Taiwan und die ASEAN-Staaten), die indische (Indien, Nepal und Mauritius), die lateinamerikanische (Süd- und Mittelamerika) und die japanische (Japan).

Nicht berücksichtigt ist in diesem Modell Afrika, das Dugin als "potentielle Zivilisation" ansieht, die noch Zeit brauche, um sich voll zu entwickeln und die weltpolitische Bühne zu betreten.

Für die "Zivilisationen", die neuen "Pole der multipolaren Welt", hält er dabei fest, daß sie souverän und "von formalem juristischem Standpunkt aus" mit einem legalen Machtzentrum versehen sein müßten. Und er schreibt:

"Die Zone, in der eine Zivilisation ihre Herrschaftsgewalt ausübt und die geltenden Spielregeln festhält, muß differenziert sein und die ethnische und konfessionelle Zusammensetzung ihrer Bevölkerung angemessen berücksichtigen."

Neben den konfessionellen Gruppen müßten auch die sozialen Schichten in der jeweiligen "Zivilisation" angemessen repräsentiert und "legal vertreten" sein. Sein Ziel ist letztendlich ein Neben- und Miteinander statt eines Gegeneinanders der Zivilisationen und auch der Bevölkerungsgruppen innerhalb einer Zivilisation.

Einen idealen Einstieg in das Denken Alexander Dugins bietet sein neues Buch "Eurasische Mission". Der russische Geopolitik-Experte geht darin von der politischen Theorie in die politische Praxis - und zeigt auf, wie Eurasien und eine neue multipolare Weltordnung konkret aussehen können.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. September 2022:
>>**Putin warnt vor Atomkrieg: "Das ist kein Bluff"**

Von *Jürgen Elsässer*

Putin verkündet Teilmobilisierung für 300.000 Soldaten ab sofort und warnt den Westen vor atomaren Provokationen und Angriffen auf Rußland selbst.

In einer strategischen Rede heute früh um 8.00 Uhr MEZ hat Putin die lange erwartete Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte sowie die Referenden zum Beitritt der Donbass-Republiken an die Russische Föderation verkündet und den Westen vor atomaren Provokationen und Angriffen auf Rußland selbst gewarnt. Dagegen würden "alle Mittel" eingesetzt. ...

Hier eine Zusammenfassung der heutigen Ansprache Putins an die Nation von DruschbaFM:

Putin: Das Ziel des Westens ist es, Rußland zu schwächen, zu spalten und zu zerstören: Sie sagen direkt, daß (man) 1991 die UdSSR spalten konnte, und jetzt ist die Zeit für Rußland gekommen.

Die Hauptziele der Spezialoperation bleiben unverändert, die LVR (Volksrepublik Lugansk) wurde vollständig befreit, die DVR (Volksrepublik Donezk) teilweise.

Die Regierung und das Verteidigungsministerium wurden angewiesen, den rechtlichen Status von Freiwilligen und Milizen des Donbass so schnell wie möglich festzulegen - er sollte der gleiche sein wie der des regulären russischen Militärpersonals.

Putin fordert, besondere Aufmerksamkeit auf die Lieferung von Ausrüstung und Ausrüstung für Freiwillige und Milizen des Donbass zu legen.

Putin: Bereits nach Beginn der Sonderoperation hat Kiew positiv auf die Vorschläge Rußlands reagiert - aber der Frieden paßte dem Westen nicht, und die Ukraine wurde direkt angewiesen, die Vereinbarungen zu stören.

Putin über Referenden im Donbass: Rußland kann ihm nahestehende Menschen nicht ausliefern, damit sie vom Henker in Stücke gerissen werden, und nicht auf ihren Wunsch reagieren, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.

Putin: Rußland wird die Entscheidung der Bewohner der Regionen Donbass, Zaporozhye und Cherson unterstützen.

Putin: Um Rußland, seine Souveränität und Integrität zu schützen, halte ich es für notwendig,

den Vorschlag zur Durchführung einer Teilmobilisierung zu unterstützen.

Putin: Das Dekret über die Teilmobilisierung wurde unterzeichnet.

Putin: Nur Bürger, die sich in der Reserve befinden, werden eingezogen, sie werden unter Berücksichtigung der Erfahrung des Sondereinsatzes einer zusätzlichen Ausbildung unterzogen.

Putin: Die Mobilisierungsaktivitäten beginnen heute. Mobilisierte Personen, die an der Sonderoperation teilnehmen, erhalten Zahlungen und den Status von Militärangehörigen, die im Rahmen des Vertrags dienen. Das Dekret zur Teilmobilisierung sieht zusätzliche Maßnahmen auf Anordnung der Staatsverteidigung vor.

Putin: Der Westen hat alle Grenzen überschritten, verantwortungslose Politiker sprechen von Offensivwaffenlieferungen an die Ukraine, Ausrüstungsschläge gegen Rußland. (Ergänzung COMPACT: Putin warnte an dieser Stelle auch vor atomaren Provokationen, etwa durch Beschuß des AKW Saporischja, und vor Angriffen auf Rußland selbst.)

Putin: Westliche Länder drängen Kiew, die Feindseligkeiten nach Rußland zu verlagern.

Putin: Wenn seine territoriale Integrität bedroht ist, wird Rußland alle verfügbaren Mittel einsetzen, das ist kein Bluff.

Putin warnte diejenigen, die versuchten, Rußland mit Atomwaffen zu erpressen: Der Wind könnte sich in ihre Richtung drehen.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 1. Oktober 2022 (x1.242/...): >>**Aus allen Rohren**

Der Anschlag auf Nord Stream 1 und 2 zielte darauf ab, die EU existenzbedrohend zu schwächen.

Von *Hannes Hofbauer*

Drastischer Druckabfall in beiden Pipelines von Nord Stream 1 und 2. Nahe der dänischen Ostseeinsel Bornholm beobachteten Flugzeugbesatzungen eine quadratkilometergroße Gasblase. In der Nacht vom 25. auf den 26. September 2022 hat der Krieg, der von Rußland gegen Kiew und vom Westen gegen Moskau geführt wird, eine neue Eskalationsstufe erreicht. Er ist in EU-Europa angekommen. Der Angriff auf die Pipelines ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf die USA zurückzuführen.

Es waren Anschläge ungeheuren Ausmaßes, die die beiden für die Gasversorgung Deutschlands gebauten Röhren zerfetzten. Meßstationen in Schweden und Dänemark verzeichneten kräftige unterirdische Detonationen. Um sich vorstellen zu können, welche Wucht für die Zerstörung nötig war, hier ein paar technische Daten: Ein einzelnes Metallrohr der 1.200 Kilometer langen Stränge wiegt 50 Tonnen, ist mit Beton und Bitumen verkleidet und liegt an der Anschlagstelle in 40 Meter Tiefe auf dem Meeresboden.

"Die Zerstörung, die innerhalb eines Tages an drei Röhren des Nord-Stream-Pipelinesystems erfolgte, ist etwas noch nie Dagewesenes. Derzeit ist es unmöglich, den Zeitraum für Reparaturarbeiten an der Gasleitungsstruktur anzugeben", äußerte sich ein Sprecher des Betreiberunternehmens von Nord Stream 1. Eine Wiederherstellung unter den Bedingungen des herrschenden EU-Sanktionsregimes gegen Rußland ist schier undenkbar, fehlen doch sowohl die dafür nötigen personellen als auch finanziellen Ressourcen und Bedingungen.

Zu den Hintergründen des Anschlages waren bereits unmittelbar danach skurrile Wortspenden aus dem EU-Raum zu vernehmen, die sich an Irrationalität geradezu überboten. Demgegenüber: Schweigen in den USA und Alarmstimmung in Rußland. Dort hatte bereits vier Tage vor der Sabotage in der Ostsee der Inlandsgeheimdienst FSB einen Anschlag auf Turkstream verhindert, eine Pipeline, die vom südrussischen Anapa über das Schwarze Meer die Türkei, Serbien und Ungarn mit Erdgas versorgt.

Den ersten Vogel schoß der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ab, der hinter dem Anschlag in der Ostsee sogleich eine russische Sonderoperation ausmachte.

Was Moskau dazu veranlassen sollte, seine eigene Pipeline, die ihm eine gewisse Verhand-

lungsmacht gegenüber der Europäischen Union und insbesondere Deutschland beließ, zu sprengen, darüber kamen die seltsamsten Theorien zum Vorschein.

Im Wochenblatt Spiegel wird EU-Außenbeauftragter Josep Borrell zitiert, der "robuste und gemeinsame Reaktionen" Brüssels auf die "vorsätzliche Handlung" ankündigt und damit, ohne es zu sagen, weitere Sanktionen gegen Rußland fordert. Auch der Berliner Tagesspiegel mutmaßt eine "False-Flag-Operation" Moskaus, die angeblich zum Ziel hätte, "Verunsicherung zu schüren" und "den Gaspreis noch mehr in die Höhe zu treiben".

Die Logik dahinter erschließt sich freilich nicht, denn der höhere Gaspreis kann ja nun mangels funktionierender Pipeline für Moskau nicht mehr realisiert werden. Ähnlich grenzwertig argumentiert Springers Welt. Auch sie hat den Täter in Moskau ausgemacht, weil dieser damit verhindern will, daß Deutschland die Restmenge an Gas, die in den Leitungen vorhanden ist, abzapfen kann.

Schon das Einmaleins eines Volksschülers hätte ausgereicht, diese Theorie ins Eck einer Verschwörung zu stellen; denn die Gasmenge, die zwecks Aufrechterhaltung des Drucks in den Leitungen lagert, beträgt nur einen geringen Bruchteil dessen, was Tag für Tag ohne Leck durchfließen könnte.

Staatsterror

Einig ist man sich in der Einschätzung des Urhebers darin, daß es sich dabei nur um einen staatlichen Akteur - und damit staatlichen Terrorakt - handeln kann. Denn für die Aktion der Sprengung in 40 Meter Tiefe benötigt man ein U-Boot und Kampftaucher, die entsprechendes militärisches Know-how mit sich bringen. Nur wenige Staaten auf der Welt besitzen beides.

Rußland hätte so eine Marine, allerdings fehlt - wie gerade argumentiert - das politische Motiv und das wirtschaftliche Interesse. Auch Deutschland - auf der anderen Seite der Röhre liegend - kann man aus ähnlichen Gründen getrost als Täter ausschließen. Polen wiederum, das immer wieder lautstark gegen Nord Stream verbal zu Felde zog, wäre für eine solche Aktion kaum in der Lage.

Einem einzigen U-Boot aus sowjetischer Bauart fehlen dem Vernehmen nach die Kampftaucher. Kiew paßt ein solcher Anschlag ins politische Konzept, technisch dazu in der Lage ist es aber nicht.

Bleibt als einzige logische Erklärung für den Anschlag eine Tat, die das Weißen Haus in Washington zu verantworten hat. Die zur Explosion gebrachten Sprengladungen besiegelten das Ende der deutsch-russischen Energiekooperation. Diese war den USA schon immer ein Dorn im Auge. Und US-Präsident Joe Biden war sogar so ehrlich, den Anschlag anzukündigen. Auf der letzten Pressekonferenz, die er zusammen mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz am 7. Februar 2022 in Washington abhielt, meinte er vorausschauend:

"Wenn Rußland die Ukraine überfällt, dann wird es Nord Stream 2 nicht mehr geben. Wir werden sie zu einem Ende bringen". Auf Nachfrage einer Journalistin, wie dies denn von staten gehen soll, lächelte Biden süffisant und setzte nach: "Ich verspreche, wir werden dazu in der Lage sein."

Daß es Monate gedauert hat, bis Biden sein Versprechen einlösen konnte, hängt vielleicht nicht nur mit den technischen Möglichkeiten zusammen, sondern auch damit, daß sich die Stimmung für eine Öffnung von Nord Stream 2 in Deutschland drehen könnte, wenn es einmal so richtig kalt wird. Dem wurde nun mit Sprengladungen vorgebeugt.

Letztlich war es ein prominenter Pole, der klar aussprach, wen er für den Staatsterror in der Ostsee verantwortlich macht. Niemand geringerer als der langjährige Verteidigungs- und Außenminister sowie Parlamentspräsident und derzeitiger EU-Abgeordneter, Radosław Sikorski, einst einer der Verhandlungsführer zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch und dem rechten Maidan im Februar 2014, twitterte zwei Tage nach dem Anschlag: "Danke USA".

Die Konsequenzen

Mit dem aller Wahrscheinlichkeit nach von den USA durchgeführten Anschlag auf die beiden Pipelines hat das Weiße Haus den von Rußland durch seinen Einmarsch in die Ukraine internationalisierten Krieg auf eine neue Eskalationsstufe gehoben. Bislang beschränkte sich die Einmischung der USA und mit ihr fast aller anderen NATO-Länder auf Waffenlieferungen sowie logistische Unterstützung für die Ukraine sowie einen immer mehr Bereiche umfassenden Wirtschaftskrieg gegen Rußland.

In diesem sind die Möglichkeiten so gut wie ausgeschöpft. Staatsterror gegen russische Einrichtungen wie die Gazprom-Leitungen sollen nun offensichtlich die bereits bestehenden Kampfmittel ergänzen.

Im Konkreten folgt Washington damit der altbekannten geopolitischen Weisung des vielfachen US-Präsidentenberaters Zbigniew Brzezinski, der die US-amerikanische Strategie für Eurasien vorgab. Der zufolge geht es zwecks Aufrechterhaltung der USA als Weltmacht in diesem Raum vor allem darum, eine deutsch-russische Achse um jeden Preis zu verhindern. Diesmal um den Preis der Zerstörung einer energetischen eurasischen Schlagader.

Damit ist es gelungen, neben dem auf ukrainischem Territorium stattfindenden Stellvertreterkrieg der USA gegen Rußland, auch einen möglichen deutschen Konkurrenten am Weltmarkt, der zuletzt, zum Beispiel beim Zerfallsprozeß Jugoslawiens, auch geopolitisch immer mehr Präsenz zeigte, zurückzudrängen und klein zu halten.

Mit dem Anschlag auf Nord Stream 1 und 2 verlieren zudem die Forderungen nach Aufhebung der antirussischen Sanktionen, wie sie auch in Deutschland immer populärer werden, an Wirkungskraft.

Denn die damit implizit verbundene Hoffnung, einem Energiekrisenwinter zu entkommen, indem Rußland das Gas wieder verstärkt fließen läßt, ist durch den Terrorakt - zumindest vorerst - erloschen. Dies um so mehr, als daß bis zuletzt Gaslieferungen aus Rußland offiziell nicht unter EU-Sanktionen standen.

Die schiere Macht der Sprengung schwächt die Möglichkeit einer Alternative zum "Frieren für die (ukrainische) Freiheit", spricht: Frieren für den Krieg. Desgleichen büßte auch Rußland an Verhandlungsmacht ein und kann nun die Energiekarte für oder gegen den Westen nur mehr sehr beschränkt ausspielen.

Die Gewinner des Anschlags sitzen allesamt in den USA. Das sind zuerst die Frackingunternehmen, die Gas aus den Tiefen der Erde holen, um es in Flüssiggas transportern zu teuren Preisen über den Ozean zu schippern. Auch der von Washington seit mehr als einem Jahrzehnt betriebenen Herstellung eines Gasweltmarktes ist man mit der Sprengung von Nord Stream ein gutes Stück nähergekommen.

Bis vor Kurzem war Gasverkauf ausschließlich an Pipelines gebunden, was langfristige Investitionen und Kooperationen erforderlich macht. Dem steht nun die Volatilität und Unsicherheit des Weltmarktes entgegen.

Zum wirtschaftlichen Profiteur mächtiger US-Konzerne gesellt sich ein geopolitischer Sieg Washingtons. Mit den drei Sprengungen in der Ostsee traf man nicht nur Rußland, sondern auch die Europäische Union, insbesondere deren führende Wirtschaftsmacht Deutschland. ...

Hannes Hofbauer, Jahrgang 1955, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien. Er arbeitet als Publizist und Verleger. Im Promedia-Verlag sind von ihm unter anderem erschienen "EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen", "Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter" und "Feindbild Rußland. Geschichte einer Dämonisierung". <<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 29. Oktober 2022 (x1.182/...): >>Sensationelle Rede Putins am Valdai-Treffen: Die Abrechnung mit unipolarer Weltherrschaft

Die große Rede Präsident Putins am 27.10.22, Valdai Club, Moskau

Das diesjährige Forum stand unter dem Motto:

Eine Post-Hegemoniale Welt: Gerechtigkeit und Sicherheit für alle

An dem viertägigen Treffen nahmen 111 Experten, Politiker, Diplomaten und Wirtschaftswissenschaftler aus Rußland und 40 anderen Ländern teil, darunter Afghanistan, Brasilien, China, Ägypten, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Iran, Kasachstan, Südafrika, die Türkei, die Vereinigten Staaten und Usbekistan, um nur einige zu nennen.

Moderator der Plenarsitzung des Valdai-Clubs war Fyodor Lukyanov:

Guten Tag, Herr Präsident,

Wir freuen uns jedes Jahr darauf, Sie zu sehen, aber dieses Jahr waren wir vielleicht ungeduldiger als sonst, denn es gibt viele Themen zu besprechen.

Wladimir Putin: Ja, das denke ich auch.

Fyodor Lukyanov: Das Forum konzentrierte sich vor allem auf Fragen der internationalen Ordnung, z.B. wie sich die Welt verändert und vor allem, wer tatsächlich am Steuer der Welt steht, wer sie lenkt bzw. ob die Welt überhaupt gelenkt werden kann.

Wir diskutieren dies jedoch nur als Beobachter, aber Sie haben die Macht - also teilen Sie uns bitte Ihre Gedanken mit.

Wladimir Putin: Ich danke Ihnen vielmals!

Die Rede des russischen Präsidenten im Wortlaut:

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

ich hatte die Gelegenheit, mir ein Bild von dem zu machen, was Sie hier in den letzten Tagen diskutiert haben. Es war eine interessante und gehaltvolle Diskussion. Ich hoffe, daß Sie es nicht bereuen, nach Rußland gekommen zu sein und sich untereinander auszutauschen.

Ich freue mich, Sie alle zu sehen.

Wir haben die Plattform des Valdai-Clubs mehr als einmal genutzt, um die großen und schwerwiegenden Veränderungen zu erörtern, die in der Welt bereits stattgefunden haben und noch stattfinden, sowie die Risiken, die sich aus der Schwächung der globalen Institutionen, Aushöhlung der Grundsätze der kollektiven Sicherheit und Substituierung des Völkerrechts durch "Regeln" ergeben.

Ich war versucht zu sagen: "Wir sind uns darüber im Klaren, wer sich diese Regeln ausgedacht hat", aber das wäre vielleicht nicht die richtige Aussage. Wir haben keinerlei Ahnung, wer sich diese Regeln ausgedacht hat, worauf diese Regeln beruhen oder was in diesen Regeln enthalten ist.

Es sieht so aus, als ob wir Zeugen eines Versuchs sind, nur eine einzige Regel durchzusetzen, nach der die Mächtigen - wir sprachen von Macht, und ich spreche jetzt von globaler Macht - leben könnten, ohne sich an irgendwelche Regeln zu halten, und mit allem davonzukommen. Das sind die Regeln, auf die sie, wie man sagt, ständig pochen, d.h. unaufhörlich darüber sprechen.

Die Valdai-Diskussionen sind wichtig, weil man hier eine Vielzahl von Einschätzungen und Prognosen zu hören bekommt. Das Leben zeigt immer, wie richtig sie lagen, denn das Leben ist der strengste und objektivste Lehrmeister. So zeigt das Leben, wie genau die Prognosen der vergangenen Jahre zutrafen.

Die Ereignisse haben sich zu einer Systemkrise ausgeweitet

Leider folgen die Ereignisse weiterhin einem negativen Trend, wie wir bei unseren früheren Treffen mehr als einmal erörtert hatten. Darüber hinaus haben sie sich zu einer größeren systemweiten Krise ausgeweitet, die sich nicht nur auf den militärisch-politischen, sondern auch

auf den wirtschaftlichen und humanitären Bereich erstreckt.

Der sogenannte Westen, der natürlich ein theoretisches Konstrukt darstellt, weil er nicht ge-
eint ist und es sich eindeutig um ein hochkomplexes Konglomerat handelt, hat in den letzten
Jahren und vor allem in den letzten Monaten eine Reihe von Schritten unternommen, die auf
eine Eskalation der Situation abzielen. Sie versuchen eigentlich immer, die Dinge zu verschär-
fen, was auch nichts Neues ist.

Dazu gehören das Schüren des Krieges in der Ukraine, die Provokationen rund um Taiwan
und die Destabilisierung der globalen Lebensmittel- und Energiemärkte. Letzteres geschah
natürlich nicht mit Absicht, das steht außer Zweifel. Die Destabilisierung des Energiemarktes
war das Ergebnis einer Reihe systemischer Fehlleistungen westlicher Behörden, wie ich ein-
gangs erwähnt hatte. Wie wir jetzt sehen, wurde die Situation durch die Zerstörung der paneu-
ropäischen Gaspipelines noch verschärft. Das alles klingt jenseitig, aber wir wurden dennoch
Zeugen dieser traurigen Entwicklungen.

Es geht um globale Macht und ein schmutziges Spiel

Die globale Macht ist genau das, um was es dem sogenannten Westen bei seinem Spiel geht.
Aber dieses Spiel ist ganz sicher gefährlich, blutig und, ich würde sagen, schmutzig. Es setzt
sich über die Souveränität der Länder und Völker, deren Identität und Einzigartigkeit hinweg
und tritt die Interessen anderer Staaten mit Füßen. Auch wenn das Wort "Aberkennung" nicht
verwendet wird, tun sie es stets im realen Leben. Niemand außer denen, welche die erwähnten
Regeln aufstellten, ist berechtigt, seine Identität zu bewahren: Alle anderen haben sich diesen
Regeln zu fügen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie an die Vorschläge Rußlands an unsere westlichen
Partner erinnern, um Vertrauen und ein kollektives Sicherheitssystem aufzubauen. Sie wurden
im Dezember 2021 einmal mehr nur verworfen.

Doch Aussitzen kann in der modernen Welt kaum noch funktionieren. Wer den Wind sät,
wird den Sturm ernten, so ein Sprichwort. Die Krise hat in der Tat globale Dimensionen er-
reicht und jeden getroffen. Darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben.

Die Menschheit steht an einer Wegkreuzung: Entweder sie läßt die Probleme weiter akkumu-
lieren und wird schließlich unter ihrer Last zerbrechen, oder sie arbeitet gemeinsam an Lösun-
gen - auch an unvollkommenen, solange sie funktionieren -, die unsere Welt stabiler und si-
cherer machen.

Wissen Sie, ich habe immer an die Kraft des gesunden Menschenverstands geglaubt. Deshalb
bin ich davon überzeugt, daß früher oder später sowohl die neuen Zentren der multipolaren
Weltordnung als auch der Westen einen Dialog auf Augenhöhe über eine gemeinsame Zu-
kunft für uns alle aufnehmen müssen - je früher, desto besser natürlich. In diesem Zusammen-
hang möchte ich einige der wichtigsten Aspekte für uns alle herausstreichen.

Die aktuellen Entwicklungen haben Umweltfragen in den Hintergrund treten lassen. So selt-
sam es klingen mag, aber genau darüber möchte ich heute zuerst sprechen. Der Klimawandel
steht nicht mehr ganz oben auf der Tagesordnung. Aber diese grundlegende Herausforderung
ist nicht verschwunden, sie ist immer noch da, und sie nimmt zu.

Der Verlust biologischer Artenvielfalt ist eine der gefährlichsten Folgen der Zerstörung des
ökologischen Gleichgewichts. Damit komme ich zu dem zentralen Punkt, wegen dem wir alle
hier zusammengekommen sind. Ist es nicht ebenso wichtig, die kulturelle, soziale -, politische
- und zivilisatorische Vielfalt beizubehalten?

Der Westen verfolgt Nivellierung und Annullierung

Gleichzeitig bedeutet Nivellierung und Auslöschung aller Unterschiede im Wesentlichen das,
was den modernen Westen ausmacht. Was steht dahinter? In erster Linie das schwindende
kreative Potential des Westens und sein Wunsch, die freie Entwicklung anderer Zivilisationen
zu hemmen und zu blockieren.

Natürlich gibt es auch ein offen geschäftliches Interesse. Indem sie anderen ihre Werte, Konsumgewohnheiten und Standardisierung aufzwingen, versuchen unsere Gegner - ich werde meine Worte mit Vorsicht wählen - die Märkte für ihre Produkte zu erweitern. Das damit verfolgte Ziel, ist letztlich sehr primitiv. Es ist bemerkenswert, daß der Westen den universellen Wert seiner Kultur und Weltanschauung verkündet. Auch wenn sie dies nicht so offen ansprechen und oft so tun, handeln sie so, als ob es Bestandteil des Lebens wäre, indem die von ihnen betriebene Politik zeigen soll, daß diese Werte von allen anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft bedingungslos akzeptiert werden müßten.

Ich möchte aus der berühmten Harvard Abschlusssprache von Alexander Solschenizyn aus dem Jahr 1978 zitieren. Er sagte, typisch für den Westen sei, "eine notorische Blindheit an Überlegenheit" - und sie hält bis heute an -, die "den Glauben hochhält, daß weite Landstriche überall auf unserem Planeten sich nach dem heutigen westlichen System zu entwickeln und reifen hätten." Das sagte er 1978. Daran hat sich nichts verändert.

Deformierte Auswüchse der unipolaren Weltordnung

In den fast 50 Jahren, die seither vergangen sind, hat die Blindheit, von der Solschenizyn sprach und die offen rassistisch und neokolonialistisch ist, besonders deformierte Formen angenommen, insbesondere nach dem Entstehen der sogenannten unipolaren Welt (Ordnung). Worauf beziehe ich mich? Der Glaube an die eigene Unfehlbarkeit ist sehr gefährlich; er ist nur einen Schritt entfernt von dem Wunsch der Unfehlbaren diejenigen zu vernichten, die ihnen nicht gefallen, oder, wie sie sagen, ihrem Wunsch sie zu annullieren ("cancel culture"). Denken Sie einmal über die Bedeutung dieses Wortes nach.

Selbst auf dem absoluten Höhepunkt des Kalten Krieges, dem Höhepunkt der Konfrontation der beiden Systeme, ihrer Ideologien und militärischen Rivalität, kam es niemandem in den Sinn, die Existenz der Kultur, der Kunst und der Wissenschaft anderer Völker oder ihrer Gegner, abzuerkennen. Es kam auch niemandem in den Sinn.

Ja, es gab gewisse Einschränkungen bei den Kontakten in Bildung, Wissenschaft, Kultur und leider auch im Sport. Doch, gleichwohl verstanden sowohl die sowjetische als auch die amerikanische Führung, daß es notwendig war, den humanitären Bereich taktvoll zu behandeln, ihren Rivalen zu erforschen und zu respektieren und manchmal sogar von ihm zu lernen, um zumindest eine Grundlage für solide, produktive Beziehungen in der Zukunft zu sicherzustellen.

Über vormalige Nazis und heutige "Cancel Culture"

Und was geschieht heute? Einst gingen die Nazis so weit, Bücher zu verbrennen, und jetzt sind die westlichen "Hüter des Liberalismus und des Fortschritts" so weit, Dostojewski und Tschaikowski zu verbieten. Die sogenannte "Annullierung der Kultur (Cancel Culture)" und in Wirklichkeit - wie wir schon oft gesagt haben - die wirkliche Abschaffung der Kultur besteht darin, alles Lebendige und Kreative auszurotten und das freie Denken in allen Bereichen, sei es in der Wirtschaft, der Politik oder Kultur, zu ersticken.

Heute hat sich die liberale Ideologie selbst bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Verstand man unter klassischem Liberalismus zunächst die Freiheit eines jeden Menschen, zu tun und zu sagen, was er will, so begannen die Liberalen im 20. Jahrhundert Feinde der sogenannten offenen Gesellschaft zu benennen, deren Freiheit zu limitieren, wenn nicht zu beseitigen. Es hat den absurden Punkt erreicht, an dem jede alternative Meinung zu subversiver Propaganda und einer Bedrohung der Demokratie erklärt wird.

Alles, was aus Rußland kommt, wird als "Kreml-Intrigen" gebrandmarkt. Aber sehen Sie sich es selbst an. Sind wir wirklich so allmächtig? Jede Kritik an unseren Gegnern - jede - wird als "Kreml-Intrige" oder als "die Hand des Kremls" wahrgenommen. Das ist wahnwitzig. Wie tief sind sie gesunken? Sie sollten hingegen Ihren Verstand benutzen, etwas Interessanteres zu artikulieren oder ihren Standpunkt konzeptionell darzulegen. Man kann nicht alles auf die In-

trigen des Kremls schieben.

Fjodor Dostojewski hat das alles schon im 19. Jahrhundert prophetisch vorausgesagt. Eine der Figuren seines Romans Dämonen, der Nihilist Schigalew, beschrieb die strahlende Zukunft, die er sich vorstellte, folgendermaßen: "Von der grenzenlosen Freiheit ausgehend, ende ich mit grenzenloser Willkür." Das ist es, wo unsere westlichen Gegner angekommen sind.

Eine andere Figur des Romans, Pjotr Werchowenskij, spricht von der Notwendigkeit des allgemeinen Verrats, Spitzelwesen und Spionage und behauptet, daß die Gesellschaft keiner Talente oder größeren Fähigkeiten benötigt: "Ciceros Zunge wird herausgeschnitten, Kopernikus werden die Augen ausgestochen und Shakespeare wird gesteinigt." Das ist es, worauf unsere westlichen Gegner hinauswollen. Was ist das, wenn nicht westliche Annullierungskultur?

Das waren große Denker, und ich bin, offen gesagt, meinen Helfern gegenüber dankbar, daß sie diese Zitate ausfindig machten.

Die Geschichte wird wissen, wen sie zu annullieren hat

Was soll man dazu sagen? Die Geschichte wird mit Sicherheit alles an seinen Platz weisen und wissen, wen sie zu annullieren hat, und das werden mit Sicherheit nicht die größten Werke universal anerkannter Genies der Weltkultur sein, sondern diejenigen, die aus irgendeinem Grund sich das Recht zuerkannten, Weltkultur nach ihrem Belieben zu verwenden. Ihr Selbstwertgefühl kennt wirklich keine Grenzen. In ein paar Jahren wird sich niemand mehr an ihre Namen erinnern. Aber Dostojewski wird weiterleben, ebenso wie Tschaikowsky und Puschkin, so sehr sie sich auch das Gegenteil wünschten.

Das neokoloniale Modell der Globalisierung

Standardisierung, finanzielle und technologische Monopolisierung, die Auslöschung aller Unterschiede - das ist es, was dem westlichen Modell der Globalisierung zugrunde liegt, das von Natur aus neokolonial ist. Ihr Ziel war klar: Die Errichtung der bedingungslosen Dominanz des Westens über die Weltwirtschaft und Weltpolitik. Zu diesem Zweck stellte der Westen die natürlichen und finanziellen Ressourcen des gesamten Planeten sowie alle intellektuellen, menschlichen und wirtschaftlichen Fähigkeiten in seinen Dienst, während er behauptet, dies sei ein natürliches Merkmal der sogenannten neuen globalen Interdependenzen.

An dieser Stelle möchte ich an einen anderen russischen Philosophen erinnern, Alexander Sinowjew, dessen hundertsten Geburtstag wir am 29. Oktober begehen. Vor mehr als 20 Jahren sagte er, daß die westliche Zivilisation als Mittel zur Existenz den gesamten Planeten und alle Ressourcen der Menschheit benötigt, um auf dem erreichten Niveau zu überleben. Das ist es, was sie wollen, das ist exakt das, was es ist.

Darüber hat sich der Westen von Beginn an einen riesigen Vorsprung in diesem System gesichert, weil er die Prinzipien und Mechanismen aufstellte - so wie die Regeln heute, von denen sie andauernd sprechen, die jedoch ein unverständliches schwarzes Loch bleiben, weil niemand wirklich weiß, wie sie lauten. Doch, sobald Nicht-Westliche-Länder begannen, von der Globalisierung zu profitieren, vor allem die großen Nationen in Asien, hat der Westen viele dieser Regeln sofort geändert oder ganz abgeschafft. Und die sogenannten heiligen Prinzipien des Freihandels, der wirtschaftlichen Offenheit, des gleichen Wettbewerbs und sogar der Eigentumsrechte waren plötzlich völlig vergessen. Sie ändern die Regeln im Vorbeigehen, auf der Stelle, wenn immer sie eine Gelegenheit für sich erkennen.

Hier ein weiteres Beispiel für den Austausch von Begriffen und Bedeutungen. Viele Jahre lang haben westliche Ideologen und Politiker der Welt erzählt, es gäbe keine Alternative zur Demokratie. Damit meinten sie freilich das westliche, das sogenannte liberale Demokratie-modell. Alle anderen Varianten und Formen der Volksherrschaft lehnten sie arrogant ab, und zwar, das möchte ich betonen, mit Verachtung und Geringschätzung. Dieses Verhalten hat sich seit Kolonialzeiten herausgebildet, als ob alle Menschen zweitklassig wären, während nur sie selbst eine Ausnahme bildeten. Das geht schon seit Jahrhunderten so und hält bis heute an.

Demokratische Grundsätze in internationalen Beziehungen

Gegenwärtig fordert eine überwältigende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft Demokratie in internationalen Angelegenheiten und lehnt jede Form von autoritärem Diktat durch einzelne Länder oder Ländergruppen ab. Was ist das, wenn nicht die direkte Anwendung demokratischer Grundsätze in internationalen Beziehungen?

Welche Haltung nimmt der "zivilisierte" Westen dazu ein? Falls sie Demokraten wären, sollten Sie den natürlichen Freiheitsdrang der Milliarden an Menschen begrüßen, aber nein: Der Westen nennt es Untergrabung der liberalen, auf Regeln basierten Ordnung. Er greift auf Wirtschafts- und Handelskriege, Sanktionen, Boykotte und farbige Revolutionen zurück und bereitet alle Arten von Umstürzen vor und führt sie auch durch.

Einer davon führte 2014 in der Ukraine zu tragischen Folgen. Sie haben den Putsch unterstützt und sogar angegeben, wie viel Geld sie dafür ausgegeben hatten. Sie haben die Dreistheit zu handeln, wie es ihnen gefällt, und zeigen keinerlei Skrupel bei all ihrem Tun. Sie töteten (Qasem) Soleimani, einen iranischen General. Man kann über Soleimani denken, wie man will, aber er war ein ausländischer Staatsoffizieller. Sie haben ihn in einem Drittland getötet und die Verantwortung dafür übernommen. Was soll das heißen, um Himmels willen? In was für einer Welt leben wir eigentlich?

US-Repressionen und Sanktionen sogar gegen Verbündete

Wie üblich bezeichnet Washington die derzeitige internationale Ordnung als liberal-amerikanisch, aber in Wirklichkeit vervielfacht diese berüchtigte "Ordnung" täglich das Chaos und wird sogar gegenüber den westlichen Ländern und ihren Versuchen, unabhängig zu handeln, immer intoleranter. Alles wird im Keim erstickt, und sie zögern nicht einmal, Sanktionen gegen ihre eigenen Verbündeten zu verhängen, die mit gesenkten Köpfen solchem Treiben einwilligen.

So wurden beispielsweise die Vorschläge der ungarischen Abgeordneten im Juli (dieses Jahres), das Bekenntnis zu den europäischen christlichen Werten und zur europäischen Kultur im Vertrag zur Europäischen Union zu verankern, nicht einmal als Affront, sondern als offener und feindseliger Sabotageakt aufgefaßt. Was bedeutet das? Was soll das bedeuten? Manchen mag es gefallen, anderen nicht.

Im Laufe von tausend Jahren hat Rußland eine einzigartige Kultur der Wechselbeziehung zwischen allen Weltreligionen entwickelt. Es gibt keinen Grund, irgend etwas zu streichen, seien es christliche Werte, islamische Werte oder jüdische Werte. Wir haben auch andere Weltreligionen. Alles, was man tun muß, ist, sich gegenseitig zu respektieren. In einigen unserer Regionen - das weiß ich aus erster Hand - feiern die Menschen christliche, islamische, buddhistische und jüdische Feiertage gemeinsam, und sie tun das gerne, weil sie sich gegenseitig gratulieren und sich füreinander freuen.

Aber hier nicht. Warum eigentlich nicht? Zumindest könnten sie darüber diskutieren. Erstaunlich!

Über die doktrinäre Systemkrise des neoliberalen Modells

Ohne Übertreibung handelt es sich hier nicht einmal um eine systemische, sondern um eine doktrinäre Krise des neoliberalen Modells der internationalen Ordnung amerikanischer Prägung. Sie haben keine Ideen für Fortschritt und positive Entwicklung. Sie haben der Welt einfach nichts zu bieten, außer die Weiterführung ihrer Vorherrschaft.

Ich bin davon überzeugt, daß echte Demokratie in einer multipolaren Welt in erster Linie von der Fähigkeit jeder Nation - ich betone - jeder Gesellschaft oder Zivilisation abhängt, ihren eigenen Weg zu beschreiten und ihr eigenes sozio-politisches System zu organisieren. Wenn die Vereinigten Staaten oder die EU-Länder dieses Recht beanspruchen, dann haben die Länder Asiens, die islamischen Staaten, die Monarchien am Persischen Golf und die Länder auf anderen Kontinenten sicherlich auch dieses Recht. Natürlich hat auch unser Land, Rußland,

dieses Recht, und niemand wird unserem Volk jemals vorschreiben können, welche Art von Gesellschaft wir aufbauen und auf welchen Prinzipien sie beruhen soll.

Eine unmittelbare Bedrohung für das politische, wirtschaftliche und ideologische Monopol des Westens besteht darin, daß die Welt alternative Gesellschaftsmodelle hervorbringen kann, die wirksamer - ich möchte betonen: wirksamer, intelligenter und attraktiver sind als die gegenwärtigen. Diese Modelle werden mit Sicherheit zustande kommen. Das ist unvermeidlich. Übrigens schreiben auch amerikanische Politikwissenschaftler und Analysten darüber. Ehrlich gesagt, hört ihre Regierung nicht auf das, was sie sagen, obwohl sie nicht umhinkönnen, diese Konzepte in politikwissenschaftlichen Zeitschriften und Diskussionen wahrzunehmen.

Gemeinsames Fundament für die Zukunft der Menschheit

Die Entwicklung sollte sich auf einen Dialog zwischen den Zivilisationen und geistigen und moralischen Werten stützen. In der Tat können sich Auffassungen von Zivilisationen dahingehend unterscheiden, was den Menschen und sein Wesen ausmacht, aber diese Unterschiede sind oft nur oberflächlich, doch alle erkennen letztendlich die Würde und das spirituelle Wesen des Menschen an. Ein gemeinsames Fundament, auf dem wir unsere Zukunft aufbauen können und müssen, ist von entscheidender Bedeutung.

Hier möchte ich etwas betonen. Traditionelle Werte sind kein starres Postulat, an das sich jeder halten muß, natürlich nicht. Der Unterschied zu den sogenannten neoliberalen Werten besteht darin, daß sie in jedem einzelnen Fall einzigartig sind, weil sie auf den Traditionen einer bestimmten Gesellschaft, ihrer Kultur und ihrem historischen Hintergrund beruhen. Deshalb kann man traditionelle Werte niemandem aufzwingen. Sie müssen einfach respektiert werden, und alles, was jede Nation im Laufe der Jahrhunderte für sich selbst gewählt hat, muß mit Sorgfalt behandelt werden.

So verstehen wir die traditionellen Werte, und die Mehrheit der Menschheit teilt und akzeptiert unseren Ansatz. Das ist verständlich, denn die traditionellen Gesellschaften des Ostens, Lateinamerikas, Afrikas und Eurasiens bilden die Grundlage der Weltzivilisation.

Die Achtung der Sitten und Gebräuche von Völkern und Zivilisationen liegt im Interesse aller. Dies liegt auch im Interesse des "Westens", der auf der internationalen Bühne schnell zu einer Minderheit wird, da er seine Vormachtstellung verliert. Natürlich muß das Recht der westlichen Minderheit auf eine eigene kulturelle Identität - das möchte ich betonen - gewährleistet und respektiert werden, aber vor allem gleichberechtigt mit den Rechten aller anderen Nationen.

Über die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer

Wenn die westlichen Eliten glauben, daß sie ihre Menschen und ihre Gesellschaften dazu bringen können, die meiner Meinung nach seltsamen und trendigen Ideen wie Dutzende von Geschlechtern oder Schwulenparaden anzunehmen, dann soll es so sein. Sollen sie doch machen, was sie wollen. Aber sie haben sicherlich nicht das Recht, anderen vorzuschreiben, in ihre Fußstapfen zu treten.

Wir sehen die komplizierten demografischen, politischen und sozialen Prozesse, die in den westlichen Ländern stattfinden. Das ist natürlich ihre eigene Angelegenheit. Rußland mischt sich nicht in solche Angelegenheiten ein und hat auch nicht die Absicht, dies zu tun. Anders als der Westen kümmern wir uns um unsere eigenen Angelegenheiten. Aber wir hoffen, daß der Pragmatismus siegen wird und der Dialog Rußlands mit dem echten, traditionellen Westen sowie mit anderen ebenbürtigen Entwicklungszentren einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer multipolaren Weltordnung leisten wird.

Multipolarität der Welt - die echte und einzige Chance

Ich füge hinzu, daß die Multipolarität eine echte und eigentlich die einzige Chance für Europa ist, seine politische und wirtschaftliche Identität wiederherzustellen. Um die Wahrheit zu sagen - und dieser Gedanke wird heute in Europa ausdrücklich geäußert - ist die Rechtsfähigkeit

Europas sehr begrenzt. Ich habe versucht, es milde auszudrücken, um niemanden zu beleidigen.

Die Welt ist von Natur aus vielfältig, und die Versuche des Westens, alle in das gleiche Schema zu pressen, sind eindeutig zum Scheitern verurteilt. Es wird nichts dabei herauskommen.

Das eitle Streben nach globaler Vorherrschaft und im Wesentlichen nach Diktat bzw. dem Erhalt der Führungsrolle durch Diktat schmälert in der Tat das internationale Ansehen der führenden Politiker der westlichen Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten, und verstärkt generell das Mißtrauen gegenüber ihrer Verhandlungsfähigkeit. Sie sagen heute das eine und morgen das andere; sie unterzeichnen Dokumente und widerrufen sie, sie machen, was sie wollen. Es gibt keine Stabilität in irgend etwas. Wie Dokumente unterzeichnet werden, was besprochen wurde, worauf wir hoffen können - all das ist völlig unklar.

Früher haben es nur wenige Länder gewagt, mit Amerika zu streiten, und es sah fast sensationell aus, während es jetzt zur Routine geworden ist, daß alle möglichen Staaten die unbegründeten Forderungen Washingtons zurückweisen, obwohl Washington weiterhin versucht, Druck auf alle auszuüben. Das ist eine verfehlte Politik, die zu nichts führt. Aber lassen Sie sie - auch das bleibt ihre Wahl.

Ich bin überzeugt, daß die Völker der Welt ihre Augen vor einer Politik des Zwangs nicht verschließen werden, die sich selbst diskreditiert hat. Jedes Mal wird der Westen einen höheren Preis für seine Versuche zahlen müssen, seine Hegemonie zu bewahren. Wäre ich eine westliche Elite, würde ich diesen Aspekt ernsthaft abwägen. Wie ich bereits sagte, denken einige Politikwissenschaftler und Politiker in den Vereinigten Staaten bereits darüber nach.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen des intensiven Konflikts werde ich bestimmte Dinge direkt ansprechen. Als unabhängige und eigenständige Zivilisation hat sich Rußland nie als Feind des Westens gesehen und sieht sich auch nicht als solcher. Amerikafeindlichkeit, Anglophobie, Frankophobie und Germanophobie sind die gleichen Formen von Rassismus wie Russophobie oder Antisemitismus und im Übrigen auch Fremdenfeindlichkeit in all ihren Erscheinungen.

Es gibt mindestens zwei Formen des Westens

Man muß sich einfach darüber im Klaren sein, daß es, wie ich bereits erwähnte, zwei Westen gibt - mindestens zwei, vielleicht auch mehr, aber mindestens zwei -, den Westen der traditionellen, vor allem christlichen Werte, der Freiheit, des Patriotismus, der großen Kultur und jetzt auch der islamischen Werte - ein wesentlicher Teil der Bevölkerung in vielen westlichen Ländern folgt dem Islam.

Dieser Westen ist uns in gewisser Weise nahe. Wir teilen mit ihm gemeinsame, sogar uralte Wurzeln. Aber es gibt auch einen anderen Westen - aggressiv, kosmopolitisch und neokolonial. Er agiert als Werkzeug der neoliberalen Eliten. Natürlich wird Rußland niemals mit den Diktaten eines solchen Westens übereinstimmen.

Nachdem ich im Jahr 2000 zum Präsidenten gewählt wurde, werde ich mich immer daran erinnern, was mich erwartete: Ich werde mich an den Preis erinnern, den wir für die Zerschlagung der Höhlen des Terrorismus im Nordkaukasus gezahlt haben, die der Westen zu jener Zeit beinahe offen unterstützte. Wir alle hier sind Erwachsene; die meisten von Ihnen in diesem Saal verstehen, wovon ich spreche. Wir wissen, daß genau das in der Praxis geschah: finanzielle, politische und informationelle Unterstützung. Wir alle haben es durchgemacht.

Der Westen hat Terrorismus nicht nur unterstützt

Mehr noch, der Westen hat Terroristen auf russischem Territorium nicht nur aktiv unterstützt, sondern diese Bedrohung in vielerlei Hinsicht großgezogen. Das wissen wir. Dennoch haben wir, nachdem sich die Lage stabilisiert hatte und die wichtigsten Terrorbanden auch dank der Tapferkeit des tschetschenischen Volkes besiegt worden waren, beschlossen, nicht umzukeh-

ren, nicht die Beleidigten zu spielen, sondern vorwärts zu gehen, Beziehungen auch zu denjenigen aufzubauen, die tatsächlich gegen uns vorgingen, Beziehungen zu allen zu knüpfen und zu entwickeln, die dies wollten, auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens und gegenseitiger Achtung.

Wir dachten, das sei im Interesse aller. Rußland hatte, Gott sei Dank, alle Schwierigkeiten dieser Zeit überstanden, war standhaft, wurde stärker, konnte mit dem Terrorismus von innen und außen fertig werden, seine Wirtschaft blieb erhalten, es begann sich zu entwickeln und seine Verteidigungsfähigkeit wurde immer besser. Wir haben versucht, Beziehungen zu den führenden Ländern des Westens und zur NATO aufzubauen. Die Botschaft war dieselbe: Laßt uns aufhören, Feinde zu sein, laßt uns als Freunde zusammenleben, laßt uns den Dialog aufnehmen, laßt uns Vertrauen und damit Frieden schaffen. Wir waren absolut aufrichtig, das möchte ich betonen. Wir waren uns über die Komplexität dieser Annäherung im Klaren, aber wir haben ihr zugestimmt.

Das Ziel des Westens hieß Vernichtung - nicht Kooperation

Was haben wir als Antwort erhalten? Kurz gesagt, wir erhielten ein "Nein" in allen wichtigen Bereichen der möglichen Zusammenarbeit. Wir erfuhren einen immer stärkeren Druck gegen uns mit Spannungsherden in der Nähe unserer Grenzen. Und was, wenn ich fragen darf, ist der Zweck dieses Drucks? Worin besteht er? Ist er nur zur Übung da? Nein, natürlich nicht. Das Ziel war es, Rußland verwundbarer zu machen. Das Ziel besteht darin, Rußland zu einem Werkzeug zu machen, um die eigenen geopolitischen Ziele zu erreichen.

Tatsächlich ist dies eine universelle Regel: Sie versuchen, jeden zu einem Werkzeug zu machen, um diese Werkzeuge für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Und diejenigen, die sich diesem Druck nicht beugen, die kein solches Werkzeug abgeben wollen, werden sanktioniert: Es werden alle möglichen wirtschaftlichen Restriktionen gegen sie und in Bezug auf sie durchgeführt, Putsche werden vorbereitet oder wenn möglich durchgeführt und so weiter. Und am Ende, wenn gar nichts getan werden kann, ist das Ziel dasselbe: sie zu vernichten, sie von der politischen Landkarte zu tilgen. Aber es ist nicht möglich und wird auch nie möglich sein, ein solches Szenario in Bezug auf Rußland zu konzipieren und auszuführen.

Was kann ich noch hinzufügen? Rußland fordert die westlichen Eliten nicht heraus. Rußland hält lediglich sein Recht auf Existenz und freie Entwicklung hoch. Wesentlich ist, daß wir selbst kein neuer Hegemon werden. Rußland versucht nicht, eine unipolare Welt durch eine bipolare, tripolare oder andere dominierende Ordnung oder die westliche Vorherrschaft durch eine Vorherrschaft aus dem Osten, Norden oder Süden ersetzen zu wollen. Dies würde unweigerlich in eine weitere Sackgasse führen.

Es gilt Fortschritt in alle Richtungen zu betreiben

An dieser Stelle möchte ich die Worte des großen russischen Philosophen Nikolai Danilewski zitieren. Er war der Meinung, daß der Fortschritt nicht darin besteht, daß alle in die gleiche Richtung gehen, wie es einige unserer Gegner zu wollen scheinen. Dies würde nur dazu führen, daß der Fortschritt zum Stillstand kommt, so Danilewski. Der Fortschritt sagte er, bestehe darin, "das Feld, das die historische Aktivität der Menschheit darstellt, in alle Richtungen zu durchschreiten", und fügte hinzu, daß sich keine Zivilisation anmaßen sollte, den Höhepunkt der Entwicklung darzustellen.

Ich bin überzeugt, daß Diktatur nur durch die freie Entwicklung der Länder und Völker begegnet werden kann; die Entwürdigung des Individuums kann durch die Liebe des Menschen als Schöpfer überwunden werden; primitive Vereinfachung und Verbote können durch die florierende Komplexität von Kultur und Tradition ersetzt werden.

Die neue Weltordnung muß auf Recht und Gesetz beruhen

Die Bedeutung des heutigen historischen Moments liegt in den Möglichkeiten eines demokratischen und eigenständigen Entwicklungswegs eines jeden, der sich gegenüber allen Zivilisa-

tionen, Staaten und Vereinigung der Integration auftritt. Wir glauben vor allem, daß die neue Weltordnung auf Recht und Gesetz beruhen und frei, unverwechselbar und fair sein muß.

Mißbrauch globaler Finanzstrukturen ist zu unterbinden

Auch die Weltwirtschaft und der Handel müssen fairer und offener werden. Rußland hält die Schaffung neuer internationaler Finanzplattformen für unumgänglich; dies schließt internationale Transaktionen ein. Diese Plattformen sollten über den nationalen Gerichtsbarkeiten stehen. Sie sollten sicher, entpolitisiert und automatisiert sein und nicht von einem einzigen Kontrollzentrum abhängen. Ist dies nun möglich oder nicht? Natürlich ist es möglich. Es wird jedoch große Anstrengungen erfordern. Viele Länder werden ihre Anstrengungen bündeln müssen, aber es ist möglich.

Dies schließt die Möglichkeit des Mißbrauchs in einer neuen globalen Finanzinfrastruktur aus. Sie würde es ermöglichen, effektive, vorteilhafte und sichere internationale Transaktionen ohne den Dollar oder eine der sogenannten Reservewährungen durchzuführen. Dies ist um so wichtiger, als der Dollar jetzt als Waffe eingesetzt wird; die Vereinigten Staaten und der Westen im Allgemeinen haben die Institution der internationalen Finanzreserven diskreditiert. Zuerst haben sie diese durch Inflation in der Dollar- und Eurozone entwertet und dann unsere Gold- und Währungsreserven genommen.

Über die Notwendigkeit einer neuen Finanzpolitik

Der Übergang zu Transaktionen in nationalen Währungen wird schnell an Dynamik gewinnen. Das ist unvermeidlich. Natürlich hängt es vom Status der Emittenten dieser Währungen und dem Zustand ihrer Volkswirtschaften ab, aber sie werden stärker werden, und diese Transaktionen werden sich zwangsläufig allmählich gegenüber den anderen durchsetzen. Dies ist die Logik einer souveränen Wirtschafts- und Finanzpolitik in einer multipolaren Welt.

Darüber hinaus verfügen die neuen globalen Entwicklungszentren bereits über unübertroffene Technologie und Forschung in verschiedenen Bereichen und können in vielen Bereichen erfolgreich mit westlichen transnationalen Unternehmen konkurrieren.

Es liegt auf der Hand, daß wir ein gemeinsames und sehr pragmatisches Interesse an einem freien und offenen wissenschaftlichen und technologischen Austausch haben. Wenn wir uns zusammenschließen, können wir mehr gewinnen, als wenn wir getrennt handeln. Die Mehrheit sollte von diesem Austausch profitieren, nicht einzelne superreiche Konzerne.

Wie sieht es heute aus? Wenn der Westen Medikamente oder Saatgut an andere Länder verkauft, sagt er ihnen, sie sollen ihre nationalen Pharmaindustrien und Auswahl vernichten. Im Grunde läuft es darauf hinaus, daß seine Lieferungen an Werkzeugmaschinen und Ausrüstungen die einheimische Maschinenbauindustrie zerstören. Das habe ich schon zu meiner Zeit als Premierminister erkannt.

Sobald man seinen Markt für eine bestimmte Produktgruppe öffnet, geht der lokale Hersteller sofort unter und es ist fast unmöglich für ihn wieder hoch zu kommen. Auf diese Weise bauen sie Beziehungen auf. Auf diese Weise übernehmen sie Märkte und Ressourcen, und die Länder verlieren ihr technologisches und wissenschaftliches Potential. Das ist kein Fortschritt, sondern Versklavung und Rückführung der Volkswirtschaften auf primitive Niveaus.

Fortschritt soll Ungleichheit verringern - nicht verstärken

Die technologische Entwicklung sollte die globale Ungleichheit nicht verstärken, sondern eher verringern. Auf diese Weise hat Rußland traditionell seine technologische Außenpolitik betrieben. Wenn wir zum Beispiel Kernkraftwerke in anderen Ländern bauen, schaffen wir Kompetenzzentren und bilden lokales Personal aus. Wir schaffen eine Industrie. Wir bauen nicht nur eine Anlage, sondern eine ganze Industrie. Wir geben anderen Ländern die Möglichkeit, in ihrer wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung neue Wege zu beschreiten, Ungleichheit zu verringern und ihren Energiesektor auf ein neues Niveau von Effizienz und Umweltfreundlichkeit zu bringen.

Ich möchte noch einmal betonen, daß Souveränität und ein eigener Entwicklungsweg keineswegs Isolation oder Autarkie bedeuten. Im Gegenteil, es geht um eine tatkräftige und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit, die auf den Grundsätzen der Fairneß und Gleichheit beruht.

Wenn es bei der liberalen Globalisierung darum geht, die ganze Welt zu entpersönlichen und ihr das westliche Modell aufzuzwingen, dann geht es bei der Integration im Gegensatz dazu darum, das Potential jeder Zivilisation zum Nutzen aller zu erschließen. Wenn Globalisierung ein Diktat ist - worauf sie letztlich hinausläuft -, dann ist Integration eine gemeinsame Anstrengung zur Entwicklung gemeinsamer Strategien, von denen alle profitieren können.

Über die großen Räume und multipolare Weltordnung

In dieser Hinsicht ist Rußland der Ansicht, daß die Mechanismen zur Schaffung großer Räume, die auf der Wechselwirkung zwischen benachbarten Ländern beruhen, deren Volkswirtschaften und Sozialsysteme sowie deren Ressourcen und Infrastrukturen sich gegenseitig ergänzen, stärker genutzt werden müssen. Diese großen Räume bilden in der Tat die wirtschaftliche Grundlage einer multipolaren Weltordnung. Ihr Dialog führt zu einer echten Einheit der Menschheit, die viel komplexer, einzigartiger und mehrdimensionaler ist als die vereinfachenden Vorstellungen einiger westlicher Vordenker.

Die Einheit der Menschheit läßt sich nicht durch Befehle wie "mach es wie ich" oder "sei wie wir" herstellen. Sie entsteht durch die Berücksichtigung der Meinung aller und durch eine sorgfältige Auseinandersetzung mit der Identität jeder Gesellschaft und jeder Nation. Dies ist das Prinzip, das einer langfristigen Zusammenarbeit in einer multipolaren Welt zugrunde liegen kann.

Überarbeitung der Struktur der Vereinten Nationen

In dieser Hinsicht könnte es sich lohnen, die Struktur der Vereinten Nationen, einschließlich ihres Sicherheitsrates, zu überarbeiten, um die Vielfalt der Welt besser widerzuspiegeln. Schließlich wird in der Welt von morgen viel mehr von Asien, Afrika und Lateinamerika abhängen, als heute allgemein angenommen wird, und diese Zunahme ihres Einflusses ist zweifelsohne eine positive Entwicklung.

Ich möchte daran erinnern, daß die westliche Zivilisation auch in unserem gemeinsamen eurasischen Raum nicht die einzige ist. Außerdem konzentriert sich die Mehrheit der Bevölkerung im Osten Eurasiens, wo die Zentren der ältesten menschlichen Zivilisationen entstanden sind. Der Wert und die Bedeutung Eurasiens liegen in der Tatsache, daß es einen autarken Komplex darstellt, der über enorme Ressourcen aller Art und enorme Möglichkeiten verfügt. Je mehr wir daran arbeiten, die Konnektivität Eurasiens zu erhöhen und neue Wege und Formen der Zusammenarbeit zu schaffen, desto beeindruckendere Ergebnisse werden wir erzielen.

Die erfolgreiche Arbeit der Eurasischen Wirtschaftsunion, die rasche Zunahme der Autorität und des Ansehens der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die groß angelegten "One Belt, One Road-Initiativen", die Pläne für eine multilaterale Zusammenarbeit beim Bau des Nord-Süd-Transportkorridors und viele andere Projekte sind der Beginn einer neuen Ära, einer neuen Etappe in der Entwicklung Eurasiens.

Dessen bin ich mir sicher. Die dortigen Integrationsprojekte stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzen sich - natürlich nur, wenn sie von den Nachbarländern in ihrem eigenen Interesse durchgeführt werden und nicht von äußeren Kräften mit dem Ziel eingeführt werden, den eurasischen Raum zu spalten und in eine Zone der Blockkonfrontation zu verwandeln.

Viele Führer Europas haben sich zu Vasallen gemacht

Europa, das westliche Ende von Groß-Eurasiens, könnte auch zu seinem natürlichen Teil werden. Doch viele seiner Führer sind von der Überzeugung beseelt, daß die Europäer den anderen überlegen sind und daß es ihnen nicht zusteht, sich als Gleichberechtigte an Unterneh-

mungen mit anderen zu beteiligen. Diese Arroganz hindert sie daran, zu erkennen, daß sie selbst zu einer fremden Peripherie geworden sind und sich faktisch in Vasallen verwandelt haben ohne ihr Recht zu bestimmen.

Kollegen,

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat das Gleichgewicht der geopolitischen Kräfte gestört. Der Westen fühlte sich als Sieger und rief eine unipolare Weltordnung aus, in der nur sein Wille, seine Kultur und seine Interessen die Existenzberechtigung fanden.

Die Menschheit steht vor einer Wende des Weltgeschehens

Nun geht diese historische Periode der grenzenlosen Vorherrschaft des Westens im Weltgeschehen zu Ende. Die unipolare Welt ist dabei, der Vergangenheit anzugehören. Wir befinden uns an einem historischen Scheideweg. Wir stehen vor dem wahrscheinlich gefährlichsten, unvorhersehbarsten und gleichzeitig wichtigsten Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Der Westen ist nicht in der Lage, die Menschheit im Alleingang zu regieren, und die Mehrheit der Nationen will sich das nicht länger gefallen lassen. Dies ist der Hauptwiderspruch der neuen Ära. Um einen Klassiker zu zitieren, handelt es sich zu gewissen Maß um eine revolutionäre Situation - die Eliten können und die Bevölkerung will so nicht länger leben.

Dieser Zustand ist mit globalen Konflikten oder einer ganzen Kette davon verbunden, die eine Bedrohung für die Menschheit darstellen, auch für den Westen selbst. Die Hauptaufgabe der Geschichte besteht heute darin, diesen Widerspruch konstruktiv und positiv aufzulösen.

Es gilt die Symphonie menschlicher Zivilisation zu schaffen

Der Wechsel der Epochen ist ein schmerzhafter, wenn auch natürlicher und unvermeidlicher Prozeß. Eine zukünftige Weltordnung nimmt vor unseren Augen Gestalt an. In dieser Weltordnung müssen wir jedem zuhören, jede Meinung, jede Nation, Gesellschaft, Kultur und jedes System von Weltanschauungen, Ideen und religiösen Konzepten berücksichtigen, ohne jemandem eine einzige Wahrheit aufzuzwingen. Nur auf dieser Grundlage und im Bewußtsein unserer Verantwortung für die Geschicke der Nationen und unseres Planeten werden wir eine Symphonie der menschlichen Zivilisation schaffen.

An dieser Stelle möchte ich meine Ausführungen mit einem Dank für Ihre Geduld, die Sie beim Zuhören aufgebracht haben, schließen.

Ich danke Ihnen vielmals!

Übersetzung aus dem Russischem: UNSER MITTELEUROPA.<<

Das deutsche "Globkult Magazin" berichtete am 7. November 2022: >>**Michael Wolski: 1989 Mauerfall Berlin Auftakt zum Verfall der Sowjetunion**

Von Wolfgang Rauprich

Als Markus Wolf 1986 vorzeitig seinen Generalsrock an den Nagel hing und den Dienst als Chef der Hauptabteilung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR quittierte, ahnte mancher wache Beobachter in diesem Land und sicher auch anderswo, daß da mehr dahintersteckte als die Ambition dieses Mannes, Kochbücher zu schreiben und sein Altenteil zu genießen. Was wurde nicht alles spekuliert über die Hintergründe. Waren es seine Mißerfolge in den Jahren zuvor, die unter anderem dazu führten, daß der "Mann ohne Gesicht" kenntlich wurde? Waren es seine zweifellos vorhandenen amourösen Abenteuer, die, wie der Spiegel später kolportierte, den spröden Stasi-Chef Erich Mielke dazu bewegten, ihn aus dem Apparat zu drängen?

Oder war es doch Wolf selbst, der diesen Abgang ganz zielgerichtet betrieb, um völlig andere Absichten effektiver verfolgen zu können? Als mit allen Wassern gewaschener Geheimdienstler wußte Wolf längst, daß die DDR als Staat nicht zu halten sein würde, da sich auch der große Bruder Sowjetunion bereits in einem Abwärtssog befand, aus dem es kein Entrinnen mehr gab. Von alledem und mehr handelt das Buch von Michael Wolski 1989 Mauerfall in

Berlin mit dem Untertitel Auftakt zum Zerfall der Sowjetunion.

Waren manche Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 keine Zufälle?

Ein Blick auf die zeitliche Parallelität der Aktivitäten führender Genossen in Moskau im Jahr 1986 gibt zumindest einen Hinweis darauf, das spätere Ereignisse der Jahre 1989 und 1990, die zum Ende der DDR führten, keine Zufälle waren, und ein Markus Wolf durchaus in solche Aktivitäten eingebunden gewesen sein könnte. Er war bestens vernetzt in Politik und in Sicherheitskreise der Sowjetunion.

Als Emigrantenkind war er dort aufgewachsen, sprach russisch so gut wie seine Muttersprache und verfügte im KGB über einen exzellenten Ruf als herausragender Geheimdienstler. Wer, wenn nicht er, war also besser geeignet in Pläne eingebunden zu werden, die das Ende der DDR zum Ziel hatten. Nicht zuletzt deuten die bis heute undurchsichtigen Machenschaften der Gruppe "Luch" (Strahl), einer Sondereinheit des KGB, die in der DDR operierte, in diese Richtung.

Michail Gorbatschow war ein Jahr zuvor zum Generalsekretär der KPdSU gekürt worden. Er verkündete nicht nur Glasnost und Perestroika, sondern zog auch Bilanz zur Situation der Sowjetunion mit dem Ergebnis, daß dieser Staat der Arbeiter und Bauern politisch, wirtschaftlich am Ende, ideologisch ausgebrannt und in der Staatengemeinschaft, nicht zuletzt wegen des Afghanistankrieges, weitgehend isoliert war.

Aus der Sicht des Generalsekretärs rückte der Untergang dieses Riesenreichs immer näher. Da wurden die Satellitenstaaten, insbesondere die DDR, nicht mehr als wichtige Verbündete betrachtet, sondern als Klötze am Bein, die es loszuwerden galt, um die Sowjetunion zu retten. Eduard Schewardnadse, Gorbatschows Außenminister, war es schließlich, der bereits 1986 mit einer Aussage zur Notwendigkeit der deutschen Einheit zitiert wird.

Blick in die Geschichte bis zum Hitler-Stalin-Pakt

Es ist diese Ausgangssituation, von der aus Michael Wolski in seinem Buch 1989 Mauerfall in Berlin mit dem Untertitel Auftakt zum Zerfall der Sowjetunion eine Reihe auffälliger Geschehnisse rund um die plötzliche Grenzöffnung am 9. November 1989 beleuchtet. Bei einer anderen griff der Autor in die Geschichte zurück, bis zum Hitler-Stalin-Pakt, der 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschlossen wurde.

Die Existenz der dazu gehörenden Geheimprotokolle hat die KPdSU jahrzehntelang bestritten. Wenn es nun aber darum gehen sollte, sich die allein nicht lebensfähige DDR vom Hals zu schaffen und damit notwendigerweise die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen, gab es ein gravierendes Problem, welches mit eben diesem, auch als "Nichtangriffspakt" geführten Dokument nebst seinen Zusatzprotokollen zu tun hat.

In dem Vertragswerk regelten diese beiden großen europäischen Diktaturen nichts weniger als weite Teile Mittel- und Osteuropas untereinander aufzuteilen. Für die Sowjetunion galt diese Aufteilung bis 1990 weiter, nicht so für das Deutsche Reich, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs besetzt und schließlich als Staat liquidiert wurde.

Die Besatzung betraf auch das nördliche Ostpreußen, später als Gebiet Königsberg beziehungsweise Kaliningrad bezeichnet. Nun durfte die Sowjetunion alle Territorien behalten, die ihr im Hitler-Stalin-Pakt und den zugehörigen Zusatzprotokollen zugesprochen wurden. Für andere besetzte Gebiete des Deutschen Reichs, wie das um Königsberg, blieb der Sowjetunion nur die zeitweise treuhänderische Verwaltung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, wengleich Stalin diesen Teil Ostpreußens ohne langes Federlesen in die Sowjetunion eingliedert hatte.

Dennoch durfte er nicht einfach annektiert werden, so die Vereinbarung zwischen den vier Alliierten. Doch auf keinen Fall sollte Kaliningrad in die Verhandlungsmasse einer möglichen deutschen Wiedervereinigung oder eines Friedensvertrages fallen. So erklärt Wolski den Hin-

tergrund für die geheimen Aktivitäten der Sowjetunion zur vollständigen und möglichst geräuschlosen Annullierung des Hitler-Stalin-Pakts als Ganzem, also auch der Vertragsbestandteile, die es angeblich nie geben hat. Der Autor erkennt darin sogar das zentrale Motiv maßgeblicher Teile der Sowjetführung, das Ende der DDR aktiv voranzutreiben.

Im Widerspruch zur offiziellen Geschichtsschreibung

Und er geht noch einen Schritt weiter. Wolski führt im Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt die These ein, daß Stalin längst einen Angriff auf das Deutsche Reich geplant habe, Hitler ihm mit dem Überfall auf die Sowjetunion lediglich zuvor gekommen sei.

Dazu verweist er auf den Historiker Stefan Scheil, auf Schriften von Viktor Suworow, einem ehemaligen Militärnachrichtendienstler der Sowjetarmee sowie auf ein ebenso faktenreiches wie lesenswertes Buch von Bernd Schwipper mit dem Titel Deutschland in Visier Stalins. Bemerkenswert daran ist, daß Schwipper, mehr noch als Wolski, der Führungselite der DDR angehörte.

Als Generalmajor der Nationalen Volksarmee der DDR und als Militärhistoriker hatte er tiefe Einblicke in manche besonderen militärischen Zusammenhänge zwischen der Sowjetunion und der DDR, die er 1990 in seinen damals noch möglichen Archivrecherchen in Moskau mit besonderem Blick auf den Hitler-Stalin-Pakt und die wahren Absichten des Woschd - so ließ sich Stalin als Führer nennen - noch vertiefen konnte (siehe: Schwipper, Bernd, 2015, Deutschland in Visier Stalins). Auch den Historiker Bogdan Musial führt Wolski an, der ebenfalls hierzu gearbeitet hat. (siehe: <https://www.welt.de/politik/article1799869/Stalins-Angriffsplaene-fuer-den-Westen.html>)

Wolski hat diese Motivstränge verfolgt und meint, an deren Verästelungen eine gewaltige geheimdienstliche Operation erkennen zu können, die schließlich zum Mauerfall geführt habe und im Resultat zur deutschen Wiedervereinigung. Manchem Mitstreiter der DDR-Bürgerbewegung überbringt er damit eine verstörende Botschaft. Insbesondere aber stellt er sich mehrfach quer zur offiziellen Geschichtsschreibung. In dieser gilt der Mauerfall als Zufallsergebnis im Gefolge der Friedlichen Revolution. Gravierend erscheinen Wolskis Interpretationen rund um den Hitler-Stalin-Pakt und um dessen Annullierung.

Als komplettes No-Go gilt in der Geschichtsschreibung die Hypothese von Stalins Angriffsplänen gegen das Deutsche Reich. Dennoch greift der Autor nicht irgendwelche Behauptungen aus der Luft, sondern führt eine Vielzahl von Indizien auf, die er zur Kette verknüpft. Erst anhand einer solchen Indizienkette werden Vorgänge und Zusammenhänge plausibel, die in der Einzelbetrachtung als Zufälle abgetan werden könnten.

Doch wie steht es mit Beweisen? Hier tut sich Wolski zwangsläufig schwer, geht es doch um geheimdienstliche Operationen, die ihrer Natur nach der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Dabei hofft er auf kommende Archivöffnungen in Rußland. Das könnte aber das Warten auf den Sankt Nimmerleinstag sein, zumal auch Putins heutiges Rußland kaum ein Interesse daran haben dürfte, daß solche Geheimoperationen, sollte es sie gegeben haben, ans Licht der Öffentlichkeit gelangen.

Der Autor als Insider des DDR-Apparats

Man kann den Autor getrost als Insider des DDR-Apparates bezeichnen, zumindest des Teils, der der Devisenerwirtschaftung für diesen chronisch klammen Staat diente: dem von Alexander Schalck-Golodkowski geleiteten Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo). Im Internationalen Handelszentrum in Ostberlin hatten die Devisenbeschaffer ihr Domizil. Dort war auch Wolski tätig, als Verkaufsrepräsentant der Europa-Tochter des Weltkonzerns 3M mit Sitz in der Schweiz. Die großen Westfirmen holten sich gern ihre Mitarbeiter für die DDR aus der Trans Inter GmbH, einem Unternehmen für Arbeitnehmerüberlassung, das zur KoKo gehörte.

Wolski schreibt selbst, daß es damals etwa fünfundzwanzig sogenannte kommerzielle Mitar-

beiter in den Büros ausländischer Firmen im Internationalen Handelszentrum gegeben habe, die alle von Trans Inter kamen. Man erhielt von dort qualifizierte Außenhändler zum günstigen Preis - natürlich in konvertibler Valuta - mit guten Beziehungen zu wichtigen Entscheidungsträgern.

Michael Wolski muß für seinen Auftraggeber gute Arbeit geleistet haben, schickte ihn doch der Konzern, nachdem es keine KoKo und keine DDR mehr gab als Repräsentant nach Moskau. Gewiß war er auch ein wacher Beobachter, der frühzeitig registrierte, in welchem Zustand sich die DDR bereits gegen Ende der 1970er Jahre befand und der durchaus besser als mancher andere DDR-Bürger absehen konnte, daß das fortlaufende Zehren von der Substanz schon bald an seine Grenzen stoßen würde. Indirekte Hinweise, daß er sich von der herrschenden Ideologie emanzipierte, gibt Wolski mehrfach, aber zurückhaltend, mit Hinweisen auf eine gewisse Hinwendung zur Marktwirtschaft.

Eine andere Deutung von Schabowskis konfusem Auftritt

Der Autor beginnt seine Darlegungen zum Mauerfall dort, wo das Geschehen seinen Lauf nahm: in der Pressekonferenz von Günter Schabowski am Abend des 9. November 1989. Schabowski war nicht irgendein subalternen Verkünder von Nachrichten, sondern kam als Mitglied des Politbüros der SED von ganz oben. Offenbar um die Bedeutung seines Auftritts zu unterstreichen, hatte er zudem drei weitere Mitglieder des Zentralkomitees der Staatspartei zu der Pressekonferenz mitgebracht. Anfangs verlief diese so, wie man es von derartigen Verkündungsveranstaltungen in der DDR gewohnt war: Die Journalisten langweilten sich die meiste Zeit mit allerlei Politplattitüden.

Erst am Ende kam zur Sprache, was schließlich zur Maueröffnung führte. Und Wolski identifiziert einen Stichwortgeber: den italienischen Journalisten Riccardo Ehrmann. Er habe den obersten Informationspolitiker der DDR zu seinem schicksalhaften Spruch zum Inkrafttreten einer neuen, anlaßunabhängigen und genehmigungsfreien Reiseregulierung für DDR-Bürger animiert: "Das trifft nach meiner Kenntnis, ist das sofort, unverzüglich ..." Damit hatte er eine falsche Information weitergegeben, denn eigentlich besagte die Regelung, daß sich DDR-Bürger in dem Meldestellen einen Genehmigungsstempel hätten abholen müssen.

Anders als andere Interpreten dieses Meetings bewertet Wolski den konfus erscheinenden Auftritt Schabowskis nicht als verwirrte und unvorbereitete Stammelei, sondern als beabsichtigte Schauspielerei. Er bemüht zu diesem Zweck den Sprechzettel Schabowskis, auf dem dessen Notizen genau diesen Verlauf der Pressekonferenz ablesbar machen würden. Tatsächlich steht dort sogar hervorgehoben, daß gegen Ende eine Frage vom ZK-Mitglied zu beantworten sei. Notiert ist auch das Verlesen einer Reiseregulierung, für die es eine Sperrfrist bis zum 10. November gab, die Schabowski aber offenbar nicht einzuhalten gedachte.

Riccardo Ehrmann hat später behauptet, seine Frage auf Bitten einer hochgestellten Persönlichkeit gestellt zu haben. Allerdings nahm er diese Aussage wieder zurück, was der Autor für wenig glaubhaft hält. Alles in allem meint Wolski, hinter der Pressekonferenz ein Drehbuch zu erkennen. Schabowski sei zu sehr Vollprofi gewesen, um gewissermaßen aus Versehen den Mauerfall zu initiieren. Vielmehr könne das nur mit voller Absicht so inszeniert worden sein.

Der höchste Feiertag der Sowjetunion und die Maueröffnung

Wolski konzentriert sich aber nicht nur auf den Verlauf der Pressekonferenz, sondern beleuchtet deren Rahmenbedingungen: Warum mußte die Pressekonferenz am 9. November stattfinden? Warum wurde sie am Abend zu einem Zeitpunkt anberaumt, als die ZK-Sitzung, über deren Ergebnisse zu berichten gewesen wäre, noch gar nicht beendet war? Warum dauerte die ZK-Sitzung, die am nächsten Tag fortgesetzt werden sollte, an dem Abend zweieinhalb Stunden länger als geplant?

Seine Erklärung bezieht sich auf zwei enge Zeitkorridore, einen in Berlin für den Abend des 9. November und einen der Sowjetunion rund um das besagte Datum generell. Wobei der

Letztere für ihn der entscheidende ist, um die zeitlichen Zusammenhänge überhaupt zu verstehen.

Entsprechend erläutert er, daß der 7. November der höchste Feiertag der Sowjetunion war, der Tag der Oktoberrevolution. Und dieser führte 1989 zu einer ganz speziellen Konstellation: Der Feiertag fiel auf einen Dienstag, traditionell war damals auch der darauf folgende Tag arbeitsfrei. Erfahrungsgemäß sei an den Brückentagen bis zum Wochenende mit lediglich verminderten Aktivitäten des Machtapparates zu rechnen, auch in den sowjetischen Einrichtungen in der DDR. Wichtiger sei noch die Tatsache, daß stets um den 7. November alle Einheiten der sowjetischen Streitkräfte in der DDR vollständig kaserniert wurden, 1989 vom 6. bis 13. November.

Damit seien in diesem Zeitraum, so der Autor, wichtige sowjetische Entscheidungsträger in Moskau und Berlin nur eingeschränkt handlungsfähig gewesen. Er sieht dies als Grundvoraussetzung für das Gelingen der Maueröffnung.

Hinzu kommt der andere Zeitkorridor, der in Berlin von den im "Drehbuch" dafür vorgesehenen Personen geöffnet werden mußte. Dabei stand die Sitzung des Zentralkomitees der SED im Mittelpunkt, die für den 9. und 10. November geplant war. Am 9. November sollte die Sitzung ursprünglich um 18 Uhr beendet sein, tatsächlich aber dauerte sie bis gegen 20.45 Uhr an. Hier geht Wolski davon aus, daß Kräfte des KGB, die innerhalb der SED-Führung verdeckt tätig waren, für diese mehr als zweieinhalbstündige Verlängerung gesorgt hätten.

Der Grund: Da das ZK abgeschirmt tagte, seien hochrangige Genossen, insbesondere von Staatssicherheit, Polizei und Armee, kaum entscheidungsfähig gewesen. Bezieht man die Rückfahrzeiten nach der Sitzung mit ein, dann wären die meisten ZK-Mitglieder bis etwa 22.30 Uhr paralysiert gewesen.

In dem Zeitkorridor, in dem die Führungsriege weitgehend an einem Ort abgeschirmt und von der Kommunikation mit ihren Organen abgeschnitten war, mußte die Grenzöffnung erfolgen. Und sie mußte als Massenanziehung funktionieren, damit sie nur noch mit heftiger Waffengewalt rückgängig gemacht werden konnte. Der Schießbefehl - darauf weist Wolski explizit hin - sei zu diesem Zeitpunkt aber bereits suspendiert gewesen.

In diesem Zusammenspiel von Rahmenbedingungen in der Sowjetunion und der DDR, der exakten Abstimmung von zeitlichen Abläufen in Schabowskis Pressekonferenz - wann was gesagt wurde - mit der Verlängerung der Sitzung des ZK der SED, erkennt Wolski ein klares Drehbuch, welches zudem erfolgreich in Szene gesetzt wurde. Mit dieser Maueröffnung - Mauerfall wäre der falsche Terminus, denn die Mauer fiel erst wesentlich später - sieht er das Ende der deutschen Teilung, aber vor allem das Ende der Sowjetunion initiiert.

Ein Diplomat der Sowjetunion als Ruheständler in Köln

Schließlich bringt der Autor noch einen wichtigen Akteur ins Spiel, der als die graue Eminenz der sowjetischen Deutschlandpolitik gilt: Wladimir Semjonowitsch Semjonow. Zum Verständnis der Persönlichkeit dieses Spitzendiplomaten in den 1970er und 1980er Jahren legt Wolski dessen Werdegang im diplomatischen Dienst seit Stalin bis zu seinem endgültigen Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1991 dar. Der Begriff "endgültiger Ruhestand" ist hier erforderlich, denn neben anderen interessanten Details aus dem Leben des Botschafters stellt Wolski anhand der Lektüre von Semjonows Memoiren fest, was in offiziellen Lebenslauf-Tabellen, also auch in der deutschen Wikipedia, ausgelassen wird.

Nämlich, daß er 1986 als Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland zwar in den Ruhestand versetzt wurde, sich kurz danach jedoch in Köln niederließ und offenbar inoffiziell weiterhin einer außerordentlichen Botschaftertätigkeit für sein Land nachging, eben bis 1991. Offiziell galt Semjonow als Privatier in der westdeutschen Domstadt und als Kunstsammler. Beides war ungewöhnlich für einen Bürger der Sowjetunion, der auch als Ex-Diplomat nicht einfach so seinen Wohnsitz in einem westlichen Land nehmen konnte. Und

bei der Betrachtung des Salärs, welches der sowjetische Staat seinen Diplomaten gewährte, dürfte Sammlertum in jenem Maß, wie es Semjonow zugemessen wurde, illusorisch sein.

Letzteres erklärt Wolski als Ablenkungsmanöver der sowjetischen Seite, um das schlechte Image des Botschafters als "Pate" der DDR aufzubessern. Umstritten war Semjonow vor allem als Initiator der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone von 1945, durch seine Rolle bei der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 und als Mitarchitekt der Berliner Mauer. So beschreibt der Autor, wie Semjonow mit einem Teil einer Sammlung in der Sowjetunion verfemter Kunstwerke ausgestattet wurde, die aus dem Besitz eines tatsächlichen Sammlers stammten, der für deren teilweise Überlassung das Land verlassen durfte.

So konnte der neue Botschafter öffentliche Ausstellungen mit Werken bedeutender russischer Künstler ausstatten, die zuvor kaum jemand gesehen hatte. Die Verschiebung des Aufmerksamkeitshorizonts weg von Kalten Krieger zum Kunstmäzen, so Wolski, sei insbesondere dank der westdeutschen Medien durchaus gelungen.

Bei Semjonows zweitem Auftritt in der Bundesrepublik als Kunstsammler in Köln sei er mit einem speziellen Auftrag, eventuell sogar direkt vom damaligen Außenminister Schewardnadse, ausgestattet gewesen: das Ende der DDR und in letzter Konsequenz das Ende der Sowjetunion einzuleiten.

Hier kommt nun zu guter Letzt der US-Spitzendiplomat Vernon Walters ins Spiel, der im April 1989 als neuer Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn antrat. Wolski geht davon aus, daß die beiden diplomatischen Schwergewichte Semjonow und Walters alle späteren Abkommen zur deutschen Einheit vorbereitet und weitgehend bis zur Unterschriftsreife ausgehandelt haben. Die Voraussetzungen aber zur Umsetzung habe der KGB mit seinen Helfern in der DDR mit der Grenzöffnung am 9. November 1989 geschaffen.

Die Friedliche Revolution allenfalls in Nebensätzen

Michael Wolski will mit seinem Buch einen anderen Zugang zu den Ereignissen um den 9. November 1989 und einen neuen Blick auf die Maueröffnung anregen, der der offiziellen Geschichtsschreibung weitgehend widerspricht.

Aus Mangel an direkten Belegen für die meisten der von ihm herausgearbeiteten Zusammenhänge wendet er sich einer interpretativen Methodik zu, mit der er reale Ereignisse, Verhaltensweisen und Aussagen von Akteuren, staatliches, politisches, ja geschichtspolitisch motiviertes Handeln mit eigenen Erfahrungen und einem bestimmten Insiderwissen zu synchronisieren versucht. Man kann ihm zugestehen, daß ihm dies gelungen ist.

Ebenso erscheint das höchst komplexe Geflecht von KGB-Operationen, der Rolle von Markus Wolf, dem exakten situativen Timing von ZK-Sitzung und Schabowskis Pressekonferenz und von diplomatischen Ränkespielen, das Wolski aufspannt, durchaus schlüssig. Dabei fällt auf, daß bei ihm die Friedliche Revolution allenfalls in Nebensätzen eine Rolle spielt.

Das mag daran liegen, daß er damit als einstiger Trans-Inter-Mann eher weniger am Hut hatte, oder auch daran, daß er der Bürgerbewegung der DDR im Zusammenhang mit der Maueröffnung vom 9. November 1989 eine geringere Bedeutung zuerkennt. Tatsächlich ist zu konstatieren, daß der Ansturm von tausenden DDR-Bürgern auf die Grenzübergänge in Berlin nichts mit der Bürgerbewegung zu tun hatte, von dieser erwiesenermaßen weder initiiert noch befürwortet wurde.

Ganz im Gegenteil waren die führenden Kräfte in Neuem Forum, Demokratischem Aufbruch, Demokratie jetzt und anderen Oppositionsgruppen meist konsterniert von dieser Wendung, weil dadurch deren Intention, einen demokratischen Rechtsstaat in einer eigenständigen DDR aufzubauen, weitgehend obsolet und ihre Fehleinschätzung über den tatsächlichen Willen des Volkes offenbar wurde. Hatten doch diese Bürger bereits auf der Großdemonstration vom 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz einer wie auch immer gearteten und gewendeten DDR eine klare Absage erteilt.

Gleichwohl waren es jene hunderttausende Bürger, die seit Oktober 1989 montags auf die Straßen der großen und später auch der kleineren Städte gegen das SED-Regime gingen, die die Voraussetzungen für den möglicherweise KGB-Coup erst schufen. Ohne diese Friedliche Revolution (man mag ja mit diesem Begriff hadern, doch besser als die von Egon Krenz eingebrachte "Wende" ist er allemal) und ohne die starke Bürgerbewegung, die solange demonstrierte, bis das Regime zu Fall gebracht war, wäre die Maueröffnung mit oder ohne Geheimdiensthintergrund nicht möglich gewesen.

Andererseits kam schon früh der Verdacht auf, daß diese Friedliche Revolution zumindest zu Teilen von der Stasi, vielleicht auch von anderen Geheimdiensten wenn schon nicht gesteuert, so doch beeinflußt war. Dazu trugen vor allem führende Figuren der DDR-Opposition bei, allen voran Wolfgang Schnur (Demokratischer Aufbruch) oder Ibrahim Böhme (Sozialdemokratische Partei der DDR SDP), die später als Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit geoutet wurden.

Auch die gescheiterten Versuche von Markus Wolf, sich der Bürgerbewegung anzubiedern, hatten daran ihren Anteil. Allerdings erreichte die Bewegung sehr schnell eine so hohe Dynamik, daß eine Steuerung der Gesamtereignisse kaum mehr möglich gewesen wäre. Ein Einzelereignis wie die Maueröffnung gezielt durch geheimdienstliche Aktivitäten herbeizuführen, lag aber durchaus im Bereich des Möglichen, insbesondere wenn dahinter der Gedanke gestanden hätte, die beiden deutschen Staaten zu vereinigen.

Schließlich markierte der 9. November den Wendepunkt von dem Leitspruch der Montagsdemonstrationen Wir sind das Volk zu dem Slogan Wir sind ein Volk als anschwellende Forderung nach einem geeinten Deutschland.

Das Ende der Sowjetunion und ein Schlußstrich aus Mangel an Beweisen

Gab es jedoch die von Wolski postulierte Tragweite bis zum Ende der Sowjetunion? Der Schlußstrich unter das Riesenreich wurde am 7. Dezember 1991 bei einem geheimen Treffen in der Staatsdatscha Wiskuli in Belorußland gezogen. Dort trafen sich die Staatsoberhäupter Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands, Boris Jelzin, Leonid Krawtschuk und Stanislaw Schuschekewitsch. Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion hatte zu jenem Zeitpunkt nur noch geringen Einfluß.

Geschwächt durch den Putschversuch von Teilen des KGB und der Sowjetarmee vom August 1991, mußte er zusehen, wie ihm Jelzin immer mehr Macht aus den Händen nahm. Im Gegensatz zu seinem hohen Ansehen im Westen war sein Rückhalt im eigenen Volk weitgehend geschwunden. So vereinbarten die drei führenden Politiker der Sowjetrepubliken die Gründung von 15 unabhängigen Staaten und mithin die Auflösung der Sowjetunion. Am 21. Dezember 1991 wurde die "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" proklamiert, am 25. Dezember trat Michail Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion zurück und am 31. Dezember 1991 hörte die Sowjetunion offiziell auf zu existieren.

Sollte dieser wahrhaft historische Vorgang tatsächlich mit der Maueröffnung von Berlin initiiert worden sein? Wohl kaum! Die Sowjetunion war lange vor Gorbatschows Machtantritt marode und von Fliehkräften im Inneren gezeichnet. Versuche, durch Glasnost und Perestrojka Entlastung zu schaffen, blieben angesichts der erdrückenden wirtschaftlichen Probleme und der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung marginal.

Der Untergang folgte einer inneren Logik, die sich entlang der Bruchlinien einer dysfunktionalen Planwirtschaft Bahn brach, die von einem überbordenden militärisch-industriellen Komplex nebst einer selbstgewissen aber weitgehend unfähigen Ideologen- und Funktionärskaste dominiert wurde. Da bedurfte es nur passender Anlässe, wie der Umbrüche in Polen, in der Tschechoslowakei und in der DDR, um den Zusammenbruch herbeizuführen.

Daß dabei auch Geheimdienste, allen voran der KGB, mitgemischt haben, sollte nicht verwundern. Ebenso dürfte das für die Maueröffnung zutreffen, mit der in der Tat das Tor zur

Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten weit aufgestoßen wurde. Ob dies so stattfand, wie es Michael Wolski beschrieben hat, erscheint angesichts der Praktiken von Geheimdiensten wie KGB oder MfS zu Teilen zwar plausibel, mag aber dennoch dahingestellt bleiben, weil nichts davon wirklich beweisbar ist.

Für die kommenden 30 Jahre ist eher nicht mit einer Öffnung der diesbezüglichen Archive in Moskau zu rechnen, wo sich eventuell Beweise für Wolskis Hypothese finden könnten. Also wird weiter der vorläufige Schlußstrich unter diesen Vorgängen und damit die offizielle Version der Geschichtsschreibung gelten: Schabowski hat sich "verstammelt", die Grenzer an der Bornholmer Straße haben ad hoc gehandelt und ansonsten hatte "Genosse Zufall" überall seine Hände im Spiel.

Michael Wolski: 1989 Mauerfall Berlin Auftakt zum Verfall der Sowjetunion, Berlin (Selbstverlag) 2021, 197 Seiten ... <<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 9. November 2022 (x1.183/...): >>**Valdai Forum, Teil II: Präsident Putin antwortet auf brennende Fragen der Zeit**

Unser Mitteleuropa veröffentlichte bereits das Transkript der denkwürdigen Rede von Wladimir Putin, gehalten am Valdai Forum in Moskau am 27.10.2022

Nach der Rede des russischen Präsidenten erhielten Teilnehmer des Forums Gelegenheit hochkarätige Fragen zur gegenwärtigen Krise des Weltgeschehens und zu den globalen Zukunftsaussichten an den russischen Präsidenten persönlich zu richten. Putin zählt zu den herausragenden Staatsmännern unserer Zeit, der es versteht, selbst auf schwierigste Fragen von Politexperten präzise Antworten auf den Punkt, ganz aus dem Stehgreif, zu geben.

Putins Auftritt erstreckte sich über mehr als drei Stunden. Dies bot dem Präsidenten die Gelegenheit auf viele brennende Fragen unserer Zeit ausführlich einzugehen.

Doch nicht nur das: Wladimir Putin nutzte die Gelegenheit dem Präsidenten Frankreichs über diplomatische Gepflogenheiten, wie sie unter hohen staatlichen Vertretern normalerweise üblich sind, öffentlich aufzuklären. An einem weiteren Fauxpas zeigt Putin auf, daß sein französischer Gegenüber sich zuvor schon bei anderer Gelegenheit als politisch handlungsunfähig erwiesen hatte.

Daß es zu solchen Verfallserscheinungen kommen konnte, zeigt klar und deutlich, wie weit das politische Niveau westeuropäischer Staatführungen mittlerweile gesunken ist. Die unerträglichen Novizen im deutschen Bundeskanzleramt stellen keinen Einzelfall mehr dar. Vielmehr scheint sich besagter Abwärtstrend der diplomatischen Handlungsfähigkeit von Staatskanzleien verschiedener EU-Mitgliedsstaaten rasant und flächendeckend auszuweiten.

Noch klar denkende Bürger Europas werden sich besorgt existentielle Fragen stellen, wie:

- Wieviel tiefer können Staatsführungen des EU-Raumes noch sinken?
- Läßt sich der Niedergang der sogenannten westlichen "Wertegemeinschaft" noch aufhalten?

Unser Mitteleuropa veröffentlicht in diesem Teil II zur Veranstaltung des Valdai Forums in Moskau das Transkript zur Fragerunde mit dem russischen Präsidenten in deutscher Übersetzung. Es liefert Antworten zu Themen, die westliche Medien gerne verschweigen:

Wladimir Putin zu Fragen der Globalpolitik & Zeitenwende im Wortlaut:

Fjodor Lukyanov: Vielen Dank, Herr Präsident, für Ihre so umfassende Rede (siehe Teil I)

Ich kann das Fazit nur spontan ziehen, als Sie die revolutionäre Situation erwähnten und von denen, die an der Spitze und unten stehen, sprachen: Die etwas älteren unter uns haben das alles in der Schule gelernt. Welcher Gruppe fühlen Sie sich mehr verbunden? Mit der oben oder der unten (in der Gesellschaft)?

Wladimir Putin: Mit denen unten - ich komme natürlich von unten.

Wie Sie wissen - ich habe es oft gesagt, daß ich aus einer Arbeiterfamilie komme. Mein Vater war Meister, er absolvierte eine Berufsschule. Meine Mutter erhielt keine Ausbildung, nicht einmal eine weiterführende, sie war nur eine Arbeiterin und hatte viele Jobs; Sie arbeitete als

Krankenschwester in einem Krankenhaus, als Hausmeisterin und Nachtwächterin. Sie wollte mich nicht im Kindergarten oder in der Krippe lassen.

Daher bin ich natürlich sehr sensibel - Gott sei Dank war das bisher so und wird hoffentlich so bleiben - für den Puls all dessen, was ein gewöhnlicher Mensch durchmacht.

Fjodor Lukyanov: Sie gehören also auf globaler Ebene zu denen, die "nicht mitmachen"?

Wladimir Putin: Dort gehört es natürlich zu meinen Aufgaben, zu beobachten, was auf globaler Ebene geschieht. Ich stehe für das, was ich gerade gesagt habe: Für demokratische Beziehungen im Hinblick auf die Interessen aller Teilnehmer in internationalen Beziehungen - nicht nur die Interessen der sogenannten goldenen Milliarde.

Fjodor Lukyanov: Ich verstehe.

Das letzte Mal hatten wir uns vor genau einem Jahr getroffen. Das internationale Umfeld war bereits angespannt, aber wenn wir den vergangenen Oktober mit dem heutigen vergleichen, scheint es eine idyllische Zeit gewesen zu sein. Vieles hat sich im vergangenen Jahr drastisch verändert, die Welt wurde buchstäblich auf den Kopf gestellt, wie manche es nennen. Wie hat sich in diesem Jahr gemäß Ihrer persönlichen Wahrnehmung die Welt und das Land verändert?

Wladimir Putin: Was passiert ist und was jetzt passiert, sagen wir in Bezug auf die Ukraine, das sind keine Veränderungen, die gerade jetzt passieren oder die nach dem Start der speziellen Militäroperation Rußlands eingesetzt hätten. Nein, all diese Veränderungen sind seit vielen Jahren geschehen; manche achten darauf, andere nicht - aber es sind tektonische Verschiebungen in Bezug auf die gesamte Weltordnung.

Wissen Sie, diese tektonischen Platten liegen da irgendwo unten auf der Erdkruste und sind in ständiger Bewegung. Experten sagen, daß sie sich bewegten bzw. immer in Bewegung stünden, doch alles schien ruhig zu sein, aber es gab immer noch Veränderungen. Und dann kollidierten sie. Energie sammelt sich an und wenn sich die Platten verschieben, verursacht dies ein Erdbeben. Die Akkumulation dieser Energie und ihr Ausbruch haben zu diesen aktuellen Ereignissen geführt.

Aber es passierte schon etwas zuvor. Was ist die Essenz dieser Ereignisse? Neue Machtzentren entstehen. Ich sage das ständig, und nicht nur ich - es geht nicht um mich - sie geschehen aufgrund objektiver Umstände. Einige der früheren Machtzentren verblassen. Ich möchte jetzt nicht darüber sprechen, warum es passierte, aber es ist ein natürlicher Prozeß des Wachstums, Vergehens und Wandels.

Neue Machtzentren entstehen, vor allem natürlich in Asien. Auch Afrika übernimmt die Führung. Ja, Afrika ist immer noch ein sehr armer Kontinent, aber sehen Sie sich sein kolossales Potential an. Lateinamerika auch - all diese Länder werden sich definitiv weiterentwickeln, und diese tektonischen Veränderungen werden weiterhin ablaufen.

Wir haben diese aktuelle Situation nicht herbeigeführt, sondern der Westen ... Wenn Sie weitere Fragen haben, kann ich auf die Entwicklungen in der Ukraine noch eingehen. Haben wir den Putsch durchgeführt, der zu einer Reihe tragischer Ereignisse führte, einschließlich unserer speziellen Militäroperation? Nein, haben wir nicht!

Aber was wirklich zählt, ist, daß tektonische Verschiebungen jetzt stattfinden und weiterhin stattfinden werden. Unsere Handlungen haben damit nichts zu tun. Tatsächlich verstärken und beschleunigen sich die laufenden Prozesse, die an Fahrt aufnehmen und sich nun schneller als zuvor entfalten. Aber im Allgemeinen waren sie unvermeidlich und hätten unabhängig von Rußlands Vorgehen gegenüber der Ukraine auch stattgefunden.

Fjodor Lukyanov: Apropos Staat, haben Sie im vergangenen Jahr etwas Neues über diesen gelernt?

Wladimir Putin: Wissen Sie, was den Staat betrifft ... Natürlich sind uns Kosten entstanden, vor allem Verluste im Zusammenhang mit der militärischen Sonderoperation, an die ich im-

mer wieder denke, und es gibt auch wirtschaftliche Verluste. Aber es gibt enorme Zugewinne, und was jetzt passiert, wird ohne Zweifel am Ende - das möchte ich betonen - für Rußland und seine Zukunft von Vorteil sein.

Worum geht es bei diesen Zugewinnen? Es geht um die Stärkung unserer Souveränität in allen Bereichen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Vor nicht allzu langer Zeit hatten wir selbst die Sorge, in eine Art Halbkolonie zu verfallen und ohne unsere westlichen Partner nichts anfangen zu können. Wir könnten keine Finanztransaktionen durchführen, wir hätten keinen Zugang zu Technologie und Märkten oder Mittel zum Erwerb der neuesten Technologien gehabt. Nichts.

Alles, was sie zu tun hätten, wäre mit den Fingern zu schnippen, damit wir auseinanderfielen. Aber nein, nichts ist auseinandergefallen, und die Basis der russischen Wirtschaft und der Russischen Föderation hat sich als viel stärker erwiesen, als irgend jemand gedacht hätte, inklusive wir selbst.

Dies ist ein Akt der Läuterung und des Verständnisses unserer Fähigkeiten: Die Fähigkeit, sich angesichts der Umstände schnell neu zu orientieren. Das Ziel muß nicht nur sein die Handlungen für die Importsubstitution zu beschleunigen, sondern auch jene Unternehmen zu ersetzen, die unseren Markt verlassen hatten. Es stellte sich heraus, daß unsere Unternehmen in den meisten Bereichen diejenigen ersetzten, die abzogen.

Die Abziehenden flüstern uns ins Ohr: Wir gehen für kurze Zeit und sind bald wieder da. Nun, wie werden sie das erreichen? Sie verkauften Besitz im Wert mehrerer Milliarden Dollar für nur einen Dollar. Wie das? Sie verkauften es an das Management. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß sie mit dem Management eine Vereinbarung getroffen haben, daß sie zurückkehren wollten. Was könnte es sonst sein? Verschenken sie diese Unternehmen an zwei oder drei Personen? Natürlich nicht. Wir kennen eine solche Stimmung.

Das ist also von entscheidender Bedeutung. Wir selbst haben endlich erkannt - wir sagen immer wieder, daß wir ein großartiges Land sind - wir haben jetzt erkannt, daß wir in der Tat ein großartiges Land sind und daß wir es schaffen können.

Wir sind uns der mittelfristigen Folgen aufgrund der Einschränkungen für den Zugang zu Technologien voll bewußt. Aber wir hatten sowieso keinen Zugriff zu kritischer Technologie. Die seit Jahrzehnten gültigen COCOM-Listen schienen aufgehoben, doch jetzt haben sie die Schrauben angezogen. Aber es hat sich herausgestellt, daß wir trotzdem zurechtkommen.

Eine weitere wichtige Komponente, ist spiritueller Natur, doch ist vielleicht der wichtigste Teil. Das Motto, daß wir niemanden zurücklassen, sitzt tatsächlich tief im Herzen eines jeden Russen sowie anderer ethnischen Gruppen, die russische Staatsbürger sind und führt zur Bereitschaft für unser eigenes Volk zu kämpfen. Dies festigt die Gesellschaft. Das war schon immer die große Stärke unseres Landes. Wir haben es bestätigt und bekräftigt, was das Wichtigste ist.

Fjodor Lukyanov: Hat Sie irgendein Ereignis dieses Jahres in Rußland enttäuscht?

Wladimir Putin: Nein.

Fjodor Lukyanov: Wir müssen also keine Schlußfolgerungen ziehen und besonderen Änderungen vornehmen?

Wladimir Putin: Es ist immer notwendig, Schlußfolgerungen zu ziehen. Wenn Sie von einer Personalumbildung sprechen, ist das ein natürlicher Vorgang. Wir müssen immer wieder an Erneuerungen in verschiedenen Bereichen denken, neues Personal ausbilden und diejenigen fördern, die größere Aufgaben bewältigen können als jene, die sie zuvor bewältigt haben. Selbstverständlich ist das ein natürlicher Vorgang. Ich kann jedoch nicht sagen, daß mich jemand enttäuscht hätte oder entlassen werden sollte. Nein, natürlich nicht.

Fjodor Lukjanow: Ausgezeichnet.

Herr Präsident, Ihre Entscheidung, im Februar eine spezielle Militäroperation zu starten, kam

für alle, einschließlich für die Mehrheit russischer Bürger als große Überraschung. Wir wissen, daß Sie die Logik und die Gründe zu dieser Entscheidung viele Male beschrieben haben. Allerdings werden Entscheidungen dieser Tragweite kaum ohne ein besonderes Motiv getroffen: Was war passiert, bevor Sie die Entscheidung trafen?

Wladimir Putin: Das habe ich schon oft beschrieben, und Sie werden heute kaum etwas Neues hören. Was war passiert? Ich werde nicht über die NATO-Erweiterung in die Ukraine sprechen, die für uns absolut inakzeptabel ist, wovon alle wußten, aber unsere Sicherheitsinteressen einfach mißachteten. Ein weiterer Versuch, den wir Ende letzten Jahres unternahmen, schlug einmal mehr fehl. Uns wurde gesagt, wir sollten es bleiben lassen und ruhig sein ... Okay, ich werde das nicht in so vielen Worten ausdrücken, aber sie haben uns einfach ignoriert. Dies ist der erste Punkt.

Zweitens ist es wichtig, daß sich Vertreter des Kiewer Regimes, unterstützt von ihren westlichen Handlangern, weigerten, die Vereinbarungen von Minsk umzusetzen. Ihr Führer sagte, daß ihm keine einzige Bestimmung der Minsker Vereinbarungen gefalle. Das hat er öffentlich gesagt! Andere Beamte sagten offen, daß sie diese Vereinbarungen nicht umsetzen würden. Der ehemalige (ukrainische) Präsident sagte, er habe die Vereinbarungen von Minsk unter der Prämisse unterzeichnet, daß sie niemals umgesetzt werden würden. Welche anderen Gründe brauchen Sie?

Es ist eine Sache, wenn die Medien und das Internet dazu benutzt werden, eine Idee in die Köpfe von Millionen zu pflanzen, aber wirkliche Aktionen und praktische Politik eine ganz andere Sache bleiben. Was ich Ihnen jetzt gesagt habe, ist von Millionen von Menschen unbemerkt geblieben, weil es im Informationsraum verloren ging, aber Sie und ich sind uns dessen bewußt.

All das wurde schließlich gesagt. Was bedeutete es für uns? Es bedeutete, daß wir im Donbass etwas unternehmen mußten. Die Menschen leben seit acht Jahren unter Beschuß, und die Angriffe dauern übrigens bis heute an, aber wir mußten eine Entscheidung für uns selbst treffen. Wie könnte sie ausfallen? Wir könnten ihre Unabhängigkeit anerkennen. Aber ihre Unabhängigkeit anzuerkennen und sie im Stich zu lassen, war nicht hinnehmbar. Also mußten wir den nächsten Schritt tun, was wir auch taten - sie in den russischen Staat einzugliedern. Allein hätten sie nicht überleben können, darüber besteht kein Zweifel.

Was wäre gewesen, wenn wir sie anerkannt hätten und sie auf ihren Wunsch hin Teil des russischen Staates geworden wären, denn wir wissen, was die Leute denken, aber die vom Kiewer Regime geplanten Granaten und Militäroperationen weiter gegangen und unvermeidlich geworden wären? Sie haben zwei großangelegte Militäroperationen durchgeführt. Es ist wahr, daß sie keinen Erfolg hatten, aber sie sind passiert. Der Beschuß wäre sicherlich fortgesetzt worden. Was konnten wir machen? Eine Operation starten? Warum warten und sie die Ersten gewesen wären, die es getan hätten? Wir wußten, daß sie sich darauf vorbereiteten. Das folgt natürlich der unvermeidlichen Logik des Geschehens.

Wir waren nicht diejenigen, die diese Logik erfanden. Warum benötigten sie 2014 überhaupt den Staatsstreich in der Ukraine? Janukowitsch hatte tatsächlich zugestimmt, zurückzutreten und vorgezogene Neuwahlen abzuhalten. Es war klar, daß seine Chancen - ich hoffe, Herr Janukowitsch wird sich nicht beleidigt fühlen - eher gering waren, wenn überhaupt.

Welchen Sinn machte es also, in dieser Situation einen blutigen, staatsfeindlichen und verfassungswidrigen Putsch zu inszenieren? Keine Ahnung. Doch, es gibt nur eine Antwort: Zu zeigen, wer der Boß ist. Alle - ich entschuldige mich bei den Damen - alle haben still zu sitzen, den Mund zu halten und einfach nur zu tun, was sie sagen. Ich kann es einfach nicht anders erklären.

Also haben sie einen Staatsstreich begangen - aber die Menschen auf der Krim oder im Donbass weigerten sich, den Coup d'état anzuerkennen, und das führte schließlich zu den tragi-

schen Ereignissen heute. Warum konnte der sogenannte Westen die in Minsk getroffenen Vereinbarungen nicht erfüllen?

Sie haben mir persönlich gesagt - in dieser Situation hätte man alles unterschrieben, wenn man unter solche Bedingungen gestanden wäre. Aber trotzdem haben sie es unterschrieben! Sie unterzeichneten es und bestanden darauf, daß auch die Führer der damals nicht anerkannten Republiken des Donbass ihre Unterschriften daraufsetzten. Und dann haben sie einfach einen von ihnen ermordet - Sachartschenko.

All diese Aktionen führten zu den heutigen tragischen Ereignissen, und das ist alles.

Fjodor Lukjanow: Haben Sie nicht das Gefühl, daß der Feind unterschätzt wurde? Um ehrlich zu sein - dieses Gefühl ist in der Gesellschaft vorhanden.

Wladimir Putin: Nein. Kennen Sie das Problem? Wir haben immer gesehen, was dort passiert ist.

Acht Jahre lang haben sie ein befestigtes Gebiet angelegt, das tief genug in den Donbass hineinreicht, und natürlich wäre es sinnlos gewesen, sich dort hinein zu wagen und Verluste einzufahren - das ist der erste Punkt. Zweitens, war uns bewußt, daß dieser Ausbau weiter gehen würde, und es für uns nur schlimmer, schwieriger, gefährlicher werden würde und wir Gefahr liefen, noch größere Verluste zu erleiden.

Das sind die Überlegungen, von denen wir uns leiten ließen. Die Entwicklung der NATO in diesem Gebiet war in vollem Gang - und sie geht weiter, genau wie damals. Diese befestigten Gebiete hätten sich weit über die heutige Kontaktlinie in den Donbass hinein ausgedehnt - sie wären überall gewesen. Das ist alles dazu.

Was wir jetzt sehen, wenn unsere Truppen im Donbass von Süden und Norden Druck ausüben, ist die eine Sache. Aber wenn dort noch mehrere Jahre befestigte Gebiete im ganzen Land gebaut, Personal ausgebildet und Waffensysteme angehäuft worden wären (Waffen, die sie bisher noch nicht hatten), wäre die Situation für Rußland vollständig anders geworden, auch in Bezug auf die Durchführung dieser speziellen Militäroperation.

Fjodor Lukjanow: Sie haben wiederholt gesagt und in Ihrem Grundsatzartikel geschrieben, daß wir ein Volk sind. Haben Sie nach einem Jahr Ihre Meinung geändert?

Wladimir Putin: Nein, natürlich nicht. Wie ließe sich das ändern? Es ist eine historische Tatsache.

Auf unseren Territorien hat sich im 9. Jahrhundert die russische Staatlichkeit etabliert, zuerst in Nowgorod, dann in Kiew, und dann sind sie zusammengewachsen. Es ist eine Nation. Die Menschen sprachen dieselbe Sprache, Altrussisch, und Veränderungen begannen, meine ich, erst im 14. oder 15. Jahrhundert unter polnischem Einfluß, weil die westlichen Gebiete des russischen Staates Teile anderer Länder wurden. Von hierher kamen Veränderungen.

Natürlich habe ich bereits gesagt, daß jede Ethnie in ihrer Entwicklung unterschiedliche Prozesse durchläuft. Wenn ein Teil dieser Ethnizität an einem bestimmten Punkt beschließt, daß sie eine Stufe erreicht hätte und eine andere Volkszugehörigkeit erreicht habe, kann man das natürlich nur respektieren.

Aber dieser Prozeß kam nicht von allein. Erstens geschah er, wie gesagt, weil einige der altrussischen Länder im Westen aus einer ganzen Reihe von Gründen Teile anderer Staaten wurden.

Diese Staaten fingen an, ihre Interessen zu fördern. Die Länder, die Teil Polens wurden, erlebten einen starken polnischen Einfluß und so weiter. Die Sprache begann sich zu ändern. Ich habe bereits gesagt, daß beim Beitritt der Ukraine zu Rußland Briefe nach Warschau und Moskau geschrieben wurden. Wir haben sie in den Archiven.

In diesen Briefen stand: "Wir, russisch-orthodoxe Christen, möchten uns mit folgender Angelegenheit an Sie wenden ..." Sie baten Moskau, sie in Rußland aufzunehmen, und baten Polen, ihre Interessen und ihre orthodoxen christlichen Bräuche zu berücksichtigen. Und doch

nannten sie sich "russisch-orthodoxe Christen". Ich habe mir das nicht ausgedacht. Es war ein Teil der Nation, die wir heute Ukrainer nennen.

Ja, dann ging alles nach seinen eigenen Gesetzen. Ein riesiges Russisches Reich wurde aufgebaut. Die europäischen Länder versuchten - teilweise erfolgreich, eine Barriere zwischen Europa und das Russische Reich zu legen, indem sie das seit der Antike bekannte Prinzip anwandten: Teile und herrsche. Sie begannen, Versuche zu unternehmen, die geeinte russische Nation zu spalten. Es begann im 19. Jahrhundert und wuchs schließlich im größeren Maßstab heran, was hauptsächlich vom Westen unterstützt wurde. Natürlich haben sie versucht, bestimmte Gefühle in den Menschen zu kultivieren, und einige mochten es sogar, wenn es um historische und sprachliche Aspekte ging.

Natürlich wurden diese Gefühle - genau zu dem von mir erwähnten Zweck - ausgenützt, um zu teilen und zu herrschen. Es ist nichts Außergewöhnliches, aber sie haben sicher einige ihrer Ziele erreicht. Und später entwickelte sich daraus tatsächlich eine Zusammenarbeit mit Hitler während des Zweiten Weltkriegs, als ukrainische Kollaborateure in Kampagnen zur Vernichtung von Russen, Polen, Juden und Weißrussen eingesetzt wurden. Es ist eine bekannte historische Tatsache: Tötungskommandos betrauten Bandera-Anhänger mit den schmutzigsten und blutigsten Jobs. Das alles ist Teil unserer Geschichte. Aber es ist auch eine historische Tatsache, daß Russen und Ukrainer im Wesentlichen eine Ethnie darstellen.

Fjodor Lukjanow: Wir erleben also einen Bürgerkrieg mit einem Teil unseres eigenen Volkes.

Wladimir Putin: Teilweise, ja. Leider landeten wir aus verschiedenen Gründen in verschiedenen Staaten. Vor allem, weil die damalige bolschewistische Führung entschieden hatte, als sie nach dem Zusammenbruch des (russischen) Imperiums die Sowjetunion gründete - ich habe dies in meinen Artikeln mehr als einmal öffentlich behandelt - die nationalistisch gesinnten Bolschewiki, die ursprünglich aus der Ukraine stammten zu besänftigen, um ihnen einige ursprünglich russische historische Ländereien zu geben, ohne die Menschen, die dort lebten, zu fragen.

Sie überließen ihnen ganz Malorossija (Kleinrußland), die gesamte Schwarzmeerregion und den ganzen Donbass. Zuerst beschlossen sie, den Donbass zu einem Teil Rußlands zu machen, aber dann kam eine Delegation aus der Ukraine, um Wladimir Lenin zu sehen, der einen Vertreter des Donbass herbeirief und ihm sagte, daß die Donbass-Angelegenheit überdacht werden sollte. So lief es, daß der Donbass zur Ukraine kam.

In diesem Sinne ist die Ukraine natürlich ein künstlich geschaffener Staat. Um so mehr, als Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg - auch das ist eine historische Tatsache - mehrere polnische, ungarische und rumänische Gebiete plötzlich zu einem Teil der Ukraine machte und diese Landstriche damit diesen Ländern wegnahm. Er gab den Polen, die nicht Teil der Nazi-Koalition waren, einige der ostdeutschen Länder. Das sind wohlbekannte historische Tatsachen. So entstand die heutige Ukraine.

Ich hatte nur den Gedanken, daß Rußland, das die heutige Ukraine geschaffen hat, fairerweise der einzige wirkliche und ernsthafte Garant für die Staatlichkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sein könne.

Fjodor Lukyanov: Ich erinnere mich, daß es im Frühjahr eine Diskussion über Garantiestaaten gab, aber dann war alles vorbei.

Dies mag eine rhetorische Frage sein, wenn man bedenkt, daß Feindseligkeiten und vieles mehr im Gange sind, aber Sie und die russischen Beamten haben anlässlich mehrerer Gelegenheiten gesagt, daß die Sonderoperation nach Plan verlief. Was ist der Plan? Um ehrlich zu sein, ist dies den Mitgliedern der Gesellschaft nicht ganz klar. Was ist der Plan?

Wladimir Putin: Sehen Sie, ich sagte eingangs, am Tag des Beginns der Operation, daß das Wichtigste für uns ist, dem Donbass zu helfen. Ich habe das bereits erwähnt, und wenn wir anders gehandelt hätten, hätten wir unsere Streitkräfte nicht auf beiden Seiten des Donbass

einsetzen können. Das ist mein erster Punkt.

Zweitens wurde die Volksrepublik Lugansk vollständig befreit. Militärische Aktivitäten im Zusammenhang mit der Republik Donezk sind im Gange. Als unsere Truppen sich sowohl von Süden als auch von Norden näherten, wurde tatsächlich klar, daß die Menschen, die in diesen historischen Territorien von Noworossija (Neurußland) leben, ihre Zukunft als Teil Rußlands sehen. Wie könnten wir darauf nicht reagieren?

Daher werden wir Zeugen von Ereignissen, die sich entfalten. Sie sind im Zuge und als logische Folge dieser Situation in dieser Form bis zum heutigen Punkt entstanden. Aber der Plan war da, und das Ziel ist es, den Menschen im Donbass zu helfen. Nach dieser Prämisse arbeiten wir. Natürlich sind mir die Pläne des Generalstabs bekannt, aber ich glaube nicht, daß wir die Einzelheiten diskutieren sollten.

Fjodor Lukjanow: Danke.

Freunde, ich habe meine Neugier befriedigt und alle Fragen an mich gezogen. Lassen Sie uns anderen Fragestellern das Wort erteilen.

Laß uns beginnen: Ivan Safranchuk.

Ivan Safranchuk: Ivan Safranchuk, MGIMO-Universität.

Sie sagten, daß wir ein sehr wichtiges Jahrzehnt in der Entwicklung der Welt und unseres Landes vor uns haben. Aber ich habe den Eindruck, daß es eine gewisse Tür gibt, die uns in dieses Jahrzehnt geführt hat.

Ich habe eine Frage zu dieser Tür: Die nukleare Rhetorik hat sich in letzter Zeit stark verschärft. Die Ukraine ist von unverantwortlichen Äußerungen zur praktischen Vorbereitung einer nuklearen Provokation übergegangen; Vertreter der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs geben Erklärungen mit Vorschlägen zum möglichen Einsatz von Atomwaffen ab.

Erwähnen wir, daß Biden von nuklearem Armageddon spricht, und sofort gibt es in den USA Kommentare, daß man nichts zu befürchten hätte. Gleichzeitig beeilen sich die Vereinigten Staaten, modernisierte taktische Atombomben in Europa zu stationieren. Es sieht so aus, als wollten sie mit dem Säbel rasseln, während sie sich weigern, die Lehren aus der Kubakrise zu ziehen.

Herr Präsident, könnten Sie bitte sagen, stimmt es, daß die Welt kurz vor dem möglichen Einsatz von Atomwaffen steht? Wie wird Rußland unter diesen Umständen handeln, da es ein verantwortungsvoller Nuklearstaat ist?

Vielen Dank.

Wladimir Putin: Sehen Sie, solange es Atomwaffen gibt, besteht immer die Gefahr, daß sie eingesetzt werden könnten. Das ist das Erste.

Zweitens ist das Ziel des derzeitigen Wirbels um solche Bedrohungen und den möglichen Einsatz von Atomwaffen sehr primitiv, und ich werde wohl wahrscheinlich nicht falsch liegen, wenn ich erkläre, worum es hier geht.

Ich habe bereits gesagt, daß das Diktat der westlichen Länder und ihre Versuche, Druck auf alle Teilnehmer der internationalen Gemeinschaft auszuüben, einschließlich der uns gegenüber neutralen oder befreundeten Länder, nichts bewirkte, und sie suchen nunmehr nach zusätzlichen Argumenten, um unsere Freunde oder neutrale Staaten zu überzeugen, daß sie alle Rußland gemeinsam konfrontieren sollten.

Nukleare Provokationen und das Anheizen der Möglichkeiten, daß Rußland theoretisch Atomwaffen einsetzen könnte, werden verwendet, um diese Ziele zu erreichen: Um unsere Freunde, unsere Verbündeten und neutrale Staaten zu beeinflussen, indem sie ihnen sagen, wen Sie vermeintlich unterstützen: "Rußland ist so ein beängstigendes Land, unterstützen Sie es nicht, kooperieren Sie nicht mit ihm, handeln Sie nicht mit ihm." Dies ist in der Tat ein primitives Ziel.

Was passiert in der Realität? Schließlich haben wir nie proaktiv etwas darüber gesagt, daß Rußland möglicherweise Atomwaffen einsetzen würde. Alles, was wir taten, war Andeutungen in Reaktion auf Äußerungen westlicher Führer.

Frau Liz Truss, zuletzt Premierministerin Großbritanniens, hat in einem Gespräch mit einem Medienvertreter direkt erklärt, daß Großbritannien eine Atommacht sei und die Pflicht des Premierministers darin bestünde, möglicherweise Atomwaffen einzusetzen, und sie dies tun werde. Es ist kein Zitat, aber nah am ursprünglichen Wortsinn: "Dazu bin ich bereit."

Sehen Sie, niemand hat darauf in irgendeiner Weise reagiert. Angenommen, sie wich einfach aus und es rutschte ihr heraus. Wie kann man so etwas öffentlich sagen? Sie tat es jedenfalls.

Sie hätten sie richtigstellen können, oder Washington hätte öffentlich erklären müssen, daß es damit nichts zu tun habe.

Sie hätten keine Ahnung, wovon sie redete, hätten sie sagen können. Es war nicht nötig, jemandes Gefühle zu verletzen; alles, was sie hätten tun können, wäre sich von dem zu distanzieren, was sie sagte. Aber alle schwiegen. Was sollen wir denken? Wir dachten, es sei eine koordinierte Position und wir würden erpreßt. Was sollten wir tun? Schweigen und so tun, als ob wir nichts gehört hätten, oder was?

Es gibt mehrere andere Aussagen zu diesem Thema. Kiew hört nie auf, über seinen Wunsch nach Atomwaffen zu sprechen. Dies ist der erste Teil eines Ballet de la Merlaison. (Anmerkung: Ballett-Inszenierung unter Louis XIII und seiner Herrschaft als König von Frankreich 1610 - 1643).

Sie reden immer wieder über unsere vermeintlich empörenden Aktionen beim Kernkraftwerk Zaporozhye. Was ist daran so unverschämt? So formulieren sie es manchmal. Sie unterstellen uns ständig, daß wir Raketen auf das Kernkraftwerk Zaporozhye abfeuern. Haben sie noch alle Sinne beisammen, oder was? Wir haben die Kontrolle über dieses Atomkraftwerk. Dort sind unsere Truppen stationiert.

Vor ein paar Monaten sprach ich mit einem westlichen Führer. Ich fragte ihn, was wir tun sollten. Er sagte mir, wir müßten schwere Waffen aus dem Kernkraftwerk Zaporozhye abziehen. Ich stimmte zu und sagte, daß wir das bereits getan hätten und es dort keine schweren Waffen mehr gäbe. "Sie taten es? Gut, dann entfernen Sie auch die der anderen." (Lachen.)

Es ist Unsinn, verstehen Sie? Sie lachen und es ist wirklich witzig. Aber es ist fast wörtlich, was er sagte.

Ich sagte ihm, hören Sie zu, Sie wollten, daß die IAEA (International Atomic Energy Agency) -Vertreter am Kraftwerk repräsentiert sind. Wir stimmten zu, und sie sind da.

Sie wohnen direkt auf dem Gelände des Atomkraftwerks. Sie sehen mit eigenen Augen, was los ist, wer schießt und woher die Granaten kommen. Doch, schließlich sagt niemand, daß ukrainische Truppen das Atomkraftwerk beschießen. Und sie mischen die Dinge auf und geben Rußland die Schuld. Das ist aberwitzig. Es sieht aus wie eine Wahnvorstellung, aber es passiert tatsächlich.

Ich glaube, ich habe bereits öffentlich gesagt, daß die Sabotagegruppen des Kiewer Regimes drei oder vier Hochspannungsfreileitungen außerhalb des Kernkraftwerks Kursk zerstört hatten. Leider konnte der FSB (russischer Inlandsgeheimdienst) sie nicht fassen. Hoffentlich wird er es eines Tages tun. Sie entkamen. Aber sie waren diejenigen, die es taten.

Wir informieren alle westlichen Partner über den Vorfall. Schweigen war alles, was wir als Antwort bekamen, als ob nichts passiert wäre. Das heißt, sie versuchen, eine Art nuklearen Zwischenfall zu inszenieren, um Rußland die Verantwortung zuzuschieben und eine neue Runde ihres Kampfes gegen Rußland, Sanktionen gegen Rußland und so weiter anzuzetteln. Ich sehe einfach keinen anderen Sinn darin. Dies ist es, was passiert.

Jetzt haben sie etwas Neues erfunden. Es war kein Zufall, daß wir mit der Information unserer Sicherheitsdienste an die Öffentlichkeit gingen, weil sie einen Vorfall mit einer sogenannten

schmutzigen Bombe vorbereiteten. Eine solche Bombe ist einfach herzustellen, und wir kennen sogar ihren ungefähren Standort. Leicht modifizierte Reste von Kernbrennstoff - die Ukraine hat die dafür erforderlichen Technologien - werden in die Tochka-U (russische ballistische Rakete) geladen, sie explodiert und sie sagen dann, daß es Rußland gewesen wäre, welches einen Atomschlag durchgeführt hätte.

Aber wir haben keinen Anlaß das zu tun; es macht für uns keinen Sinn, weder politisch noch militärisch. Aber sie wollten es trotzdem tun. Ich war es, der (Verteidigungs-) Minister (Sergei) Shoigu angewiesen hat, alle seine Kollegen anzurufen und sie darüber aufzuklären. Wir können solche Dinge nicht ignorieren.

Jetzt heißt es, die IAEA wolle kommen und die Atomanlagen der Ukraine inspizieren. Wir befürworten dies, und wir glauben, daß dies so schnell wie möglich erfolgen sollte und die Inspektionen in allen ihren Einrichtungen zu erfolgen hätten, weil wir wissen, daß die Kiewer Behörden ihr Bestes tun, um ihre Spuren zu verwischen. Sie arbeiten daran.

Schließlich über den Einsatz oder Nichteinsatz von (Atomwaffen): Das einzige Land der Welt, das Atomwaffen gegen einen Nicht-Atomwaffenstaat eingesetzt hat, waren die Vereinigten Staaten von Amerika: Sie haben diese zweimal gegen Japan eingesetzt. Was war das Ziel? Es gab überhaupt keine militärische Notwendigkeit dafür.

Wie war die militärische Brauchbarkeit des Einsatzes von Atomwaffen gegen Hiroshima und Nagasaki - gegen Zivilisten? Gab es eine Bedrohung der territorialen Integrität der USA? Natürlich nicht. Auch aus militärischer Sicht war es nicht praktikabel, denn Japans Kriegsmaschinerie war bereits zerstört, sie konnte sich nicht wehren, also was war der Sinn, den letzten Schlag mit Atomwaffen zu führen?

Übrigens sagen japanische Lehrbücher normalerweise, daß es die Alliierten waren, die Japan einen nuklearen Schlag versetzten. Sie haben Japan so fest im Griff, daß die Japaner nicht einmal die Wahrheit in ihre Schulbücher schreiben können. Auch wenn sie jedes Jahr dieser Tragödie gedenken. Gut für die Amerikaner, wir sollten wohl alle ihrem Beispiel folgen. Gut gemacht.

Aber solche Dinge passieren, das ist das Leben. Die USA sind also das einzige Land, das dies getan hat, weil es glaubte, es sei in ihrem Interesse.

Was Rußland betrifft ... Wir haben die Militärdoktrin, und sie sollten sie lesen. Einer seiner Artikel erklärt die Fälle, wann, warum, in Bezug auf was und wie Rußland es für möglich hält, Massenvernichtungswaffen in Form von Atomwaffen einzusetzen, um seine Souveränität, territoriale Integrität und die Sicherheit des russischen Volkes zu gewährleisten.

Fjodor Lukjanow: Morgen ist es 60 Jahre her, seit dem Höhepunkt der Karibikkrise (Kubakrise), der Tag, an dem der Rückzug beschlossen wurde.

Können Sie sich in die Rolle eines der Führer versetzen, Chruschtschow, um genauer zu sein? Können wir zu diesem Punkt kommen?

Wladimir Putin: Sicherlich nicht.

Fjodor Lukjanow: Dazu wird es nicht kommen?

Wladimir Putin: Nein, ich kann mich nicht in der Rolle Chruschtschows vorstellen. Auf keinen Fall. (Lachen.)

Fjodor Lukjanow: In Ordnung. Und was ist mit der Rolle einer Führungskraft, die in dieser Frage einer Entscheidung steht?

Wladimir Putin: Wir sind bereit, alle Probleme zu schlichten. Wir lehnen nichts ab. Im vergangenen Dezember boten wir den Vereinigten Staaten an, den Dialog über strategische Stabilität fortzusetzen, erhielten jedoch keine Antwort. Es war im Dezember letzten Jahres. Schweigen.

Wenn sie wollen, sind wir bereit - laßt es uns tun. Wenn sie nicht wollen, entwickeln wir unsere eigene moderne Technologie, Abschlußfahrzeuge, einschließlich Überschallwaffen. Im

Prinzip brauchen wir nichts. Wir fühlen uns autark.

Ja, natürlich, irgendwann werden sie uns auch mit Überschallwaffen einholen. Das ist offensichtlich, sie sind ein High-Tech-Land und es ist nur eine Frage der Zeit. Aber sie haben uns noch nicht eingeholt. Wir haben alles und wir entwickeln diese Technologie. Wenn jemand mit uns darüber ins Gespräch kommen möchte, sind wir bereit, dieses aufzunehmen.

Fjodor Lukyanov: Rasigan Maharajh (Südafrika) machen Sie bitte weiter.

Rasigan Maharajh: Vielen Dank. Sie haben einen Punkt direkt beantwortet, den ich zuvor angesprochen habe, aber wenn ich meine Frage erweitern dürfte.

Eskalierende und sich beschleunigende Krisen offenbaren weiterhin die prekäre Lage, in der wir uns befinden, und wohin uns unser System derzeit treibt. Der ungleiche Austausch setzt sich also fort, wie Sie betonten, bei der Verteilung von Anteilskapital, insbesondere von menschlichem Einsatz, Fähigkeiten und Kompetenzen, und läßt künftige Aussichten auf Interessensausgleichs und Reformen innerhalb eines unfairen hegemonialen Systems äußerst düster aussehen.

Sanktionen und die Angst vor Repressalien haben die monetäre Souveränität bedeutungslos gemacht, insbesondere durch waffenmäßigen Einsatz des Zahlungssystems. Was könnte in unserer heutigen Zeit eine demokratischere und praktikablere Alternative zum derzeitigen internationalen Zahlungs- und Abrechnungssystem darstellen?

Wladimir Putin: Das ist eine der Schlüsselfragen der aktuellen Entwicklung und der Zukunft nicht nur des Finanzsystems, sondern auch der Weltordnung. Ihre Frage hat ins Schwarze getroffen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schufen die Vereinigten Staaten das Bretton-Woods-System und verstärkten es im Laufe der Jahre um ein Vielfaches. Sie arbeiteten in verschiedenen Bereichen und gründeten internationale Institutionen, die sowohl im Finanzwesen als auch im internationalen Handel unter ihrer Kontrolle stehen. Aber diese brechen offensichtlich zusammen.

Wie ich bereits sagte, haben die Vereinigten Staaten einen großen Fehler gemacht, indem sie den Dollar als Waffe im Kampf für ihre politischen Interessen einsetzten. Das untergräbt das Vertrauen in den Dollar und andere Reservewährungen. Der Vertrauensverlust ist groß - glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich spreche. Jetzt denken alle darüber nach, ob es Sinn macht, Devisenreserven in Dollar zu halten.

Es ist nicht so einfach, sich vom Dollar zu lösen, weil die Amerikaner ein sehr mächtiges System geschaffen haben, das diese Reserven hält und sie tatsächlich nicht herausgibt. Es ist sehr schwierig sie herauszukommen, aber alle haben begonnen, die Zukunft abzuwägen. Ich habe dies bereits beschrieben und kann nur wiederholen, wie wir über die Zukunft des internationalen Finanzsystems denken.

Erstens ist dies ein gemeinsames Verständnis, aber dennoch: Allen Ländern muß eine souveräne Entwicklung garantiert werden, und die Wahl jedes Landes muß respektiert werden. Das ist auch wichtig, auch in Bezug auf das Finanzsystem. Es sollte unabhängig und entpolitisiert sein und sich natürlich auf die Finanzsysteme der führenden Länder der Welt abstützen.

Und wenn dieses System geschaffen wird (das wird nicht einfach sein, es ist ein schwieriger Prozeß, aber er ist möglich), werden die internationalen Institutionen (sie müssen entweder reformiert oder neu geschaffen werden), die jenen Ländern helfen, die Unterstützung benötigen, effektiver arbeiten.

Zunächst einmal soll dieses neue Finanzsystem den Weg für Bildung und Technologietransfer ebnen.

Wenn wir das zusammenfassen, eine Palette von Chancen ergreifen, die es zu nutzen gilt, dann wird dieses Wirtschaftsmodell und Finanzsystem den Interessen der Mehrheit gerecht und nicht nur den Interessen dieser "goldenen Milliarde", von der wir gesprochen haben.

Als Vorreiter dieses Systems müssen wir sicherlich Zahlungen in Landeswährungen ausweiten. Da die US-Finanzbehörden den Dollar als Waffe einsetzen und nicht nur uns, sondern auch unseren Partnern und anderen Ländern Probleme im Zahlungsverkehr bereiten, wird das Streben nach Unabhängigkeit unweigerlich die Abwicklung in Landeswährung vorantreiben. Mit Indien leisten wir beispielsweise jetzt 53 Prozent der gegenseitigen Zahlungen für Exporte in Landeswährungen und etwa 27 Prozent für Importe.

Ähnliche Vereinbarungen mit anderen Ländern werden zunehmend genutzt. Mit China zum Beispiel nehmen Zahlungen in Yuan und Rubel schnell zu, und auch mit anderen Ländern - ich werde sie jetzt nicht alle aufzählen.

Was unser eigenes Finanzsystem betrifft, so glaube ich, daß die Hauptrichtung darin besteht, ein supranationales globales Währungssystem zu schaffen, das entpolitisiert und auf nationalen Währungssystemen basiert ist. Dieses System würde sicherlich Zahlungen und Transaktionen sicherstellen. Es ist möglich. Am Ende haben wir auf die eine oder andere Weise die ersten Schritte in Richtung Zahlungen in Landeswährungen und dann - Schritte auf regionaler Ebene getan. Ich glaube, daß dieser Prozeß weiter gehen wird.

Fjodor Lukyanov: Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich bitte persönlich vor, wenn Sie Fragen stellen.

Alexander Iskandaryan.

Alexander Iskandaryan: Herr Präsident, ich komme aus Armenien und meine Frage betrifft mein Land und meine Region.

Die Diskussion um einen Vertrag zwischen Armenien und Aserbaidschan ist in letzter Zeit akuter geworden, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß es zwei konkurrierende Entwürfe gibt: einen russischen Entwurf, der vom russischen Vermittler vorgeschlagen wird, und einen westlichen Entwurf. Diese Situation ist neben den anderen Risiken in der Region ziemlich riskant. Es gibt gewisse Spannungen.

Was denkt Rußland und wie plant Rußland, auf diese Situation zu reagieren und in Zukunft in diesem Zusammenhang zu handeln?

Vielen Dank.

Wladimir Putin: Sehen Sie, ich weiß nicht einmal, ob dies schon einmal öffentlich diskutiert wurde - vielleicht ja, vielleicht nein - aber selbst, wenn es nicht diskutiert wurde, sehe ich hier keine Geheimnisse.

Seit vielen Jahren führen wir den Dialog mit Armenien fort und schlagen vor, die Angelegenheit um Berg-Karabach zu regeln. Armenien kontrollierte de facto sieben Gebiete in Aserbaidschan. Und wir schlugen vor, auf eine Normalisierung der Beziehungen hinzuarbeiten. Es gibt zwei Bereiche, Kalbajar und einen weiteren weiter südlich, mit Korridoren, großen Bereichen. An einem bestimmten Punkt könnten wir eine Vereinbarung mit Aserbaidschan treffen und fünf Gebiete abtreten.

Sie sind nicht notwendig, es gibt keinen Nutzen für sie. Sie stehen einfach leer, da die Menschen im Wesentlichen aus diesen Gebieten vertrieben wurden. Warum sie behalten? Es hat keinen Sinn. Während für Verbindungen mit Berg-Karabach zwei Gebiete, übrigens riesige Gebiete, ausreichen sollten.

Wir glauben, daß es fair wäre, die Flüchtlinge zurückzubringen und so weiter. Es wäre ein guter Schritt zur Normalisierung der Lage in der Region insgesamt. Die armenische Führung entschied sich für einen eigenen Kurs, der, wie wir wissen, zu der Situation geführt hat, die wir heute haben.

Nun, was die Regelung und den Friedensvertrag betrifft, ist unsere Position, daß es natürlich einen Friedensvertrag geben muß. Wir unterstützen eine friedliche Lösung, die Festlegung der Grenze und eine vollständige Lösung der Grenzfragen. Die Frage ist, welche Option gewählt werden soll. Es liegt an Armenien, dem armenischen Volk und der armenischen Führung. Wie

auch immer sie sich entscheiden, wir werden es auf jeden Fall unterstützen, solange es Frieden bringt.

Aber wir haben nicht die Absicht, Armenien irgend etwas aufzuzwingen oder zu diktieren. Wenn das armenische Volk oder die armenischen Führer glauben, daß sie sich für eine bestimmte Version des Friedensvertrags entscheiden sollten ... Soweit ich weiß, sieht der Washingtoner Entwurf die Anerkennung der Souveränität Aserbaidschans über Berg-Karabach vor. Wenn Armenien das wählt, soll es so sein. Wir werden jede Entscheidung des armenischen Volkes unterstützen.

Wenn das armenische Volk und die Führer glauben, daß Berg-Karabach bestimmte Besonderheiten hat, die in einem zukünftigen Friedensvertrag berücksichtigt werden sollten, ist dies ebenfalls möglich. Dies ist jedoch zweifellos eine Frage der Vereinbarung zwischen Armenien und Aserbaidschan. Die Vereinbarungen müssen auch für die andere Partei, für Aserbaidschan, akzeptabel sein. Es ist eine sehr schwierige Frage, nichts weniger.

Aber Armenien ist unser strategischer Partner und Verbündeter, und natürlich werden wir uns unter Berücksichtigung der Interessen Aserbaidschans weitgehend von dem leiten lassen, was Armenien selbst vorschlägt.

Fjodor Lukjanow: Vor zwei Jahren haben Sie beim Treffen des Valdai-Klubs hoch über Präsident Erdogan gesprochen und gesagt, daß er seine Worte nicht zurücknehme, sondern tue, was er versprochen hätte. In den letzten zwei Jahren ist viel passiert. Hat sich Ihre Meinung über ihn geändert?

Wladimir Putin: Nein. Er ist ein kompetenter und starker Führer, der sich vor allem und möglicherweise ausschließlich von den Interessen der Türkei, ihrer Bevölkerung und ihrer Wirtschaft leiten läßt. Dies erklärt weitgehend seine Haltung zu Energiefragen und zum Beispiel zum Bau von TurkStream.

Wir haben den Bau eines Gasknotenpunkts in Turkiye für europäische Verbraucher vorgeschlagen. Turkiye hat diese Idee natürlich zunächst aus eigenen Interessen unterstützt. Wir haben viele gemeinsame Interessen im Tourismus, in der Baubranche und in der Landwirtschaft. Es gibt viele Bereiche, in denen wir gemeinsame Interessen haben.

Präsident Erdogan läßt niemanden freie Fahrt oder handelt im Interesse von Drittstaaten. Er vertritt vor allem die Interessen von Turkiye, auch im Dialog mit uns. In diesem Sinne sind Turkiye als Ganzes und persönlich Präsident Erdogan keine einfachen Partner. Viele unserer Entscheidungen werden in langen und schwierigen Debatten und Verhandlungen erarbeitet.

Aber es gibt auf beiden Seiten den Wunsch, Vereinbarungen zu treffen, und wir tun dies normalerweise. In diesem Sinne ist Präsident Erdogan ein beständiger und zuverlässiger Partner. Das ist wohl seine wichtigste Eigenschaft, daß er ein zuverlässiger Partner ist.

Fjodor Lukjanow: Hat er zum Beispiel jemals versucht, bei Ihnen als Trittbrettfahrt mitzukommen?

Wladimir Putin: Sehen Sie, ich habe bereits festgestellt, daß der Präsident von Turkiye kein einfacher Partner ist, daß er immer seine Interessen vertritt, nicht seine persönlichen Interessen, sondern die Interessen seines Landes, aber man kann nicht sagen, daß er jemals versucht hätte als Trittbrettfahrer aufzutreten.

Er arbeitet einfach auf eine Lösung hin, die aus Sicht seiner Regierung die beste ist. Wir arbeiten an Lösungen, die für uns die besten sind. Wie ich bereits sagte, finden wir normalerweise auch bei sehr heiklen Themen eine Lösung, wie für Syrien, Sicherheitsfragen und die Wirtschaft, einschließlich der Infrastruktur. Bisher ist uns das gelungen.

Ich wiederhole, da dies äußerst wichtig ist. Wir wissen, daß, wenn wir einen schwierigen Weg vor uns hatten und es schwierig schien, zu einer Einigung zu kommen, wir sie aber dennoch erreicht haben, wir sicher sein konnten, daß sie umgesetzt würde. Das Wichtigste ist Verlässlichkeit und Stabilität in unseren Beziehungen.

Dayan Jayatilleka: Danke. Mein Name ist Dayan Jayatilleka, ehemaliger Botschafter Sri Lankas in der Russischen Föderation.

Herr Präsident, es wird gesagt, daß Rußland jetzt einem Stellvertreterkrieg gegenübersteht, der vom kollektiven Westen und der NATO geführt werde. Wenn dem so ist, dann ist es wahrscheinlich die ernsthafteste Bedrohung, der Rußland seit 1941 ausgesetzt war. Damals, während des Großen Vaterländischen Krieges, wandte sich der sowjetische Führer, der Kommunist war, an die orthodoxe Kirche und den russischen Nationalismus, um eine breite Front zur Verteidigung Rußlands zu bilden.

Würden Sie sagen, daß Sie in einem ähnlichen Geist die sowjetisch-russische Vergangenheit, das kommunistische Erbe von 1917, noch einmal aufgreifen sollten, um nützliche Elemente daraus zu extrahieren, einschließlich der Geschichte der Roten Armee, und würden Sie denken, daß es sich lohnen könnte, sich an kommunistische Elemente, so wenige sie auch sein mögen, zu wenden, um sich in Rußland einer breiten patriotischen Front anzuschließen? Vielen Dank.

Wladimir Putin: Was meine Position betrifft, so glaube ich, daß wir unser gesamtes historisches Erbe nutzen sollten. Ich denke, wir sollten nichts ablehnen - weder die positiven Aspekte des Zarenreichs in der russischen Geschichte noch die positiven Fakten in der Geschichte der Sowjetunion, die viele positive Züge hatte. In beiden Fällen gab es auch Negatives - sie wurden auf unterschiedliche Weise überwunden und hatten unterschiedliche Folgen.

Was die Beziehungen zum linken Teil unseres politischen Spektrums und andere politische Strömungen angeht ... Wissen Sie, die Besonderheit des heutigen Rußlands ist der praktisch vollständige Konsens über die Abwehr äußerer Bedrohungen. Ja, es gibt Menschen, die komplett pro-westlich orientiert sind und die meistens im Ausland leben; sie sind geistig im Ausland, ihre Familien leben im Ausland und ihre Kinder studieren im Ausland.

Ja, wir haben ein paar davon, aber sie waren schon immer hier und es gibt sie immer in allen Ländern - daran ist nichts Ungewöhnliches. Aber insgesamt ist die Konsolidierung sehr hoch, unabhängig von der politischen Einstellung oder den Ansichten über Möglichkeiten, Rußland als solches zu entwickeln.

Menschen mit kommunistischer Überzeugung glauben, wir müßten alles wieder verstaatlichen. Sie wollen, daß alles reglementiert würde usw. Es ist schwer zu sagen, wie effektiv das wäre. Wir lehnen das in einigen Dingen und an manchen Stellen, in bestimmten historischen Situationen nicht ab, und wir haben sogar ein Gesetz zur Verstaatlichung. Angesichts dessen tun wir das nicht - dafür besteht überhaupt keine Notwendigkeit.

Wir glauben an die Notwendigkeit, die effektivsten Instrumente für die nationale Entwicklung zu verwenden, Marktprinzipien, aber natürlich unter der Kontrolle des Staates und die Regierungsmacht, unter der Kontrolle des Volkes. Wir sollten deren Vorteile nutzen, um unsere Hauptziele zu erreichen - den Wohlstand der Nation zu verbessern, Armut zu bekämpfen, unsere Anstrengungen zu verstärken und bessere Ergebnisse im Wohnungsbau, in der Bildung, im Gesundheitswesen und bei der Lösung anderer lebenswichtiger Probleme zu erzielen.

Deshalb behandeln wir in unserer Arbeit Menschen, die linke Ansichten vertreten, einschließlich solcher mit kommunistischer Überzeugung, mit Respekt. Wie Sie aus gutem Grund sagten, lebte die Sowjetunion lange Zeit unter der Kontrolle und Führung der Kommunistischen Partei. Ich möchte an dieser Stelle nicht ins Detail gehen und erklären, was gut und was schlecht war.

Sie haben religiöse Organisationen erwähnt, aber alle - wir haben vier traditionelle Religionen - sind ausschließlich patriotisch. Was die Russisch-Orthodoxe Kirche betrifft, so war sie während ihrer gesamten Geschichte bei ihrer Gemeinde, bei ihrem Volk. Dasselbe gilt heute.

Der entscheidende Unterschied im heutigen Verhältnis zu unseren traditionellen Religionen liegt wohl darin, daß wir wirklich - nicht nur äußerlich - darauf verzichten, uns in das Leben

religiöser Organisationen einzumischen. Vielleicht sind sie hierzulande in einer viel freieren Position als in vielen Staaten, die sich für demokratisch halten. Wir üben niemals Druck auf sie aus. Wir glauben, ihnen gegenüber in der Schuld zu stehen, weil ihr Eigentum während der Sowjetzeit verschleudert oder ins Ausland gebracht und verkauft wurde und so weiter. Mit anderen Worten, religiösen Organisationen, einschließlich der russisch-orthodoxen Kirche, wurde viel Schaden zugefügt.

Wir versuchen, alle unsere Religionen zu unterstützen, aber wir mischen uns nicht in ihre Arbeit ein. Und wahrscheinlich ist das, was jetzt passiert, wirklich einzigartig - es gibt eine gemeinsame patriotische Stimmung in Bezug auf die Entwicklung des Landes innerhalb unseres Staates und die Wahrung unserer Interessen außerhalb, aber angesichts dieser Faktoren geben wir ihnen völlige Handlungsfreiheit. Ich denke, diese Beziehung und eine solche Situation führt zu den gewünschten Ergebnissen.

Fjodor Lukyanov: Herr Kubat Rakhimov, Sie haben das Wort.

Kubat Rakhimov: Ich bin Kubat Rakhimov aus der Kirgisischen Republik.

Herr Präsident,

Rußland ist in der Tat der Anführer einer neuen antikolonialen Bewegung. Rußlands Bekenntnis zu traditionellen, konservativen Werten findet auch weltweite Unterstützung. Während der Diskussionen hier im Valdai Club haben wir ein sehr hohes Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit und nach einer gleichberechtigten Gestaltung sozialer Beziehungen festgestellt. Wie sehen Sie das und wie können wir Ihnen als Valdai Club-Experten helfen? Dies ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage lautet: Was halten Sie von der Möglichkeit, die Hauptstadt der Russischen Föderation ins Zentrum des Landes zu verlegen, d.h. ins Zentrum des eurasischen Kontinents, um näher an den Ländern der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit zu sein?

Vielen Dank.

Wladimir Putin: In Bezug auf ein gerechteres Sozialsystem in Rußland heißt es in unserer Verfassung ausdrücklich, daß Rußland ein Sozialstaat ist. Und natürlich ist alles, was wir tun, alle unsere nationalen Entwicklungsziele im Wesentlichen darauf ausgerichtet, soziale Ziele zu erreichen. Wir könnten diese Themen stundenlang diskutieren, und selbst der ganze Tag heute würde nicht ausreichen. Alles, was wir tun, ist darauf ausgerichtet, dies zu erreichen, die sozialen Ziele zu erreichen, vor denen der russische Staat jetzt steht. Wir haben viele Ziele wie diese, darunter viele ungelöste Probleme.

Ich habe das bereits angesprochen, aber noch einmal: Wir müssen die Wirtschaft weiterentwickeln, auf dieser Grundlage Fragen der Gesundheitsfürsorge, der Bildung und der technologischen Entwicklung angehen und unsere Wirtschaft umstrukturieren. Strukturelle Veränderungen sind das Wichtigste. Der Arbeitsmarkt wird sich verändern, und in diesem Zusammenhang sollten wir natürlich auch an die Menschen denken, deren Arbeitsplätze verloren gehen. Wir sollten ihnen neue Kompetenzen vermitteln und sie umschulen etc.

Was den Valdai Club betrifft, bringt er Experten aus verschiedenen Lebensbereichen zusammen. Natürlich wären wir dankbar, wenn diese Experten uns über wichtige Entwicklungstrends auf dem Laufenden halten würden. Wir würden uns Ihre Meinungen anhören, während wir die Pläne realisieren, die ich gerade aufgelistet habe. Wir können und müssen auf unserer derzeitigen Politik aufbauen und gleichzeitig zukünftige Entwicklungen verstehen.

In Bezug auf die Verlegung der Hauptstadt, ja, darüber haben wir gesprochen. Die russische Hauptstadt wurde in der Geschichte des russischen Staates mehrmals verlegt. Historisch und mental wird das Zentrum Rußlands immer mit Moskau in Verbindung gebracht und meiner Meinung nach besteht keine Notwendigkeit ...

Es gibt Probleme bei der Entwicklung der Hauptstadt als Metropolregion, aber ich muß sagen, daß diese Probleme mit dem Team von Bürgermeister Sobyenin viel besser angegangen und

gelöst werden als in vielen anderen Ländern und Metropolregionen.

Es gab eine Zeit, in der Fragen des Verkehrs, der Entwicklung der sozialen Infrastruktur und anderer Bereiche kritisch waren - und sie sind es bis zu einem gewissen Grad immer noch. Dennoch hat Bürgermeister Sobyenin in den letzten Jahren viel getan, um diese Herausforderungen einzudämmen und Bedingungen zu schaffen, damit sich Moskauer, Arbeitsmigranten und Touristen wohlfühlen. In den vergangenen Jahren wurde viel für die Entwicklung der Stadt getan.

Es gibt in der Tat ein Problem der übermäßigen Zentralisierung aller föderalen Organisationen in Moskau. Ich unterstütze zum Beispiel den Ansatz, welche einige andere Länder verfolgen, um Befugnisse und Zuständigkeiten in andere russische Regionen zu verlagern. Wir bauen zum Beispiel ein Justizzentrum in St. Petersburg. Das Verfassungsgericht hat dort bereits seinen Sitz, und es gibt konkrete Pläne für den Obersten Gerichtshof. Es ist keine Eile erforderlich: Diese Arbeit sollte schrittweise erfolgen, um günstige Bedingungen für die Arbeit der Justizgemeinschaft in St. Petersburg zu schaffen. Und wir werden es ohne Eile tun.

Einige große Unternehmen, die beispielsweise hauptsächlich in Sibirien tätig sind, aber ihren Hauptsitz in Moskau haben, könnten ihren Hauptsitz nach Sibirien verlegen. Und es passiert tatsächlich. RusHydro zum Beispiel gründet eine Basis in Sibirien, in Krasnojarsk, und errichtet dort seine Zentrale.

Bestimmte Bundesbehörden könnten über das Land verteilt werden. Dies wäre für das Regierungsführungssystem selbst und die Regionen, in denen diese Gremien angesiedelt wären, von Vorteil.

Fjodor Lukjanow: Danke.

Ivan Timofeyev.

Ivan Timofeyev: Guten Abend, Herr Präsident.

Ivan Timofeyev, Valdai Club.

Hier ist meine Frage. Im vergangenen Jahr wurde eine beispiellose Zahl an Sanktionen gegen Rußland verhängt. Sie haben das Einfrieren unserer Reserven in Europa erwähnt, 300 Milliarden. Wir könnten auch das Einfrieren von Eigentum von Bürgern und Organisationen im Wert von mehreren zehn Milliarden hinzufügen. Übrigens plant Europa, diese Liegenschaften zu beschlagnahmen, sobald die entsprechenden Mechanismen entwickelt sind. Es gibt noch viel mehr, darunter finanzielle Beschränkungen, verbotene Warenlieferungen, Technologien, russische Ölverbote, Manipulationen bei der Gasversorgung und andere Maßnahmen. Wir sind uns dessen bewußt, und Sie haben dies in Ihrer Rede erwähnt.

Von unserer Wirtschaft wurde nicht erwartet, daß sie standhält. Aber sie hat überlebt, vor allem, weil es eine Marktwirtschaft ist, die flexibel und anpassungsfähig bleibt. Unternehmen suchen nach neuen Märkten und Möglichkeiten, Importsubstitution wo immer möglich umzusetzen. Die Regierung unternimmt viele Schritte, um Unternehmen zu helfen.

Aber vielleicht ist es angesichts der extremen außenpolitischen Bedingungen und all der Sanktionen an der Zeit, die Wirtschaft weiter zu deregulieren? Sie haben die Dezentralisierung erwähnt. Ist es sinnvoll, die Anzahl der Inspektionen zu reduzieren und den regulatorischen Druck zu verringern?

Ich würde gerne Ihre Meinung zu diesem Thema erfahren.

Wladimir Putin: Wie man in diesen Fällen sagt, können wir uns dafür entscheiden, die Anzahl der Inspektionen zu reduzieren und eine übermäßige staatliche Regulierung zu beseitigen.

Sie wissen, daß nicht nur für kleine und mittelständische Unternehmen, sondern auch für große Unternehmen planmäßige Kontrollen eingestellt wurden. Falls dies noch nicht erwähnt wurde, sage ich es jetzt - wir werden dies bis 2023 verlängern.

Was die Regulierung betrifft, so führte unsere "administrative Guillotine", wie wir sagten, zur Annullierung von über 1.000 Akten, glaube ich. Sie wurden durch weniger als 500 neue er-

setzt - ich hoffe, sie sind aktuell. Über 400 und einige neue Gesetze regeln inzwischen die Wirtschaftstätigkeit.

Wir werden diesen Weg also weiter gehen - natürlich mit Ausnahme von Produktionskategorien, die gewisse Risiken für Verbraucher bergen. Ich denke, jeder versteht das. Wir werden jedoch versuchen, dies so anzugehen, daß diese Regulierungsfunktionen zielgerichtet sind, um zu verhindern, daß sie den Betrieb von Unternehmen und Unternehmen im Allgemeinen beeinträchtigen.

Sie haben Recht - als Reaktion auf all die Beschränkungen, die Rußland und seiner Wirtschaft auferlegt werden ... Sie sagten, sie erwarteten einen Zusammenbruch unserer Wirtschaft. Das wurde nicht nur erwartet. Es wurde als das Ziel gesetzt, die russische Wirtschaft zu zerschlagen, aber sie konnten es nicht erreichen. Ja, Sie haben Recht - unsere Wirtschaft ist in der Tat viel anpassungsfähiger und flexibler geworden.

Es wurde deutlich, daß unsere Unternehmen bereits reif genug waren, um Importe zu ersetzen und die Aktivitäten der Unternehmen zu übernehmen, die abgezogen sind - unsere Partner, die beschlossen haben, Rußland zu verlassen. Unsere Unternehmen übernahmen und führen problemlos diese Unternehmen, die noch bis vor kurzem ohne westliche Präsenz nicht existenzfähig schienen. Dies war eine einfache Änderung in den meisten Bereichen.

Ja, wir verstehen und sehen die mittelfristigen Schwierigkeiten. Wir wissen, daß wir nicht alles produzieren können. Aber wissen Sie, heute Morgen habe ich mit mehreren Kollegen gesprochen, bevor ich hierhergekommen bin - natürlich habe ich mit Leuten in der Regierung, der Zentralbank und dem Exekutivbüro gesprochen - und unsere Experten glauben weiter, daß wir den Höhepunkt der damit verbundenen Schwierigkeiten überwunden haben, verbunden durch die Lawine an Beschränkungen und Sanktionen. Insgesamt hat sich die russische Wirtschaft an die neuen Bedingungen angepaßt.

Es muß noch viel getan werden, um sowohl im Import als auch im Export neue Lieferketten zu erschließen und die damit einhergehenden Verluste zu reduzieren. Insgesamt liegt der Höhepunkt der Schwierigkeiten jedoch in der Vergangenheit, und die russische Wirtschaft hat sich angepaßt. Wir werden uns auf einer nachhaltigeren Plattform höherer Souveränität weiterentwickeln.

Als Reaktion auf all diese Herausforderungen könnten und sollten wir - und wahrscheinlich in erster Linie - die Bürokratie bei der Regulierung von Unternehmen noch weiter abbauen und diese unterstützen, um die Handlungsfreiheiten bei ihren wirtschaftlichen Aktivitäten zu erhöhen.

Fjodor Lukjanow: Herr Prochanow, wir gehen nicht an Ihnen vorbei.

Alexander Prochanow: Herr Präsident, sehr oft fragen uns Ausländer: "Was können Sie Russen der modernen Welt bieten? Wo sind Ihre Nobelpreisträger? Wo sind Ihre großen Entdeckungen, industriellen und wissenschaftlichen Errungenschaften?" Meine Kollegen antworten oft: "Nun, was ist mit der großartigen russischen Kultur? Puschkin? Andrei Rubljow (russischer Ikonenmaler 1360 - 1430)? Russische Ikonen? Die wunderbare russische Architektur?" Sie sagen: "Aber das war alles Vergangenheit. Wie wäre es mit heute?"

Als ich Ihnen heute zuhörte, dämmerte mir, was Rußland der Welt bieten kann: Rußland kann eine Religion der Gerechtigkeit anbieten, denn diese Religion, dieses Gefühl ist das Herzstück der gesamten russischen Kultur und der russischen Selbstaufopferung. Und heute bringt Rußland dieses Opfer, im Grunde steht es alleine vor dem Rest der Welt, der grausamen westlichen Welt, und führt diesen Kampf für Gerechtigkeit. Das ist der enorme Beitrag, den das heutige Rußland zur globalen Zivilisation und Kultur leistet.

Denn sogar diese alten, traditionellen Werte, über die wir gesprochen haben, und Rubljow, die Traditionen der russischen Ikonenmalerei, und noch einmal, die wunderbare russische Novgorod-Pskov-Architektur und das erstaunliche Goldene und Silberne Zeitalter - sie alle sprachen

über Gerechtigkeit. Im Kern der russischen Zivilisation liegt die Gerechtigkeit. Vielleicht sollten wir die aktuelle russische Ideologie zu einer Religion der Gerechtigkeit machen?

Wladimir Putin: Wir haben vier traditionelle Religionen, ich denke, das reicht.

Fjodor Lukjanow: Wir könnten eine fünfte haben.

Wladimir Putin: Das war natürlich ein Witz.

Wenn es darum geht, etwas zu machen ... Wissen Sie, ich verfolge Ihre Arbeit, Ihr Schreiben und wenn ich Zeit habe, lese ich gerne, was Sie schreiben und sagen. Natürlich weiß ich, daß Sie ein echter russischer Patriot im gefälligsten, besten und weitesten Sinne des Wortes sind. Aber ich bin mir nicht sicher, ob wir irgend jemandem absichtlich irgend etwas anbieten sollen.

Wissen Sie, Sie haben gerade gesagt, daß wir für andere Völker Opfer bringen. Ich werde hier mit Ihnen streiten. Wir opfern nichts. Wir arbeiten daran, unsere Souveränität zu festigen, und das ist in unserem eigenen Interesse. Zuallererst wird durch die Stärkung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Souveränität die Grundlage für unser zukünftiges Wachstum gelegt - technologisches, pädagogisches und wissenschaftliches Wachstum.

Ob wir Nobelpreisträger haben oder nicht ... Wann hat Zhores Alferov (1930 - 2019; Nobelpreisgewinner Physik 2000) seine Erfindung gemacht? Dafür wurde er nach 30 Jahren - oder wievielen? - mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Ist das alles, was zählt? Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten wurde mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Ist das ein Indikator für echte Leistung? Bei allem Respekt vor dem Nobelkomitee und dem Gewinner dieses bemerkenswerten Nobelpreises, ist das der einzige Indikator?

Die Wissenschaft macht Fortschritte. Wir müssen unser Bestes tun, um sicherzustellen, daß die Erträge aus der Grundlagenforschung und angewandten Wissenschaften für unsere Entwicklung um Größenordnungen höher liegen, und wir werden dies erreichen. Heute erleben wir eine bedeutende und bemerkenswerte Umstrukturierung des Forschungspersonals. Unsere Wissenschaft ist auf dem besten Weg, eine der jüngsten der Welt zu werden.

Offensichtlich haben die Vereinigten Staaten mit ihrem Wettbewerbsvorteil als globaler Finanzmonopolist alles aus der ganzen Welt wie ein Staubsauger aufgesaugt, einschließlich Forscher und Kreative. Auch dies wird ein Ende haben, wenn der Dollar sein Monopol als Weltwährung verliert, was wir heute erleben.

Sie sehen, was wir tun, spricht viele Länder und Völker an. Unsere westlichen "Partner" scheuen keine Mühe, Rußland zu verleumden, zu demütigen oder seine Interessen zu ignorieren. Wenn wir für unsere Interessen kämpfen und dies offen, ehrlich und, seien wir ehrlich, mutig tun, so ist diese Tatsache an sich, dieses Beispiel an sich, höchst ansteckend und attraktiv für Milliarden von Menschen auf diesem Planeten.

Sie können russische Flaggen in vielen afrikanischen Ländern sehen ... Das Gleiche passiert in Lateinamerika und Asien. Wir haben viele Freunde. Wir müssen niemandem etwas aufzwingen. Es ist nur so, daß viele Menschen - Politiker und einfache Bürger - müde sind, unter externem Diktat zu leben. Genug ist genug, die Leute haben es satt. Und wenn sie ein Beispiel unseres Kampfes gegen dieses Diktat sehen, stellen sie sich intern und extern auf unsere Seite. Und diese Unterstützung wird weiter gehen.

Fjodor Lukyanov: Herr Präsident, dieses Mal ist viel über Forschung gesprochen worden. Ich denke, eines der interessantesten Gremien befaßte sich mit Möglichkeiten, Wissenschaft und Technologie unter diesen Umständen zu entwickeln.

Ruslan Yunusov ist hier im Publikum. Er präsentierte ein sehr interessantes Bild.

Ruslan Yunusov: Danke.

Heute vertrete ich Rosatom und den Valdai Club.

Herr Präsident, Sie haben die richtigen Worte zur Forschung gesagt. Wir sehen, daß die Un-

terstützung für die Wissenschaft in Rußland in den letzten 20 Jahren erheblich gewachsen ist, und das Mega-Beihilfe-Programm hat es ermöglicht, Dutzende moderne Labors in Rußland zu eröffnen.

Auf der anderen Seite sehen wir als Wissenschaftler jedoch, daß die meisten Professoren, die diese Labors eröffnet haben, nie nach Rußland gekommen sind, um dort zu leben und Vollzeit zu arbeiten. Ich kann verstehen, warum es schwer ist, sich zu behaupten. Was wir hier haben, ist ein Mega-Stipendium für fünf Jahre, aber dann hat man eine lebenslange Anstellung als Professor. Dies wäre wirklich in Betracht zu ziehen.

Andererseits haben wir gestern während des Panels über unsere chinesischen Kollegen gesprochen, die in den letzten 20 Jahren bahnbrechende Sprünge in der Wissenschaft erbrachten. Heute haben sie nicht nur ihre Wissenschaftler zurückgebracht, sondern nehmen in vielen Bereichen Spitzenplätze ein.

Hier haben wir es mit Quanten zu tun, und ich möchte sagen, daß wir uns bewußt sind, daß der leistungsstärkste Quantencomputer heute in China steht, nicht in den Vereinigten Staaten, und die größte Anzahl von Quantenpatenten von China veröffentlicht wird, nicht von den Vereinigten Staaten.

Aber andererseits haben wir in Rußland auch Programme, die viele Labore zusammenbringen. Das Quantenprojekt, das Quantencomputerprojekt umfaßt 20 wissenschaftliche Gruppen, 15 Universitäten und Institute der Akademie der Wissenschaften. Aber wir arbeiten nach Fünfjahresplänen.

Ich denke, daß wir heute unter erhöhten Druck geraten sind, da unsere wissenschaftliche und technologische Souveränität herausgefordert wird. Vielleicht ist jetzt der richtige Zeitpunkt, strategische Projekte zu formulieren und den Planungshorizont auf 10 oder 20 Jahre auszuweiten.

Vielen Dank.

Wladimir Putin: Ja, ich stimme Ihnen zu - je höher der (Planungs-)Horizont, desto besser, und je weiter der (Planungs-)Horizont, desto besser. Wir müssen uns die positiven Beispiele in anderen Ländern ansehen, ebenso wie die unserer Freunde und Partner, einschließlich der Volksrepublik China.

Sie haben im Laufe der Jahre unter der Führung von Präsident Xi Jinping, der diesem Thema viel Aufmerksamkeit schenkt, viel getan - nicht nur für die Entwicklung der Wissenschaft, sondern auch für die Entwicklung Chinas im Allgemeinen und der chinesischen Wirtschaft sowie für die Verbesserung zum Wohlergehen des chinesischen Volkes. Ich weiß das, weil wir mit ihm sehr freundschaftlich verbunden sind.

Natürlich können wir prüfen und umsetzen, was Ihnen dabei hilft, konkrete Ergebnisse zu erzielen. Was die Mega-Stipendien betrifft, so haben sie in der Tat eine positive Rolle gespielt, und in der nächsten Phase, die wir jetzt durchführen, geht es nicht nur um Forschung und die Einrichtung separater Labors, sondern um die Schaffung akademischer Gemeinschaften junger Wissenschaftler. Das ist im Wesentlichen die Zukunft dieser Mega-Grants (Beihilfen).

Ich stimme denen zu, die diesen Prozeß initiiert haben. Wir tun es: (an Andrej Fursenko gewandt) Nicht wahr, Herr Fursenko?

Wir werden dies auch weiterhin tun.

Sie haben gesagt, niemand bliebe: Manche Leute kommen hierher und arbeiten, obwohl sie woanders offiziell angestellt sind, und sie verbringen die meiste Zeit in Rußland; es gibt ziemlich viele solche Leute. Das sind unsere ehemaligen Landsleute und nicht nur ehemalige, sondern unsere Landsleute, die irgendwo im Ausland beschäftigt sind, aber regelmäßig zum Arbeiten nach Rußland kommen.

Wissen Sie, die Wissenschaft haßt wie die Kunst künstliche Grenzen und Beschränkungen. Die Menschen müssen sich frei fühlen, und wir werden niemanden hier einsperren, aber wir

werden jeden willkommen heißen, der in Rußland arbeiten möchte. Insgesamt ist uns das gelungen und wir werden diesen Weg weiter gehen.

Sie sollten recht haben, wenn Sie sagen, daß wir längerfristige Planungshorizonte brauchen. Wir vergeben jetzt Mega-Stipendien für fünf Jahre, nicht wahr? Natürlich können wir sie verlängern. Diese Fragen hängen von der Haushaltsfinanzierung ab, aber dies kann getan werden. Jedenfalls sind wir heute in der Lage, den (Planungs-)Horizont weiter zu verlängern.

Was Sie über Menschen sagen, die im Ausland arbeiten und lebenslange Arbeitsverhältnisse verfügen, das ist nicht typisch - weit gefehlt. Sie sind selbst Wissenschaftler und wissen, daß man sich nach Ablauf eines mehrjährigen Vertrages noch von Ihnen verabschieden kann. Also all das gibt es dort auch nicht für Ihr ganzes Leben. Aber die Gelegenheit, Ihre Muttersprache zu sprechen und mit Ihrer Kultur in Kontakt zu sein, bleibt lebenslang.

Daher muß sowohl Kulturschaffenden wie auch Wissenschaftlern Wahlfreiheit eingeräumt werden. Wir müssen attraktivere Bedingungen schaffen, als sie im Ausland angeboten werden. Dies ist kein einfacher Prozeß. Wir gehen diesen Weg und erzielen Ergebnisse, und wir werden uns weiter in diese Richtung bewegen, einschließlich - wahrscheinlich haben Sie recht - Bemühungen, um eine Verlängerung des Planungshorizonts zu erreichen.

Fjodor Lukyanov: Bitte, Herr Wang Wen.

Wang Wen: Danke. Mein Name ist Wang Wen, ich bin Professor am Chongyang Institute, Renmin University in China.

Tatsächlich habe ich dieses Mal mehr als 20 Städte in Rußland besucht und viele Artikel geschrieben, um den Chinesen vom wahren Rußland zu erzählen, denn in China gibt es viele Menschen, die sich für Rußland interessieren und besonders sich um Sie und Ihre Sicherheit sorgen. Meine Frage ist also: Ich weiß, daß Sie viel Druck und Belastung erfahren. Fühlen Sie sich geängstigt, nervös oder unruhig, besonders unter der Bedrohung aus dem Westen?

Haben Sie ein neues Rußland geschaffen oder hat Rußlands Geschick Sie erschaffen? Was möchten Sie den Chinesen sagen und wie kommentieren Sie die vergangenen zehn Jahre der russisch-chinesischen Beziehungen? Was sind Ihre Vorhersagen und Erwartungen für die Zukunft der Beziehungen zwischen Rußland und China? Ich danke Ihnen sehr.

Wladimir Putin: Wissen Sie, bei meiner Arbeit denke ich nie daran, eine historische Leistung zu vollbringen. Statt dessen priorisiere ich, das zu tun, was getan werden muß und worauf wir nicht verzichten können. In diesem Sinne prägen die gegenwärtigen Umstände unseres Landes uns alle, mich eingeschlossen.

Apropos Angst, viele würden mich gerne sagen hören, daß ich Angst habe, aber wenn ich vor allem Angst hätte, würde ich nichts tun. Ich kann es mir nicht erlauben, mich in meiner Position von der Angst leiten zu lassen. Ich muß mich von den Interessen des Volkes Rußlands und des russischen Staates leiten lassen, was ich tue und tun werde.

Ich werde tun, was ich zum Wohle meines Volkes und meines Landes für notwendig halte.

Die russisch-chinesischen Beziehungen haben in den letzten Jahrzehnten ein beispielloses Maß an Offenheit, gegenseitigem Vertrauen und Effektivität erreicht. China ist der größte Handels- und Wirtschaftspartner unseres Landes. Wir kooperieren in allen Bereichen. Im militärischen Bereich führen wir regelmäßig Übungen durch. In der Militärtechnologie genießen wir ein in der Geschichte unserer beiden Länder beispielloses Vertrauen. Gemeinsam fördern wir kulturelle und humanitäre Projekte und natürlich auch in der Wirtschaft.

Das größte Handelsvolumen Rußlands findet mit China statt, und es wächst schnell und gewinnt an Dynamik, noch bevor die Sanktionen den Handel nach Asien und China verlagert haben.

Mein Freund Herr Xi Jinping und ich - er hat mich seinen Freund genannt und ich betrachte ihn als solchen - wir haben uns zum Ziel gesetzt, ein bestimmtes Handelsvolumen zu erreichen. Wir werden dieses Ziel sicherlich erreichen, da wir uns schneller als geplant darauf zu

bewegen.

Was unsere Haltung gegenüber China betrifft, so behandeln wir China und seine Menschen als Freunde und respektieren ihre Kultur und Traditionen zutiefst. Ich bin zuversichtlich, daß wir auf einem so soliden Fundament sicher weiter vorankommen können.

Fjodor Lukyanov: Herr Präsident, da wir gerade von der Befürchtung sprechen, die Herr Wang erwähnte, als Sie in diesem Frühjahr auf die Existenz des Nuklearfaktors hinwiesen, waren einige Leute nervös, weil sie sich daran erinnerten, was Sie hier auf unserer Jahrestagung vor vier Jahren gesagt haben. Sie haben gesagt, daß wir alle in den Himmel kommen würden, aber wir haben es nicht eilig, dort anzukommen, richtig? (Lachen.)

Sie haben gesagt, aufgehört zu haben zu denken: Das ist beunruhigend.

Wladimir Putin: Ich habe es absichtlich getan, um Sie ein wenig zu beunruhigen. Mission erfüllt. (Lachen.)

Fjodor Lukjanow: Ich verstehe. Vielen Dank.

Mohammed Ihsan, bitte.

Mohammed Ihsan: Ich bin Professor Mohammed Ihsan aus der Region Kurdistan im Irak. Ich bin so froh, hier zu sein, Herr Präsident, wirklich.

Ich habe eine direkte Frage an Sie: Das Thema dieser Sitzung ist posthegemoniale Weltgerechtigkeit und eine Sicherheit für alle. Glauben Sie zum jetzigen Zeitpunkt, daß die Kurden in vier Teilen Kurdistans in Zukunft mehr, bessere Sicherheit und mehr Gerechtigkeit erfahren werden? Wenn es Ihnen nichts ausmacht, näher darauf einzugehen.

Und, wie Sie sagten, in Mittelamerika und Afrika ist die russische Flagge überall zu sehen. Sie haben Menschen, die Rußland lieben und unterstützen. Sie stellen sicher, daß Sie auch im Nahen Osten viele Unterstützer und viele Liebhaber für Rußland und nur für Präsident Putin haben. Vielen Dank.

Wladimir Putin: Vielen Dank für den letzten Teil. Es gibt Fahnen in europäischen Ländern und in den USA übrigens auch, dort haben wir viele Unterstützer. Übrigens hält ein großer Teil der US-Bevölkerung an traditionellen Werten fest, und die sind mit uns, das wissen wir.

Was die Kurden betrifft, habe ich bereits gesagt, nicht in Bezug auf die Kurden, sondern allgemein auf alle Völker: Natürlich müssen wir einen Interessenausgleich anstreben. Nur wenn ein Interessenausgleich erreicht wird, kann Frieden nachhaltig sein, auch im Falle des kurdischen Volkes.

Fjodor Lukjanow: Herr Staris, bitte machen Sie weiter.

Constantin Staris: Danke.

Guten Abend.

Constantin Staris, Republik Moldau. Ich vertrete natürlich die parlamentarische Opposition, weil unsere Regierung, leider für unser Land und unser Volk, weiterhin andere Ziele für ihre Auslandsreisen bevorzugt. Infolgedessen gingen heute in Kischinau die Lichter aus, fast ein totaler Stromausfall. Aber das wollte ich nicht sagen.

Ich habe eine Frage, aber zuerst muß ich eine Pflicht erfüllen. Herr Präsident, Sie haben so nett über Ihre Familie gesprochen, daß ich mir diese Gelegenheit nicht entgehen lassen kann: Ich habe zwei Kinder, sie sind acht und zehn, beide Schüler des Puschkin-Lyzeums in Kischinau. Sie baten mich, Sie zu begrüßen, und ich konnte mir dieses kleine väterliche Vergnügen nicht versagen. Also, hallo von Alexandra und Gavril aus Kischinau.

Wladimir Putin: Danke.

Constantin Staris: Jetzt meine Frage.

Sie sagten in Ihrer Rede, daß zwangsläufig neue Modelle der Interaktion zwischen Ländern und Regionen entstehen würden. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang sinnvoll, auf die Idee zurückzukommen, die Sie bereits 2001 geäußert haben, über einen einzigen wirtschaftlichen, humanitären und kulturellen Raum, der sich von Wladiwostok bis Lissabon erstrecken

würde?

Wir Moldauer unterschiedlicher ethnischer Herkunft, würden uns freuen, dies auf der Tagesordnung zu sehen, denn für uns ist es immer schwierig, zwischen gut und gut, zwischen Europa und Rußland zu wählen. Für uns wäre es ein vielversprechendes Projekt und ein Licht am Ende des Tunnels.

Aber ist das möglich in der Welt, die wir dabei sind zu erbauen, in der Post-Konflikt-Welt, in einer Welt ohne Hegemon, Weltpolizist oder dominante Macht?

Danke!

Wladimir Putin: Ist es möglich, einen gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raum oder gar eine Region zu schaffen, um Sicherheit für alle zu gewährleisten, die auf diesem riesigen Megakontinent von Lissabon bis Wladiwostok leben? Natürlich ist es das. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Es ist nicht unsere Idee. Richtig, damals hieß es "bis zum Ural". Später änderte ich diese Idee von unseren französischen Kollegen und ehemaligen französischen Führern und erweiterte sie "bis Wladiwostok".

Wieso? Weil Menschen, die jenseits des Urals leben, von derselben Kultur durchdrungen sind, was das Wichtigste ist.

Heute finden komplexe, schwierige und tragische Entwicklungen statt. Aber im Allgemeinen, warum nicht? Insgesamt kann man sich so etwas durchaus vorstellen. Ich denke, es würde so oder so stattfinden.

Ich habe darüber in meinen Bemerkungen über Eurasien als Ganzes gesprochen, einschließlich des europäischen Teils. Wissen Sie, was wirklich wichtig ist? Es ist wirklich wichtig - ich möchte auf meine Bemerkungen zurückkommen - daß der europäische Teil seine Rechtsfähigkeit wiedererlangt.

Wie spreche ich mit einem bestimmten Partner, wenn er nichts entscheiden kann, ohne jedes Mal das "regionale Parteikomitee" in Washington anzurufen und nach dem Weg zu fragen?

Tatsächlich passiert das im echten Leben.

Ich erinnere mich, daß ein Führer zu Beginn der herausfordernden Ereignisse im Zusammenhang mit Syrien ankam. Ich hatte ein Treffen mit ihm. Wir einigten uns darauf, was und wie wir im Detail vorgehen wollten. Ganz konkret: Ich werde dies, dies und dies tun.

Von Moskau ging er nach Washington. Als er nach Paris zurückkehrte, vergaß er alles, als hätten wir uns auf nichts geeinigt. Wie sollte ich mit ihm reden? Worüber?

Wir trafen konkrete Vereinbarungen, wohin die Flotte verlegt würde, was wir tun würden und wie wir uns einigen könnten. Wir sind nicht dagegen. Wir sind alle dafür. Und wir haben eine Einigung erzielt, einen Deal.

Wie sollen wir mit denen reden? Was bringt es, mit denen zu reden? Besser wäre es Washington direkt anzurufen und es fertig zu kriegen. Ich erfinde nichts, verstehen Sie?

Natürlich verteidigt Europa seine Interessen, vor allem in der Wirtschaft, aber dann wieder halbherzig. So erfolgen die Gaspipeline-Explosionen. Dies sind nicht unsere Pipelines: Dies sind paneuropäische Pipelines. Fünf europäische Unternehmen sind Teil von Nord Stream 1. Na und? Alle schweigen, als wäre alles ein Geschäft wie immer. Sie haben sogar die Frechheit zu behaupten, daß Rußland es in die Luft gesprengt hätte. Rußland hat sich selbst in die Luft gesprengt. Haben sie den Verstand verloren oder was? Nein, sie machen weiter.

Gazprom veröffentlichte Fotos aus dem Jahr 2016, die, glaube ich, einen in den USA hergestellten Sprengsatz unter dem Pipelinesystem zeigen. Sie behaupteten, sie hätten es während Übungen verloren. Sie verloren so passend einen Sprengsatz, daß er direkt unter die Pipeline rutschte. Ich denke, der Zweck des Geräts war es, Unterwasserminen zu zerstören. Schau, hier ist das Foto.

Die internationalen Medien schweigen darüber; niemand sandte eine Meldung aus; alles versandete und war nirgendwo zu sehen: Weder online noch im Fernsehen. Dies ist ein weiterer

Fall der Monopolisierung der Medien, um das zu fördern, was sie brauchen, und alles zu eliminieren, was ihnen im Weg steht. Es gibt es, aber niemand spricht ein Wort darüber.

Deshalb ist es natürlich notwendig, diesen gemeinsamen Raum von Lissabon bis Wladiwostok in jeder Hinsicht zu schaffen. Das geht aber nur mit Wahlberechtigten. Ich will niemanden provozieren oder beleidigen, aber so ist es, das ist die heutige Realität. Trotzdem halte ich es aus historischer Sicht für möglich.

Ich habe dies bereits erwähnt, werde es aber noch einmal sagen: Helmut Kohl sagte mir einmal, daß die Vereinigten Staaten ihre Angelegenheiten, auch in Lateinamerika, irgendwann in der Zukunft selbst regeln würden, daß sich Asien auf seine eigene Weise stark entwickeln würde und wenn die europäische Zivilisation als globales Zentrum bestehen bleiben wollte, sollte es auf jeden Fall mit Rußland zusammenarbeiten. Das war die Position von Helmut Kohl. Anscheinend hat die derzeitige Führung der Bundesrepublik andere Ansichten, aber dies bleibt die Wahl der europäischen Länder.

Ich möchte jedoch auf das zurückkommen, womit Sie begonnen haben. Sie sagten, in Kischinau gingen die Lichter aus. Es ist unklar, warum sie ausgegangen sind, aber wir haben sicherlich nichts damit zu tun.

Wissen Sie, warum ich darüber spreche? Denn Rußland wird immer alles vorgeworfen - irgendwo gehen die Lichter aus, irgendwo ist eine Toilette verstopft - sorry, irgendwo geht was anderes kaputt - Rußland ist immer an allem schuld. Erinnern Sie sich an eine Frage aus einem bekannten Film: Was geschah mit der Kapelle aus dem 12. oder einem anderen Jahrhundert? Haben wir die auch zerstört?

Nein, Gott sei Dank, haben wir nicht. Aber ich möchte Ihnen etwas sagen, und es ist vollkommen wahr. Bei Gesprächen mit Vertretern der moldawischen Regierung über den Gasverkauf hat Gazprom eine sehr pragmatische, marktorientierte Position zu einem Erdgasvertrag mit Moldawien bezogen.

Moldawische Vertreter stimmten der Position von Gazprom nicht zu und bestanden auf Preispräferenzen. Gazprom sträubte sich und später kontaktierte mich Herr Miller, erklärte seine Position und sagte, er halte sie für richtig. Ich habe ihn gebeten, Moldawien auf halbem Weg entgegenzukommen, in Anbetracht der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des moldawischen Staates. Ich sagte ihm, daß diese Preise aus Marktsicht fair wären, aber Moldawien es sich nicht leisten könne, sie zu zahlen. Wenn sie nicht zahlen können, was machte es dann für einen Sinn?

Er stimmte mir nicht ganz zu, hörte aber, was ich sagte. Gazprom kam der moldawischen Regierung auf halbem Weg entgegen und unterzeichnete einen Gasliefervertrag zu den von der moldawischen Regierung festgelegten Bedingungen.

Es gab viele Details in diesem Deal, aber ich möchte das Publikum nicht langweilen, weil es wahrscheinlich niemanden außer Ihnen interessiert. Die Angaben bezogen sich auf Schulden, laufende Zahlungen und eine bestimmte Anzahlung. Insgesamt ist Gazprom Moldawien preislich auf halbem Weg entgegenkommen. Bezahlen müssen sie natürlich. Es scheint mir, daß dies vollkommen offensichtlich ist.

Es tut mir leid, daß die Dinge in Moldawien so weit kamen, daß es keinen Strom mehr gibt, aber das ist nicht unsere Schuld.

Fjodor Lukyanov: Herr Präsident, Sie haben Europa erwähnt. Es gab eine interessante Episode vor zwei Monaten oder vielleicht noch davor, als sich herausstellte, daß, als Sie kurz vor Beginn der militärischen Sonderoperation mit Präsident Macron sprachen, Journalisten in seinem Büro waren. Der Anruf wurde über die Freisprecheinrichtung übertragen und alles aufgezeichnet. Ein etwas ungewöhnliches Format. Okay, das ist nicht das erste Mal. Wie denken Sie über solche Dinge?

Wladimir Putin: Negativ. Ich glaube, es gibt bestimmte Kommunikationsformate zwischen

Staatsoberhäuptern, die eingehalten werden müssen, sonst verliert der Partner an Glaubwürdigkeit. Es ist nichts Falsches daran, daß sich Medienvertreter mit dem, was wir diskutieren, vertraut machen. Alles, was Sie zu tun hätten, wäre die andere Partei darüber zu informieren - das ist alles.

Fjodor Lukjanow: Haben sie das getan?

Wladimir Putin: Natürlich nicht. Bei Telefonaten, auch über sichere Kommunikationswege, gehen wir immer davon aus, daß es sich um vertrauliche Gespräche handelt, die nicht öffentlich gemacht werden sollen, oder wenn dies der Fall wäre, sollten die Parteien dies im Voraus vereinbaren. Wenn dies einseitig geschieht, ist dies natürlich nicht gut.

Fjodor Lukjanow: Wenn Herr Macron Sie anruft, werden Sie fragen, wer mit ihm im selben Raum ist?

Wladimir Putin: Nein.

Fjodor Lukjanow: Warum? Vielleicht sollten Sie.

Wladimir Putin: Weil ich jetzt davon ausgehe, daß jemand zuhört.

Fjodor Lukjanow: Ich verstehe (Lachen).

Übersetzung aus dem Russischem: Unser Mitteleuropa.<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 19. November 2022 (x1.201/...):

>>Was die Verbündeten Amerikas am Ende erwartet

Von *JURY TAVROVSKY*

"Es ist gefährlich Amerikas Feind zu sein, aber sein Freund zu sein ist tödlich!" - an dieses Zitat von Henry Kissinger werden auch Vertreter aus Asiens High-Tech-Industrien nach Aufnahme in die sogenannte "Chip 4" Allianz in diesen Tagen erinnert.

Besagte Initiative des Weißen Hauses, zu der die USA Japan, Südkorea und Taiwan einbindet, zielt in erster Linie darauf ab, die Ausfuhr von hochentwickelten Mikroprozessoren oder "Chips" an den vermeintlichen Konkurrenten China stark einzuschränken oder von gewissen Belieferungen sogar ganz auszuschließen. Die Verwirklichung dieses Plans wäre für Taiwan und seine Wirtschaft katastrophal, weil 60 % seiner Industrieproduktion Halbleiterprodukte ausmachen.

Der größte Abnehmer der Chips aus Taiwan ist China, auf welches 28 % aller Exporte der Insel entfallen. Daran hielten Halbleiter im vergangenen Jahr einen Anteil von 62 % mit einem Gesamtwert über 155 Milliarden Dollar. So konnten in der ersten Hälfte des laufenden Jahres bereits 79 Milliarden Mikroprozessoren von Taiwan nach Festland-China geliefert werden.

Die South China Morning Post aus Hongkong weiß über die negativen Auswirkungen dieses Chip-Embargos auf Taiwan und Südkorea zu berichten. Auf Halbleiterhersteller der beiden Länder entfallen rund 80 % aller hochentwickelten Chips höchster Wertschöpfung, die auf kundenspezifischen Fertigungsanlagen gemäß solchen Aufträgen hergestellt werden. Jene Sanktionen werden nicht nur den Absatz des größten taiwanesischen Chipherstellers TSMC aus Hsinchu wie auch des koreanischen Industriegiganten Samsung hart treffen, sondern besonders ihre Fabrikationsstätten, die sich zum Teil heute schon in China befinden.

The Plaza Hotel in New York City: Schauplatz des Plaza-Abkommens

Es ist nicht das erste Mal, daß Amerika seine „Freunde, auffordert, sich "höheren Interessen" zu beugen. Mitte der 80er Jahre hatte Japan schon einmal die Rolle eines Wirtschaftskamikaze zu spielen: Für gewisse Zeit vermochte Tokio sich damals dem Druck der USA noch zu entziehen bis es schließlich nachgeben mußte und am 22. September 1985 das berühmte Plaza-Abkommen unter den damals G5 Staaten zu unterzeichnen hatte, um den US-Dollar gegenüber dem japanischen Yen sowie auch der damals noch bestehenden Deutsch Mark abzuwerten:

Japanische Exporte verloren danach an Konkurrenzfähigkeit und das Land der aufgehenden

Sonne stürzte in eine Rezession. So wurde Japan schon einmal für zwei folgende Jahrzehnte in Stagnation und Niedergang getrieben.

Übersetzung aus dem Russischen: Unser Mitteleuropa.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 21. November 2022 (x1.206/...): >>**Krieg der USA gegen Rußland - von langer Hand geplant**

Die oberflächliche Glaubensvorgabe vom Krieg Rußlands gegen die arme Ukraine, die uns von der "Schutzmacht" USA durch ihre deutschen medialen Sprachrohre unaufhörlich einsuggeriert wird, weicht gleich einer etwas anderen Beurteilung, wenn man den Hintergründen der imperialistischen Geopolitik der USA etwas nachspürt. Sie liegt offen zutage und wird von den US-Eliten überhaupt nicht geheim gehalten. Und amerikanische alternative Medien legen den Finger auf die entscheidenden Nachweise.

Die US-Denkfabrik Rand Corporation

Die amerikanische Webseite "Information Clearing House" veröffentlichte am 11. Oktober einen Leitartikel 1, in dem zum Verständnis der gegenwärtigen Ereignisse in der Ukraine auf eine wichtige Studie der Rand Corporation hingewiesen wurde. Diese sei vor mehr als drei Jahren veröffentlicht worden und zeige unbestreitbar, daß der Krieg in der Ukraine in Wirklichkeit Teil der Konkretisierung einer von langer Hand geplanten größeren vorsätzlichen Kriegsführung gegen Rußland sei, mit der die Vereinigten Staaten versuchten, Moskau zu zermürben und zu unterwerfen.

Was jetzt geschehe, sei zweifellos der Höhepunkt einer von den USA seit langem betriebenen Planung. Das verleihe dem aktuellen Konflikt in der Ukraine, der sich nun schon im achten (inzwischen neunten) Monat befindet, eine ganz andere Bedeutung. Es handele sich nicht um einen "unprovzierten" Angriff auf die Ukraine und die "westlichen demokratischen Werte" durch eine "russische Aggression", wie es die westlichen Regierungen und Medien gerne darstellten. Der Konflikt sei durch politische Entscheidungen Washingtons und seiner NATO-Partner absichtlich entfacht, weiter angeheizt und nun noch verschärft worden.

"Die Rand Corporation ist eine der ältesten Denkfabriken in den USA und wurde 1948 gegründet. Einer ihrer Mitbegründer war der Luftwaffenkommandeur General Curtis LeMay, der 1945 die Brandbomben auf Tokio und den atomaren Holocaust in Hiroshima und Nagasaki geplant hatte. LeMay war ein fanatischer "Kalter Krieger", der sich Anfang der 1960er Jahre gegenüber Präsident John F. Kennedy für einen nuklearen Präventivschlag gegen die Sowjetunion aussprach."

Das von ihm mitgegründete Unternehmen Rand wird nach Wikipedia zu 82 % vom US-Verteidigungs-Ministerium und anderen staatlichen Stellen finanziert. Es kann also "in gewisser Weise als das öffentliche Sprachrohr des Pentagon und der CIA angesehen werden."

Die Aktualität der oben genannten Studie mit dem Titel "Overextending and Unbalancing Russia", die im April 2019 veröffentlicht worden sei, ergebe sich aus der Tatsache, daß sich die realen, aktuellen Ereignisse so entwickeln, wie es die amerikanischen Planer vorgesehen hätten.

"Die Rand-Autoren haben unter anderem folgende "kostenverursachende Optionen" gegen Rußland vorgeschlagen:

- Bereitstellung tödlicher Militärhilfe für die Ukraine
- Mobilisierung der europäischen NATO-Mitglieder
- Die Verhängung strengerer Handels- und Wirtschaftssanktionen
- Steigerung der Energieproduktion der USA für den Export nach Europa
- Ausbau der europäischen Importinfrastruktur für die Versorgung mit US-Flüssigerdgas (LNG)

Der von den USA unterstützte Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 war das Schlüsselereignis, das all diese nachfolgenden Planungen möglich machte. Das Regime, das an die Macht

kam, war rabiät antirussisch und von neonazistischer Ideologie durchdrungen. Es war ein eifriges Werkzeug der amerikanischen und der NATO-Politik, um Rußland zu provozieren und zu attackieren.

Acht Jahre lang lehnte das Kiewer Regime Friedensverträge ab und führte mit voller Unterstützung der USA und der NATO einen völkermörderischen Krieg gegen die russischsprachige Bevölkerung in den selbsterklärten Donbass-Republiken. Diese Republiken haben sich nun zusammen mit zwei anderen ehemaligen ukrainischen Regionen der Russischen Föderation angeschlossen."

Der Artikel weist weiter darauf hin, daß Rußlands militärischer Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 durch eine unerbittliche, von der NATO unterstützte Aggression nicht nur gegen ethnische Russen in der Ukraine, sondern auch gegen Rußland selbst ausgelöst worden ist. Der Krieg sei für Rußland zu einer Notwendigkeit geworden, um seine nationalen Interessen zu verteidigen, ausgelöst durch einen Stellvertreterkrieg, der von den Vereinigten Staaten und ihren NATO-Verbündeten angezettelt worden sei.

Die Rand Corp-Studie mache überdeutlich, daß der sich anbahnende gefährliche Konflikt zwischen den Atommächten von Anfang an von den USA orchestriert wurde. Die Welt sei Zeuge einer grauenerregenden Situation, die quasi einem Dritten Weltkrieg gleichkomme, wie der Kolumnist Declan Hayes geschrieben habe.

"Auf grausame Weise liefern die USA und ihre NATO-Partner immer mehr tödliche Waffen in die Ukraine, die direkte Angriffe auf russisches Territorium ermöglichen. Unter der ruchlosen Vormundschaft Washingtons und Londons verschmäht das Kiewer Regime jegliche diplomatischen Bemühungen um eine politische Friedenslösung. Gut gemeinte Friedensvorschläge internationaler Persönlichkeiten wie des Unternehmers Elon Musk oder des Musikers und Pink-Floyd-Mitbegründers Roger Waters werden mit Spott und Morddrohungen beantwortet.

Es scheint eine Spirale des Wahnsinns zu geben, der die USA, die europäischen Eliten und das Kiewer Regime ausgeliefert sind.

Der Kreml hat gewarnt, daß er "alle notwendigen Mittel" einsetzen wird, um sich zu verteidigen, wenn Rußlands existentielle Sicherheit auch durch "konventionelle Waffen" bedroht ist. Die Dynamik, die hier herrscht, birgt die Gefahr eines katastrophalen Atomkriegs in sich, der die Kuba-Krise von 1962 in den Schatten stellt.

Es muß betont werden, daß das gegenwärtige gefährliche Dilemma bewußt durch politische Entscheidungen der USA herbeigeführt wurde."

Der Artikel erinnert daran, daß Zbigniew Brzezinski, der ehemalige US-Präsidenschaftsstrategie Jimmy Carters (1977-1981), in seinem 1997 erschienenen Buch "The Grand Chessboard" ("Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft") die Ukraine als "Dreh- und Angelpunkt" für die hegemoniale Kontrolle über Eurasien und als Brückenkopf zur Destabilisierung Rußlands angepriesen habe.

Brzezinski sei auch der Architekt des "Afghanischen Schlamassels" gewesen, den die USA heimlich anzettelten, um die sowjetischen Truppen in einen zehnjährigen Krieg (1979-1989) hineinzuziehen. Dieser Krieg sei durch die massive Bewaffnung afghanischer Stellvertreter (aus denen sich später die Al-Qaida und andere islamistische Terrornetzwerke entwickelten) bewußt herbeigeführt worden, um der Sowjetunion "ihr Vietnam" zu bereiten. Die schwächenden Auswirkungen auf Moskau durch die "Afghanistan-Falle" sei wohl ein kausaler Faktor für den letztendlichen Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 gewesen.

"Was derzeit in der Ukraine geschieht, weist untrügliche Parallelen auf. Wie die Rand Corp. bereits vorwegnahm, zielt der Konflikt darauf ab, 'Rußland zu überfordern und aus dem Gleichgewicht zu bringen'.

Es besteht kein Zweifel daran, daß der militärische, wirtschaftliche und politische Druck, der

auf Moskau ausgeübt wird, zur Schwächung des russischen Staates, zum Zusammenbruch der Regierungsstrukturen, zum Regimewechsel und zur Zersplitterung des nationalen Territoriums in ungleiche Ministaaten führen wird, über die die USA eine hegemoniale Vorherrschaft ausüben können, um Rußlands enorme Naturreichtümer auszubeuten. Der russische Präsident Wladimir Putin hat kürzlich darauf hingewiesen, daß dieses geopolitische Ziel, Rußland zu besiegen, der Prüfstein unserer Zeit ist."

Andere Quellen würden die Schlußfolgerung bestätigen, daß dieser Konflikt ein gewollter Krieg ist.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg habe wahrscheinlich unabsichtlich enthüllt - in einem Meinungsartikel für die Financial Times im vergangenen Monat - daß der von den USA geführte Militärblock die Ukraine seit 2014 mit Waffen versorgt, um die Spannungen mit Rußland zu schüren.

Die NATO-Waffen, die in die Ukraine gepumpt werden, seien also keine Maßnahme zur "Verteidigung" (der Ukraine) gegen Rußland. Die offensive Militärhilfe werde lediglich beschleunigt, nachdem die ehemalige Sowjetrepublik und Rußlands unmittelbarer westlicher und historisch enger Nachbar jahrelang provokativ aufgerüstet habe.

"Letzten Monat hat ein anderer hochrangiger NATO-Befehlshaber, Admiral Rob Bauer, Vorsitzender des Militärausschusses des Blocks, dreist zugegeben, daß: 'Die Planung dafür (für den gegenwärtigen Krieg) begann vor Jahren, aber wir setzen sie jetzt um.'

Es ist daher unbestreitbar, daß Anklage erhoben werden kann und sollte. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten sind schuldig, einen vorsätzlichen Angriffskrieg gegen Rußland zu führen, der seit langem geplant ist."

Das sei nicht nur nach den Nürnberger Grundsätzen ein schweres Kriegsverbrechen. Es bringe auch die Existenz des gesamten Planeten in große Gefahr.

"Kann es etwas teuflisch Böseres geben?"<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtete am 25. November 2022 ([x1.205/...](#)): >>**Ukraine nur "Aufwärmen" für einen "sehr langen" Kampf mit Rußland und China?**

Die unabhängige geopolitische Webseite The Intel Drop in Reykjavik, Island, faßt in einem Artikel vom 8. November 2022 die besorgniserregenden strategischen Vorbereitungen des US-Weltimperialisten gegen Rußland und China ins Auge, wobei Rußland als "akute Bedrohung" und China als "langfristiger strategischer Konkurrent" bezeichnet werde. –

Ohne diese Dinge ins Bewußtsein zu nehmen, sind die Ereignisse der Gegenwart und Zukunft nicht zu verstehen. Der Krieg gegen Rußland ist in der Ukraine bereits im Gange, und auch der des Westens gegen China wird von den beherrschten Bevölkerungen kaum zu verhindern sein, wenn nicht ein großes Aufwachen stattfindet.

Fantine Gardinier weist dort darauf hin, daß die USA seit 2018 ihren primären strategischen Fokus in der Vorbereitung auf den sogenannten "Großmacht-Wettbewerb" mit Rußland und China sehen. Die USA behaupteten, daß diese beiden Nationen an der Spitze der (feindlichen) Bemühungen stünden, die von den USA geführte globale Ordnung, die am Ende des Kalten Krieges geschaffen wurde, zu stürzen.

US-Marineadmiral Charles Richard, der Leiter des Strategischen Kommandos (Stratcom) der USA, habe kürzlich gewarnt, daß die USA bald in einen langwierigen Konflikt mit China verwickelt sein würden, wie es ihn noch nie gegeben habe. Das Stratcom sei für die Atomwaffen des Landes sowie für die als C4ISR bezeichneten defensiven (wohl aufdeckenden) und offensiven (aggressiven, täuschenden) Informationssysteme zuständig.

"Wir müssen die Art und Weise, wie wir an die Verteidigung dieser Nation herangehen, schnell und grundlegend ändern", habe Richard letzte Woche auf einem Navy-Symposium gesagt.

"Diese Ukraine-Krise, in der wir uns gerade befinden, ist nur das Aufwärmen.

Die große Krise wird kommen. Und es wird nicht mehr lange dauern, bis wir auf eine Art und Weise getestet werden, wie wir es schon lange nicht mehr wurden."

Richard habe davor gewarnt, daß "das Schiff langsam sinkt", weil China schneller neue Fähigkeiten entwickle als die Vereinigten Staaten, die sich auf dem Schlachtfeld bald zahlenmäßig unterlegen und unterklassig fühlen werden.

"Es spielt keine Rolle, wie gut unser (Operationsplan) ist oder wie gut unsere Kommandeure sind oder wie gut unsere Pferde sind - wir werden nicht genug davon haben. Und das ist ein sehr kurzfristiges Problem", so Richard.

Richard habe auch die Stagnation der USA kritisiert, die "die Kunst" verloren hätten, neue Systeme schnell zu liefern.

"Die Air Force ging von einer fast auf einer Serviette geschriebenen Anfrage aus ... als sie in den späten 1950er-Jahren herausfand, daß die sowjetischen integrierten Luftverteidigungssysteme an den Punkt kamen, an dem die B-52 es einfach nicht mehr schaffen würde, und wir ein Ding namens 'Marschflugkörper' benötigten", habe Richard in Erinnerung gerufen.

Die USA lägen, so die Autorin, auf dem wichtigen Gebiet der Raketen bereits hinter China zurück. China verfüge über eine Generation von Marschflugkörpern mit extrem hoher Reichweite, eine ganze Reihe von ballistischen Raketen und mehrere Arten von Hyperschallwaffen, worauf die USA keine Antwort hätten. Vgl. © Fan Lingzhi; Global Times

Peking habe außerdem ein Radar entwickelt, das Tarnkappenflugzeuge aufspüren könne, und damit begonnen, seine neuesten Kriegsschiffe damit auszurüsten, was die gepriesenen F-22- und F-35-Flotten der USA in Gefahr bringe.

"Besonders beunruhigt ist das Pentagon jedoch über ein fraktioniertes orbitales Bombardierungssystem, das China im vergangenen Jahr getestet hat und das seiner Ansicht nach Teil der chinesischen Militarisierung des Weltraums ist. Die USA haben 2019 eine eigene Space Force gegründet, deren Gründungsdokumente jedoch deutlich machen, daß ihr Ziel die Verteidigung der amerikanischen Vormachtstellung im Weltraum ist und nicht die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums."

Vergleiche zwischen Rußlands Sondereinsatz in der Ukraine und einer mutmaßlichen chinesischen Invasion Taiwans seien von der amerikanischen Führung seit Beginn der Operation im Februar gezogen worden, obwohl die Chinesen dagegen protestierten. Die USA bereiteten sich jedoch spätestens seit Ende 2017 auf einen Konflikt mit China vor, als die Trump-Administration eine Reihe neuer strategischer Dokumente vorgestellt habe, die einen Wandel in der US-Außenpolitik skizziert hätten.

Die jüngste Nationale Verteidigungsstrategie, die im vergangenen Monat vom Pentagon veröffentlicht wurde, setze die Planung für den sogenannten "Großmächte-Wettbewerb" mit Rußland und China fort, wobei Rußland als "akute Bedrohung" und China als langfristiger Konkurrent angesehen werde. Darin bezeichne US-Verteidigungsminister Lloyd Austin Peking als Washingtons "konsequentesten strategischen Konkurrenten für die kommenden Jahrzehnte".<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 4. Dezember 2022 (x1.186/...):

>>Selbsterstörerische EU-Politik gegen Rußland treibt Europa in den Untergang - USA als Profiteur

"Durch Erfahrung immer dümmel!" Mit diesem Zitat soll Karl Kraus die Verhältnisse in Österreich in der Zwischenkriegszeit beschrieben haben. Leider trifft diese Haltung inzwischen auf die ganze EU zu!

Russenhaß statt Kooperation

Die EU ist ein lernunfähiger Koloß, der stur an verrückten ideologischen Dogmen, aber auch an anderen unsinnigen Paradigmen festhält. Ein derartiges unsinniges Paradigma ist der tief-

sitzende Russenhaß, der sich in Europa mindestens 200 Jahre zurückverfolgen läßt. Dumm ist bloß, daß sich diese Haltung von unseren angloamerikanischen "Freunden" wunderbar instrumentalisiert läßt.

Dadurch hat sich die EU in einen selbstzerstörerischen Antagonismus gegenüber Rußland hineintreiben lassen, anstatt eine Kooperation mit Rußland zum gegenseitigen Vorteil anzustreben. Das begann schon mit der unsinnigen NATO-Osterweiterung, für die es nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes keinen objektiven Grund gab. Die Behauptung, daß die NATO ein Verteidigungspakt sei, ist absurd. Die NATO ist ein Angriffspakt, wie die unzähligen Kriege, die die NATO in den letzten 20 Jahren geführt hat, belegen. Wer immer einen Angriffspakt beitrifft, muß wissen, daß er Anderen auf die Zehen steigt.

Kriegsakt gegen Deutschland bleibt ohne Folgen

Es kann daher auch für die Ukraine keine Art von "Naturrecht" geben, der NATO beizutreten, wie die westliche Propaganda ständig behauptet. Es war aber gerade diese Osterweiterung, die den Ost-West-Antagonismus perpetuierte. Niemand begreift in der EU, daß damit amerikanischen Interessen zum Schaden europäischer Interessen gedient wird. Nicht einmal die Sprengung der Nordstream-Leitungen durch die USA und/oder den Briten konnte daran etwas ändern, obwohl so ein Akt in jeder anderen Situation als Kriegsakt gegen die EU, aber insbesondere gegen Deutschland aufgefaßt worden wäre.

Daß der Ukrainekrieg für die USA zu Lasten Europas ein Bombengeschäft ist, dämmert derzeit nur Wenigen in der EU. Wesentlich dabei sind die unsinnigen Sanktionen, mit denen sich ausschließlich die EU ständig in das eigene Knie schießt.

Ende des Ukrainekrieges ist absehbar

Die Gründe dafür sind schnell aufgezählt:

Die NATO hat bereits Zweidrittel ihrer Munitionsreserven aufgebraucht und verfügt über keine ausreichende Kapazität den Verbrauch zu ersetzen. Rußland verfügt hingegen ganz offensichtlich über einen gigantischen Vorrat vor allem an Artilleriegeschossen.

Praktisch alle verfügbaren Reserven der NATO an Waffen sind bereits in der Ukraine und werden dort laufend von der russischen Armee zerstört.

Rußland verfügt über die totale Luftüberlegenheit über den ukrainischen Luftraum, wodurch jetzt die systematische Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur ermöglicht wurde.

Bereits jetzt leidet die ukrainische Armee unter Versorgungsmängel, die darauf zurückzuführen sind, daß das Transportwesen in der Ukraine hauptsächlich auf E-Loks beruht, die durch die Beeinträchtigung der Stromversorgung nur noch beschränkt betrieben werden können.

Die bisherigen Verluste der ukrainischen Armee sind horrend, wie unlängst Kommissionspräsidentin von der Leyen zugegeben hat. Zu den von ihr genannten 100.000 Gefallenen müssen mindestens noch doppelt so viele Verwundete hinzugerechnet werden.

Selenskyj rühmte sich über eine Armee von einer Million Mann zu verfügen. Diese Anzahl schmilzt laufend dahin und wird in Zukunft durch all die Nachteile der ukrainischen Armee noch schneller schmelzen.

In Kürze werden die russischen Reserven zum Einsatz kommen, die sich jetzt noch in Ausbildung befinden und so dem russischen Kommando ganz andere Operationsmöglichkeiten offerieren.

Selenskyj selbst hat die Aussichtslosigkeit der ukrainischen Position selbst indirekt durch seine kriminelle Operation unter falscher Flagge gegen Polen wohl indirekt eingestanden.

Friedensgespräche für Westen gleicht einer Kapitulation

Jeder, der also bis drei zählen kann, kann sich ausrechnen wie der Krieg nächstes Jahr ausgehen wird. Das Naheliegendste wäre jetzt, schnellstens ernsthafte Friedensgespräche zu beginnen, bei denen die legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands im Vordergrund stehen müßten. So ein Schritt wird jedoch vom kollektiven Westen als "Kapitulation" betrachtet und somit

nicht in Betracht gezogen.

Die "Kapitulation" würde darin bestehen, daß der Westen seinen absurden Anspruch die ganze Welt zu kontrollieren, aufgeben müßte. Dazu ist man nicht bereit. Man glaubt tatsächlich, daß der ganze Planet dauerhaft nach der amerikanischen Pfeife tanzen muß. Die Realitätsverweigerer in Brüssel und Berlin wollen lieber warten, bis die ukrainische Armee kollabiert und Rußland einfach Tatsachen nach dem eigenen Dafürhalten schafft.

Selbstzerstörerische Sanktionen sollen weiter verstärkt werden

Statt Friedensverhandlungen einzuleiten versucht man jetzt nochmals das, was bisher schon nicht funktioniert hat, nämlich die Verschärfung der Sanktionen durch eine Ölpreisobergrenze von 60 Dollar. Dabei geht man offenbar davon aus, daß Rußland ausschließlich von den Öleinnahmen lebe und ohne sie bald zusammenbrechen werde. Treffend für diese unsinnige Einschätzung ist die Bezeichnung Rußlands als "Tankstelle mit Atomwaffen".

Daß diese "Tankstelle mit Atomwaffen" gerade dabei ist den kollektiven Westen in der Ukraine zu besiegen, wollen die Realitätsverweigerer nicht zur Kenntnis nehmen. Der Ölpreisdeckel wird für Europa wieder muntere Preissteigerungen bei den Treibstoffen verursachen, nachdem das offizielle Rußland bereits angekündigt hat, zu diesen Bedingungen gar kein Öl zu liefern. Man kann es sich offenbar leisten. Rußland hat sich auf diese Situation bereits vorbereitet und 109 Tankschiffe gekauft.

Es gibt rund um den Globus genügend Abnehmer für russisches Öl und die Sinnlosanktionen der EU werden ins Leere laufen und den Ruin Europas weiter befördern. Die Sieger in diesem Konflikt werden neben Rußland die USA sein, die die europäische Industrie durch niedrige Energiekosten absaugen werden. Hinzu kommen noch umfangreiche Förderprogramme, wie der "Inflation Reduction Act", durch den amerikanische Firmen, oder Firmen die in den USA operieren, massiv bevorzugt werden.

Die herrschenden Machteliten in Europa haben in allem und jedem jegliches Maß und Ziel verloren und treiben jede Idee bis zum Exzeß und führen sie dadurch ad absurdum. Letztlich schadet sich die EU und da wieder vor allem Deutschland wirtschaftlich am meisten. Ein wirtschaftlich starkes Deutschland ist aber die Zentripetalkraft, die die EU zusammenhält. Ruiniert sich Deutschland selbst, ruiniert Deutschland auch die EU.

Die ost- und südeuropäischen Länder haben ohne ein ... wirtschaftlich starkes Deutschland keine Motivation mehr, in der EU zu verbleiben. Man wird sich lieber, wie derzeit schon Ungarn, mehr und mehr an China orientieren.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 5. Dezember 2022 (x1.215/...): >>>Abschuß der MH 17 - Das politische Urteil eines Schauprozesses

Der Malaysia-Airlines-Flug 17 (Flugnummer MH17) war ein internationaler Linienflug der Malaysia Airlines von Amsterdam nach Kuala Lumpur. Am 17. Juli 2014, in den Anfangswochen des Krieges der ukrainischen Armee gegen die russischsprachigen Ostregionen, wurde das Flugzeug vom Typ Boeing 777-200ER mit 298 Insassen über dem Osten der Ukraine abgeschossen, angeblich mit einer russischen Luftabwehrrakete.

Der frühere Lufthansa-Pilot Peter Haisenko hat diese Version schon früh bestritten. Nach der kürzlichen Verurteilung von drei Russen durch ein holländisches Gericht befaßt sich Peter Haisenko nachfolgend erneut mit dem Fall. Wir danken ihm herzlich für die Abdruckerlaubnis seines Artikels. (Herbert Ludwig)

Von *Peter Haisenko*

Jetzt hat das Gericht in Holland drei Russen verurteilt zu lebenslangen Haftstrafen, weil sie am Abschuß der MH 17 beteiligt gewesen sein sollen. Dieses Urteil hätte niemals gefällt werden dürfen, denn die Beweisaufnahme ist unvollständig. Die USA haben die Herausgabe von Beweismaterial verweigert, das der Richter angefordert hatte. Warum also kommt dieses Urteil gerade jetzt?

Im Januar 2015, also ein halbes Jahr nach dem Abschluß der MH 17, erhielt ich eine Einladung nach Amsterdam von der dortigen Kriminalpolizei. Bei dem Treffen waren drei Beamte aus Holland anwesend und einer aus Australien. Wir gingen gemeinsam alle bekannten Fakten durch und stimmten darin überein, daß meine Analyse zu der Tragödie fehlerfrei ist. Die vier Beamten waren überzeugt, daß die MH 17 von einem Kampfflugzeug abgeschossen worden ist.

Wir hatten keine Beweise, daß es ein ukrainisches war, aber alle Wahrscheinlichkeiten ließen es vermuten. Dann kam die Ernüchterung. Mir wurde mitgeteilt, daß die holländischen Beamten dieses weitgehend gesicherte Ergebnis nicht veröffentlichen dürfen. Sie durften das nicht einmal vor Gericht bezeugen. Spätestens da wußte ich, daß die Wahrheit nicht an die Öffentlichkeit kommen durfte.

Dann gab es da einen Herrn Resch. Der hatte von einem anonymen Auftraggeber 30 Millionen € zur Verfügung gestellt bekommen, um Beweismaterial und Zeugenaussagen zur MH 17 zu bekommen. Dieser integre Herr hat große Mengen davon eingesammelt und das Ergebnis war eindeutig. Es war ein ukrainisches Kampfflugzeug, das die MH 17 abgeschossen hat. Dieses Konvolut an Beweismaterial hat er sowohl der deutschen Kriminalpolizei übergeben wollen, als auch dem holländischen JIT, dem "Joint Investigation Team".

Die Reaktion darauf war bemerkenswert. Weder die deutschen Behörden noch die Holländer wollten dieses Material auch nur sichten. Herr Resch selbst wurde bedroht von deutschen Beamten. Es gab eine Hausdurchsuchung bei ihm und sein Schließfach in der Schweiz wurde geöffnet und Materialien entwendet. Das heißt, es muß dazu einen richterlichen Beschluß von höchster Stelle gegeben haben. Fühlt sich da jemand an Julian Assange erinnert? Wer die Wahrheit sagt, muß ein schnelles Pferd haben. ...

Malaysia wurde von den Ermittlungen ausgeschlossen

Im Sommer 2019 erhielt ich eine Einladung nach Kuala Lumpur/Malaysia zur Teilnahme an einem Symposium, das sich mit MH 17 beschäftigen sollte. Also von dem Land, das am meisten von diesem Verbrechen betroffen war und dem verweigert wurde, an der Aufklärung Teil zu haben. Allein das widerspricht allen internationalen Konventionen zur Aufklärung von Flugzeugunglücken. Ich konnte dort unter anderem mit dem malayischen Offizier sprechen, der die Flight-Recorder sichern konnte.

Sein Bericht war abenteuerlich. Es waren mindestens vier FBI-Agenten vor Ort, die mehrmals versuchten, ihn daran zu hindern, in den Besitz dieser Beweismittel zu kommen. Und als er sie hatte, versuchten sie, ihm diese Recorder wieder abzunehmen.

Die Frage hierzu muß sein, was amerikanische FBI-Agenten überhaupt in der Ukraine verloren haben. Dieser Offizier war aber mit acht Kollegen unterwegs und so konnte er die Recorder vor einem Raub durch US-Stellen bewahren. Dann allerdings hat er etwas getan, was er zutiefst bereut. Er hat diese Recorder in Kiew an englische Beamte übergeben, bevor sie die Malaien selbst auslesen konnten. Er sagte mir dazu, daß er damals noch an die Aufrichtigkeit der Engländer geglaubt hatte. Heute weiß er es besser. Malaysia hat die Rohdaten der Recorder niemals erhalten.

Eine "BUK" kann es nicht gewesen sein

Auf dieser Konferenz gab es klare Ergebnisse. Die MH 17 kann nicht von einer BUK-Rakete oder einem anderen Boden-Luft-Projektil abgeschossen worden sein. Die MH 17 ist von einem Kampfflugzeug zerstört worden. Auch in meinem Vortrag dazu habe ich vorgeführt, daß in dem "Bericht" des JIT selbst alles enthalten ist, was dessen Version des Ablaufs widerspricht. Aber welcher Journalist kann das erkennen?

Ich weiß um die nicht vorhandene Fachkompetenz der Schreiberlinge, wenn es um Luftfahrt geht. Zudem will sich niemand dieser Schmierfinken der Gefahr aussetzen, wegen eines Artikels rausgeworfen zu werden, der dem offiziell befohlenen Narrativ widerspricht.

Es wurden aber auch andere Aspekte diskutiert. Einige Informationen kamen direkt vom malayischen Geheimdienst. So wurde klar, daß dieser Abschluß eigentlich der Maschine Putins galt, die sich etwas weiter nördlich zur gleichen Zeit auf dem Weg von Rio/Brasilien nach Moskau befand. Das heißt, der Abschluß der MH 17 war ein Irrtum.

Der Pilot hat das falsche Flugzeug abgeschossen und er war darüber erschüttert. Allerdings muß man dazu auch sagen, daß dieser Verbrecher ohne Skrupel die Maschine des russischen Präsidenten abschießen wollte. Alle Informationen ergaben das Ergebnis, daß dieser Abschluß dem Ziel diente, gegen Rußland in den Krieg zu ziehen. Moskau wußte das. Warum hat der Kreml derart zurückhaltend reagiert?

Die Wahrheit wäre für Rußland zum Problem geworden

Zum einen lebt Putin noch. Zum anderen aber wäre es für die Regierung in Moskau zu einem internen Problem geworden, wenn man den Bürgern die Wahrheit erzählt hätte. Wie wollte man im Land erklären, daß man von einer Strafaktion gegen die Machthaber in Kiew absieht, obwohl die Präsident Putin ermorden wollten? Das Problem war, daß Rußland zu dieser Zeit noch nicht vorbereitet war, unter der Gefahr eines Kriegs auf diesen barbarischen Akt zu reagieren und eine Strafaktion durchzuführen.

Auch das wußte der Westen und so hat man einfach Rußland die Schuld in die Schuhe geschoben, noch bevor irgend etwas aufgeklärt war. Ja, man hatte noch nicht einmal die Recorder in der Hand und trotzdem wurde verkündet, Putin war's, obwohl er selbst das Ziel war. Genauso ist die weitere "Aufklärung" verlaufen, wie ich schon oben dargelegt habe.

Realistisch gesehen, hat der Westen damals bereits Rußland den Krieg erklärt, natürlich ohne konkrete Kriegserklärung. Es wurden beispiellose Sanktionen gegen Rußland verhängt, mit der klaren Ansage, das Ziel dieser Sanktionen ist, die Regierung im Kreml zu stürzen. So, wie unsere überqualifizierte Außenministerin jetzt nicht müde wird, das ganz deutlich auszusprechen. In diesem Sinn ist es also völlig unmöglich, den Abschluß der MH 17 ehrlich aufzuklären. Man vergleiche nur die aktuellen Reaktionen auf den Beschuß Polens durch die Kiew-Junta.

Auch da wird Rußland verantwortlich geheißen, egal was wirklich vorgefallen ist. Putin hat zu Beginn der Spezialoperation im Februar gesagt, daß es gleichgültig ist, was Moskau tut, der kollektive Westen wird seine Sanktionen nicht beenden. Die jüngsten Ansagen westlicher Politiker bestätigen seine Einschätzung der Gesamtsituation. Ach ja, die Sanktionen gegen Kuba bestehen seit 60 Jahren und sie werden nicht aufhören, bevor in Kuba eine Regierung etabliert ist, die den USA willigst ergeben ist ... oder das US-Imperium untergegangen ist.

Und wieder lügt Kiew, der Westen macht mit

Der Prozeß in Holland wegen der MH 17 steckte fest. Er konnte nicht fortgeführt werden, eben weil sich die USA weigern, vom holländischen Richter angefordertes "Beweismaterial" vorzulegen. Die gesamte Linie der Beweisführung durch das Gericht war unterbrochen. Warum also ist es jetzt doch zu einem Urteil gekommen? Zum einen hat dieses Urteil keinerlei juristische Konsequenzen. Niemand wird einer Strafe zugeführt. Politisch gesehen war es aber gerade jetzt notwendig.

Die Wahrheit über MH 17 hängt wie ein Damoklesschwert über dem Lügengebilde des Westens. Man stelle sich vor, das Gericht hätte die Wahrheit mit einem ehrlichen Urteil verkündet. Müßte man sich da nicht bei Rußland entschuldigen und eigentlich Wiedergutmachung für alle Sanktionen leisten? Wie würde sich das auf die aktuelle Lage auswirken? Gerade jetzt, wo sich Selenskyj so offensichtlich in Lügen verstrickt, zu den Raketen auf Polen.

So reiht sich der Abschluß der MH 17 ein in die vielen Lügenaktionen der USA, mit denen sie ihre Angriffs- und Zerstörungskriege rechtfertigen wollten. Allerdings ist das mit der MH 17 nicht gelungen, auch wegen der klug besonnenen Reaktion von Putin und dem Kreml. Dazu beiträgend war wohl auch meine Analyse zu diesem Abschluß, die weltweit übersetzt in meh-

rere Sprachen Millionen Menschen gelesen und für gut befunden haben.

In Malaysia selbst glaubt nur eine Minderheit die Lüge von der BUK-Rakete und 2014 sagten mir Redakteure des Bayrischen Rundfunks, daß sie meine Version als die wahrscheinlichste sehen, das aber nicht öffentlich sagen dürfen. So will man jetzt, nachdem den USA endlich gelungen ist, den offenen Krieg mit Rußland herzustellen, mit dem Urteil über die MH 17 diesen offenen Faden festbinden, die Lüge zementieren.

Dieses Urteil ist ein politisches, ein Propaganda-Urteil, mit dem Ziel, alle Fragen zum Ablauf des Abschusses endgültig zu diskreditieren. Es war ein Schauprozeß, wie er in Stalins Reich nicht besser hätte orchestriert werden können. Beweise? Vor Gericht? Wer braucht schon so etwas, wenn es gegen Rußland geht.

Geboren 1952 in München ist Peter Haisenko in seiner Jugend in Gräfelfing seiner Leidenschaft Elektronik und Technik nachgegangen. Neben seinem Abitur hat er in einem kleinen Verlag gearbeitet und dort erste Erfahrungen im publizistischen Bereich erworben.

Nach dem Abitur Ausbildung an der Lufthansa-Flugschule zum Verkehrspilot. Die folgenden 30 Jahre im weltweiten Einsatz als Copilot und Kapitän auf den Mustern B727, DC 8, B747, B737, DC 10 und A 340. Seit 2004 tätig als Autor und Journalist hat Peter Haisenko die Bücher "Bankraub globalisiert" und "England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert" veröffentlicht. Als Herausgeber "Der Weg vom Don zur Isar" in zwei Bänden. 2007 erfolgte die Gründung des Anderwelt Verlags und 2013 des Online-Magazins Anderweltonline.com. Peter Haisenko hat in den letzten Jahren etwa 1.400 Artikel veröffentlicht mit Schwerpunkten Wirtschaft, Historie, Politik und Luftfahrt.

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 7. Dezember 2022 (x1.249/...):

>>**Kultregisseur Oliver Stone - USA tragen die Schuld am Ukraine-Konflikt**

Der US-amerikanische Kult-Regisseur, Drehbuchautor und dreifache Oscar-Gewinner Oliver Stone rechnet in einem Interview mit der Regierung in Washington ab.

Er beschuldigt die USA, den Konflikt in der Ukraine anzuzünden, und bedauert, für Biden gestimmt zu haben.

US-Filmikone als "Ankläger"

In einem Interview mit der serbischen Zeitschrift Politika anlässlich des RSIFF-Filmfestivals (International Red Sea Film Festival), diesjährig im Saudi-arabischen Jeddah abgehalten, erklärte der amerikanische Regisseur und Drehbuchautor Oliver Stone, daß Washington für das Schüren des Konflikts in der Ukraine verantwortlich sei.

Er merkte dabei an, "was ist seit dem Jahr 2014 im Donbass passiert, und wie viele Menschen sind von dort weggegangen, weil die USA die ukrainische Armee massiv unterstützt haben? Seit dem Jahr 2014 war die Ukraine nicht mehr neutral, sondern wandte sich gegen Rußland, und das hat das Gleichgewicht gestört, deshalb kam es zum Konflikt."

Er warf in diesem Zusammenhang, der US-Regierung Heuchelei vor und betonte, daß Amerika "alle Regeln bricht, wenn es das will", aber andere Länder dafür verurteile.

Stone erklärte gegenüber den serbischen Journalisten auch, daß er von der Regierung Biden enttäuscht sei und es zu tiefst bereue, ihn seinerzeit gewählt zu haben. "Die Regierung ist dabei, rasch unterzugehen. Es war falsch von mir, diesen Mann zu wählen", sagte er.

Dann legt er "noch einen drauf" und erklärt, daß sich Biden nach seiner Ansicht als unfähige Führungsfigur erwiesen hätte. Seine Politik gegenüber dem Kreml sei gefährlich, so Stone weiter.

Regisseur von "US-Propaganda-Filmen" nun als "Nestbeschmutzer"?

Der Regisseur, der für seine Filme "Geboren am 4. Juli", "Platoon" und "Midnight Express" mit dem Oscar ausgezeichnet wurde, hat die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bereits mehrfach kritisiert.

Ebenso verurteilte er die Unterstützung der USA für die, von lateinamerikanischen Geheim-

diensten durchgeführte Operation Condor, bei der im Interesse rechter Diktaturen Dissidenten gefoltert und ermordet wurden. Er sprach sich für Julian Assange aus und kritisierte die Politik von Barack Obama, der, seiner Meinung nach, "den größten globalen Überwachungsstaat geschaffen hat, den es je gab - weit über die Stasi in Ostdeutschland hinaus".

Dennoch hatte er sich offenbar von der Biden-Politik zu Anfang täuschen lassen, die Erkenntnis kam dann spät aber doch.<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 8. Dezember 2022 (x1.187/...): >>**Chinas Medien erklären Notwendigkeit der Zerschlagung von "US-Weltherrschaft"**

Global Times erklärt baldiges Ende der US-Hegemonie

Washingtons Einmischung in den Konflikt in der Ukraine und sein Bestreben, den größtmöglichen Profit daraus zu schlagen, zeige die Notwendigkeit, die amerikanische Hegemonie zu besiegen, schreiben chinesische Medien.

Zerschlagung der US-Vorherrschaft essentiell für Weltfrieden

Die chinesische Zeitung Global Times faßt die vorläufigen Ergebnisse der Ukraine-Krise zusammen und kommentiert die Aussagen von Pentagon-Chef Lloyd Austin, der von einer "notwendigen Eindämmung Chinas" sprach. Dabei kommt Global Times zu dem Schluß, daß "die Zerschlagung der brutalen Hegemonie Washingtons" für den Weltfrieden notwendig sei.

In einer Rede auf dem Reagan National Defense Forum erklärte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, sein Land werde nicht zulassen, daß China "seine Region und die internationale Ordnung" umgestalte. Er fügte hinzu, daß das nächste Jahrzehnt entscheidend sei, für die Sicherheit Europas und der Welt.

Die Autoren der Global Times weisen jedoch darauf hin: Die Verleumdung Chinas durch die Vereinigten Staaten zeige den Wunsch der US-Politiker, "die Hegemonie der USA aufrechtzuerhalten".

"Die Kritik von US-Politikern an Chinas "wachsendem Willen und Macht, seine Region und die internationale Ordnung neu zu gestalten", ist jedoch nur ein Vorwand, um Washingtons Versuche zu rechtfertigen, seine Dominanz in der Welt aufrechtzuerhalten. Die "Ordnung", von der die USA sprechen, ist in Wirklichkeit ihre Hegemonie".

"In seiner Logik glaubt Washington, daß ein Land immer nach Hegemonie strebt, sobald es stärker wird. Es projiziert diese (eigene) Logik genau auf China, ein friedliches Land, und ist der Ansicht, daß ein selbstbewußteres China seine dominante Stellung in der Welt bedrohen wird. Gleichzeitig haben die USA versucht, ihre Verbündeten einzubinden, manchmal sogar mit Zwang."

Immer mehr Länder beginnen jedoch zu erkennen, daß die sogenannte "globale Ordnung" lediglich ein Produkt der globalen Dominanz der USA zur Wahrung ihrer ureigensten Interessen sei, so die Global Times. Die Zeitung betont: Je weniger die US-Verbündeten bereit seien, "den USA blindlings zu folgen", desto schwieriger werde es, Washingtons Wunschenken zu verwirklichen.

Europa von USA in Falle gelockt

Die Zeitung führt die aktive Beteiligung Washingtons am Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine an und die Falle, in die die USA Europa gelockt haben. Washington dränge die EU ständig dazu, "Rußland zu unterdrücken, während es auf der anderen Seite einen bösartigen Wettbewerb zur Zerstörung der europäischen Wirtschaft entfacht".

"In Folge dessen sinkt die Glaubwürdigkeit der USA bei ihren Verbündeten und der internationalen Gemeinschaft immer weiter, und damit auch ihre Hegemonie, die sich als "regelbasierte internationale Ordnung" tarnt", so die Global Times.

Zusammenfassend heißt es dann, "wenn das kommende Jahrzehnt für irgend etwas entscheidend sein sollte, dann für die Zerschlagung der brutalen Hegemonie Washingtons und die Schaffung einer wirklich gleichberechtigten und gerechten Welt.

Eine wirkliche internationale Ordnung sollte die UN-Charta in den Mittelpunkt stellen und das Ziel verfolgen, eine menschliche Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft aufzubauen, und nicht diejenige, die auf dem langen Arm der Gerichtsbarkeit Washingtons beruht." << Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 23. Dezember 2022:

>>**Rußland direkt angreifen: Die Stunde des Brandstifters**

Von *Sven Eggers*

Jetzt drehen sie richtig am Rad. Offene Forderungen, den Krieg direkt auf russisches Gebiet zu tragen, werden immer dreister, die Lage spitzt sich ausgerechnet rund um Weihnachten weiter zu. Aufklärung über die wahren Pläne der Kriegstreiber ist das Gebot der Stunde. ...

Kaum hat der ukrainische Präsident Selenski nach seinem Besuch in Washington Versprechungen über gigantische US-Militärhilfen im Sack, treten die Kriegstreiber auf den Plan. Die Ukraine müsse nun in die Lage versetzt werden, auch Ziele in Rußland angreifen zu können, fordert beispielsweise der amerikanische Ex-Nato-General Philip Breedlove unverblümt. Er war der schon in der Vergangenheit als übler Scharfmacher in Erscheinung getreten. ...

Offene Eskalationsforderung

Rußland dürfe sich auf seinem eigenen Territorium nicht mehr sicher fühlen, so Breedlove in einem Interview mit Voice of America. Die Zusage, die Ukraine mit Patriot-Raketen auszustatten, könnte also tatsächlich zum Dammbbruch werden. Breedlove legt jedenfalls gleich nach: "Wir sollten unsere Regeln bezüglich der Waffen, die wir an die Ukraine liefern, überprüfen" und der Ukraine "mehr Gelegenheiten bieten, dem Angreifer tiefere Schläge zu versetzen." Also auch auf russischem Territorium?

Breedlove läßt daran keinen Zweifel:

"Es ist sehr schwierig, einen Krieg zu führen, wenn die feindliche Armee auf ihrem Territorium ein sicheres Versteck hat."

Der Westen müsse "alles tun", um sicherzustellen, daß die Ukraine Rußland besiege. Die Bild ist schon ganz aufgeregt: "Die Ukraine sollte den Krieg also auch nach Rußland bringen - oder dies zumindest dürfen."

Das Fazit: "Dieser Mann ist gefährlicher als der derzeitige US-Präsident."

Bereits Ende April 2022 hatte er offen für den Dritten Weltkrieg geworben, wollte direkt US-Soldaten in die Westukraine entsenden.

Aktiv auf deutschem Boden

Zwischen 2013 und 2016 war Breedlove NATO-Oberbefehlshaber in Europa und gleichzeitig Chef aller US-Truppen auf dem Kontinent.

Für Krieg war Breedlove stets der richtige Mann. 1977 war er in die Streitkräfte eingetreten. Zwischen 1985 und 1987 diente er als Verbindungsoffizier der 602nd Air Support Operations Group im bayerischen Kitzingen. Anschließend bekleidete er mehrere Posten auf dem Fliegerhorst Ramstein.

Als Europa nach 1990 für wenige Jahre vom Frieden träumte, war Breedlove Führungsoffizier in Südkorea. Bis Juli 2008 fungierte er als stellvertretender Direktor für strategische Planung und Taktik des Generalstabs im Pentagon. Als Kommandant der US-Luftwaffe kehrte er im Juli 2012 nach Deutschland zurück und brachte es zum Nato-Oberbefehlshaber in Europa und damit zum einflußreichsten Soldaten im atlantischen Bündnis.

Er agierte immer wieder auch gegen das damals eher um Ausgleich bemühte Deutschland. Kanzlerin Merkel und auch SPD-Außenminister Steinmeier wäre ihn damals gerne losgeworden, doch Breedlove hatte hoch- und höchstrangige Fürsprecher.

Gewichtiges Wort

2014 nahm er an der Bilderberger-Konferenz in Kopenhagen teil. In COMPACT-Spezial "USA gegen Deutschland" wird auch untersucht, wie viel Einfluß Breedlove bis heute noch auf aktuelle Geschehnisse der US-Politik hat; ein lohnenswerter Blick! Im Juli 2022 beispiels-

weise vermeldete das Nachrichtenportal news.de, daß er auf drastische Maßnahmen im Ukraine-Krieg setzen würde: "Der General schlägt vor, die Krim-Brücke wegzubomben und den Russen somit den Weg abzuschneiden." Drei Monate später ging dieser Vorschlag dann ja in Erfüllung ...

Wer die Hintergründe zum gegenwärtigen Konflikt mit Rußland kennen will, der muß sich auch mit Figuren wie Philip Breedlove befassen. Seinen Lebenslauf und viele weitere spektakuläre Details enthält COMPACT-Spezial "USA gegen Deutschland." ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Januar 2023: >>**Historiker: Stürzt Putin, dann zerfällt Rußland**

Von *Sven Reuth*

Der renommierte israelische Militärgeschichtler Martin van Creveld stellt eine düstere Prognose über den Fortgang des Kriegs. ...

Der israelische Militärgeschichtler gilt als eine der renommiertesten Kapazitäten seines Faches. Immer wieder machte er Schlagzeilen durch seine hohe Wertschätzung der Kampfkraft der Deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Am 29. Dezember veröffentlichte der Wissenschaftler einen Artikel in der Welt über mögliche Szenarien für den Krieg in der Ukraine im gerade angebrochenen neuen Jahr.

"Krieg ist wirtschaftlich nicht zu gewinnen"

Van Creveld macht keinen Hehl aus seiner Auffassung, daß Rußland den "Zermürbungskrieg", den sich beide Seiten seiner Auffassung nach jetzt schon liefern, 2023 fortsetzen werde. Das könne noch sehr lange andauern. In diesem Zusammenhang verweist Creveld auf den Ersten Weltkrieg, der vier Jahre lang dauerte, und auf den Ersten Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak, der sogar acht Jahre lang anhielt. Im Westen hätten sich diejenigen getäuscht, "die hofften, den Krieg durch wirtschaftlichen Druck relativ schnell und schmerzlos zu gewinnen."

Putin, so der israelische Militärgeschichtler weiter, habe noch einige Optionen, so die stärkere Einbeziehung von Weißrußland. Dieser Alliierte Rußlands könnte genutzt werden, um eine nördliche Front gegen die Ukraine aufzubauen. Den Einsatz taktischer oder strategischer Atomwaffen hält van Creveld zwar nicht für besonders wahrscheinlich, will ihn aber auch nicht hundertprozentig ausschließen.

"Unvorstellbare Folgen eines Friedensschlusses"

Für fast ebenso unwahrscheinlich hält der erfolgreiche Buchautor aber auch einen Friedensschluß. Grund: Dieser würde vermutlich das Ende Rußlands in seiner heutigen Form bedeuten. Dazu bemerkt van Creveld:

"Fast von Beginn des Krieges an hatte Putin die Möglichkeit, seine Offensive einzustellen, seine Truppen zurückzuziehen und Frieden zu schließen. Ein solcher Schritt, ja alles, was ihm ähnelt, würde mit Sicherheit seinen Sturz und den seiner Clique zur Folge haben. Mit nur etwas geringerer Gewißheit würde er auch sein ganzes Land zerfallen lassen - mit Folgen für Eurasien, die jenseits der Vorstellungskraft des Autors liegen. Deshalb scheint dies im Moment die unwahrscheinlichste aller Möglichkeiten zu sein."

Eine Einschätzung, die einen doch schlucken läßt, zumal sie von einem ausgesprochen realpolitisch eingestellten Autor stammt. Eine Russische Föderation, die um ihre nackte Existenz kämpft, dürfte 2023 jedenfalls zu fast allem bereit sein.

Unverzichtbares Hintergrundwissen zum Krieg in der Ukraine, knallharte Fakten aus der Geschichte und Gegenwart Rußlands sowie Putins Grundsatzrede vor dem Einmarsch im O-Ton. Mehr dazu erfahren Sie in COMPACT Spezial "Feindbild Rußland - Die NATO marschiert". ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Januar 2023: >>**US-Strategie: Deutschland und Rußland immer im Visier**

Von *Sven Eggers*

Daß es den USA darum geht, Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu torpedieren, sagen Drahtzieher der US-Politik ganz offen.

Die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika ist weltherrschaftsstrebend und schon aus diesem Anspruch heraus offensiv gegen Deutschland und Rußland gerichtet. Das muß jeder wissen, der den aktuellen Ukraine-Konflikt politisch einordnen will.

George Friedman, Chef der Denkfabrik Stratfor (die bisweilen als "Schatten-CIA" bezeichnet wird), formulierte 2015 ganz unverblümt:

"Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, weil sie vereint die einzige Macht sind, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, Daß dieser Fall nicht eintritt."

Aus diesem Grund haben die USA Nord Stream von der ersten Vertragsunterzeichnung 2005 in immer fanatischerer Tonlage angegriffen - sie symbolisiert die Energiepartnerschaft auf dem eurasischen Kontinent, die Leuten wie Friedman so verhaßt ist.

Friedman sagt klar und unmißverständlich: "Die Urangst der USA ist, Daß deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit den russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft verbinden - eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit Jahrhunderten eine Höllenangst haben."

Dies sind Kernsätze aus einer Rede Friedmans vor dem Chicago Council on Global Affairs vom 4. Februar 2015. Deutsche Medien verschweigen das. Die gesamte Rede Friedmans ist dokumentiert und abgedruckt in COMPACT-Spezial "USA gegen Deutschland".<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.05.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x041/79) = PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945, Seite 79.

x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation</u> . 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2</u> . Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.

x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> Frankfurt/Main 1986.
x076	Andreae, Hugo: <u>Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen.</u> Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin. Der totale Wille zur Macht.</u> München 1991.
x087	Möller, Horst (Hg.): <u>Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus".</u> München 1999.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage.</u> Gütersloh/München 1995.
x099	Löser, Jochen: <u>Gegen den Dritten Weltkrieg. Strategie der Freien.</u> 1. Auflage. Herford 1982.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind.</u> München 1999.
x125	Bluhm, Georg: <u>Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik.</u> Freiburg 1963.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage.</u> Frankfurt/Main 1980.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert.</u> Dortmund 1997.
x177	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): <u>Illustrierte Weltgeschichte. Band 13. Imperialismus und 1. Weltkrieg.</u> Neuer Tesseloff Verlag, Hamburg 1969.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit.</u> 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): <u>Grosse illustrierte Weltgeschichte.</u> Wien/München/Zürich 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I.</u> Frankfurt/Main 1984.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945.</u> Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk.</u> Paderborn 1966.
x265	Courtois, Stéphane u.a.: <u>Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror.</u> München 2004.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1. 1789-1914.</u> Frankfurt/Main 1985.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete.</u> 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x364	Griffin, Des: <u>Wer regiert die Welt?</u> Leonberg 1992.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x1.154	https://www.lunapark21.net/die-bundesregierung-diktiert-in-der-eu-ist-aber-auch-statthalter-von-us-interessen/#more-1737 - September 2022
x1.157	https://www.lunapark21.net/freihandel-und-krieg/#more-344 - September 2022
x1.182	https://unser-mitteuropa.com/sensationelle-rede-putins-am-valdai-treffen-die-abrechnung-mit-unipolarer-weltherrschaft/ - Dezember 2022

x1.183	https://unser-mittleuropa.com/valdai-forum-teil-ii-praesident-putin-antwortet-auf-brennende-fragen-der-zeit/ – Dezember 2022
x1.186	https://unser-mittleuropa.com/selbstzerstoererische-eu-politik-gegen-russland-treibt-europa-in-den-untergang-usa-als-profiteur/ – Dezember 2022
x1.187	https://unser-mittleuropa.com/chinas-medien-erklaeren-notwendigkeit-der-zerschlagung-von-us-weltherrschaft/ – Dezember 2022
x1.201	https://unser-mittleuropa.com/was-die-verbuendeten-amerikas-am-ende-erwartet/ – Dezember 2022
x1.205	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/25/ukraine-nur-aufwarmen-fur-einen-sehr-langen-kampf-mit-russland-und-china/#more-10576 – Dezember 2022
x1.206	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/21/krieg-der-usa-gegen-russland-von-langer-hand-geplant/#more-10563 – Dezember 2022
x1.215	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/12/05/abschuss-der-mh-17-das-politische-urteil-eines-schauprozesses/#more-10647 – Dezember 2022
x1.242	https://www.rubikon.news/artikel/aus-allen-rohren – Dezember 2022
x1.249	https://unser-mittleuropa.com/kultregisseur-oliver-stone-usa-tragen-die-schuld-am-ukraine-konflikt/ – Dezember 2022